PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W. Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, 68 Mannheim, Sandhofer Str. 29, Telefon 0621/36015 – Druck: Caro-Druck, 6831 Plankstadt, Am Ochsenhorn 6 – Auflage: 49 000 – Redaktion: 68 Mannheim, Sandhofer Str. 29, Telefon 0621/36014 – Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon 0621/36012 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnements-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Kühl KG, Volksbank Mannheim, Kto.Nr. 57 34 18 oder: PSchA Karlsruhe, Kto.Nr. 171 453-759 – Die Zeitung wurde am Dienstag, dem 18. Februar fertiggestellt

20. Februar 1975 Jg. 3 Nr. 7 50 Pfennig

Tarifabschlüsse bei Metall und öffentl. Dienst:

Von Kapitalisten und Staat diktiert

Die Tarifabschlüsse in der Metallindustrie und im öffentlichen Dienst sind zweifellos ein großer Erfolg für die Metallkapitalisten und den bürgerlichen Staat und damit für die ganze Kapitalistenklasse. Dementsprechend begeistert haben sich die Vertreter der Kapitalistenklasse über diese Abschlüsse im Fernsehen geäußert. Allgemein sprachen sie von einem Durchbruch. Um einen Durchbruch handelt es sich auch: Der systematischen Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse ist eine Bresche geschlagen worden. Diesen Durchbruch verdankt die Kapitalistenklasse der sozialdemokratischen Politik der Sozialpartnerschaft.



Warnstreiks während der Verhandlungen: für diesen Tarifabschluß ?

Im Lohnkampf äußert sich die Politik der Sozialpartnerschaft darin, daß die Kapitalisten und die Arbeiter den "Kuchen" gerecht verteilen sollen. Tatsache ist aber, daß es sich bei der kapitalistischen Gesellschaft nicht um ein Kaffeekränzchen handelt, sondern um eine rücksichtslose Ausbeuterordnung. Es handelt sich nicht darum, einen Kuchen aufzuteilen unter Kaffeetanten. Es handelt sich darum, daß die Kapitalisten die Arbeiter ausbeuten und jede Gelegenheit nutzen, wo sie die Ausbeutung steigern können. Die beginnende Krise, die für Teile der Arbeiterklasse nacktes Elend bedeutet und für die ganze Arbeiterklasse eine gewaltige Verschärfung des Drucks auf ihre Lebenslage, ist für die Kapitalisten eine ausgezeichnete Gelegenheit, um die Ausbeutung zu verschärfen. Jeder Arbeiter, den sie auf die Straße werfen, ist für sie nur ein weiteres Mittel, um die anderen Arbeiter noch mehr auszubeuten. Solange den Kapitalisten die Fabriken und die Maschinen gehören, werden sie es so treiben, und solange sie die politische Macht besitzen, werden sie auch die Fabriken behalten. Solange wird die Arbeiterklasse der Ausbeutung Schranken setzen können, mehr aber auch nicht. Faßt man jedoch wie die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer die kapitalistische Gesellschaft als Kaffekränzchen auf, dann wird man der Ausbeutung nicht einmal Schranken setzen können. Die Kapitalisten haben die Krise genutzt, um einen Abschluß durchzusetzen, der von vornherein einen Lohnabbau bedeutet Und was sagt ein Mann wie Kluncker zu einem solchen Abschluß? Er nennt ihn einen Abschluß der Vernunft und der Solidarität mit den Arbeitslosen! Das ist eine saubere Solidarität mit den Arbeitslosen, wenn man die Arbeitslosigkeit wie die Kapitalisten dazu benutzt, um den Lohnabbau zu rechtfertigen. Das ist keine Solidarität, sondern die vollständige Kapitulation vor den Kapitalisten! Eine solche Kapitulation vor den Kapitalisten kann sich zwar ein höhergestellter sozialdemokratischer Sozialpartner leisten, aber kein Arbeiter oder kleiner Angestellter kann sich eine solche Kapitulation leisten, selbst wenn er Sozialdemokrat ist. Deshalb können die gegenwärtigen Tarifabschlüsse, die Loderer und Kluncker abschließen, für alle Arbeiter und Angestellten nur zwei Konsequenzen haben:

1. Die Vorstellungen der Sozialpartnerschaft mit den Kapitalisten abzulegen und sich den Kapitalisten als dem Klassenfeind geschlossen gegenüberzustellen! Nur dies entspricht den Verhältnissen.
2. Mit einem Kurs der Sozialdemokratie zu brechen, der die Gewerkschaften zum Spielball der Kapitalisten macht und die Arbeiter und Angestellten daran hindert, dem Klassenfeind mit Hilfe der Gewerkschaften geschlossen entgegenzutreten.

Solidarität mit den Arbeitslosen kann niemals bedeuten, auf den Kampf um den Lohn zu verzichten.
Niemals kann es für die Arbeiter vernünftig sein, die Kapitalisten bei der Verschärfung der Ausbeutung und der Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse zu ermutigen.
Solidarität der Arbeiterklasse kann nur bedeuten:

- Gemeinsamer Kampf gegen Lohnabbau
- Gemeinsamer Kampf gegen die Verschärfung der Ausbeutung, gegen die Entlassungen und gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit
- Gemeinsamer Kampf gegen die Kapitalistenklasse, mit dem Ziel, ihre Ausbeuterordnung zu stürzen.

Siehe Artikel Seite 2 und 3 J.S.

Die letzte Ausgabe der KVZ vom 12.2.1975 hatte irrtümlich die Nummer 7 anstatt der Nummer 6 aufgedruckt.

ten die Fabriken und die Maschinen gehören, werden sie es so treiben, und solange sie die politische Macht besitzen, werden sie auch die Fabriken behalten. Solange wird die Arbeiterklasse der Ausbeutung Schranken setzen können, mehr aber auch nicht. Faßt man jedoch wie die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer die kapitalistische Gesellschaft als Kaffekränzchen auf, dann wird man der Ausbeutung nicht einmal Schranken setzen können. Die Kapitalisten haben die Krise genutzt, um einen

partnerschaft mit den Kapitalisten abzulegen und sich den Kapitalisten als dem Klassenfeind geschlossen gegenüberzustellen! Nur dies entspricht den Verhältnissen.
2. Mit einem Kurs der Sozialdemokratie zu brechen, der die Gewerkschaften zum Spielball der Kapitalisten macht und die Arbeiter und Angestellten daran hindert, dem Klassenfeind mit Hilfe der Gewerkschaften geschlossen entgegenzutreten.

Bauplatz in Wyhl besetzt

Nachdem am Montag mit den Bauarbeiten für das Kernkraftwerk (KKW) Wyhl begonnen wurde, besetzten 600 bis 700 Menschen am Dienstag das Baugelände. Gegen den Bau dieses Kernkraftwerkes hatten über 100 000 aus der Kaiserstuhlregion mit ihrer Unterschrift protestiert. Die Arbeiten mußten eingestellt werden. Am Dienstag drohte die Landesregierung für Mittwoch einen Polizeieinsatz an.
Am Montag begann das Badenwerk mit der Errichtung eines Bauzauns und Abholzarbeiten für eine Zufahrtstraße. Um den erwarteten Wider-

fürchte, das Wyhler Rathaus würde dann besetzt. Gegen 15 Uhr haben sich 600 bis 700 auf dem Bauplatz versammelt. Verpflegung wird aus den Dörfern gebracht. Es werden die ersten Vorbereitungen getroffen, um auf dem Platz zu übernachten.
Am Abend verhängt die Polizei

Bauplatz in Wyhl besetzt

Nachdem am Montag mit den Bauarbeiten für das Kernkraftwerk (KKW) Wyhl begonnen wurde, besetzten 600 bis 700 Menschen am Dienstag das Baugelände. Gegen den Bau dieses Kernkraftwerkes hatten über 100 000 aus der Kaiserstuhlregion mit ihrer Unterschrift protestiert. Die Arbeiten mußten eingestellt werden. Am Dienstag drohte die Landesregierung für Mittwoch einen Polizeieinsatz an.

Am Montag begann das Badenwerk mit der Errichtung eines Bauzauns und Abholzarbeiten für eine Zufahrtstraße. Um den erwarteten Widerstand erst garnicht aufkommen zu lassen, hatte die Landesregierung durch Wyhls Bürgermeister Zimmer jedem, der das Baugelände betrete, eine Geldstrafe von 200 DM, die Anzeige wegen Hausfriedensbruch, Nötigung, Landfriedensbruch usw. in einigen Tausend Auflage verteilten Flugblättern angedroht. Die Bauern und Winzer sollten mit ihrem eigenen Land haftbar gemacht werden. Die erste Baumaßnahme, die Errichtung eines Zauns, diente ausschließlich dazu, dies plastisch deutlich zu machen. Der Bauzaun war gerade so stark, daß er die Schilder: "Privateigentum! Betreten verboten!" tragen konnte.

Am ersten Tag schien dieser Plan aufzugehen. Die Bürgerinitiativen kündigten für Dienstag 11 Uhr eine Pressekonferenz an. Im Anschluß an diese Pressekonferenz wurde jedoch mit der Besetzung begonnen. Die Einstellung der Arbeiten konnte sehr schnell durch die umstehende Menge erreicht werden. Noch während die Diskussion mit den Bauarbeitern im Gang war, tauchten mehrere Polizeiautos im Wald auf. Über Lautsprecher hieß es: "12 Uhr 25: Hier spricht die Polizei. Sie befinden sich auf privatem Eigentum. Wenn Sie nicht sofort das Gelände verlassen, werden 200 DM Zwangsgeld gegen Sie verhängt." Dies wurde häufig wiederholt "12 Uhr 28: Hier spricht die Polizei . . ."

Doch niemand ließ sich einschüchtern und die Bauarbeiten ruhten. In der Zwischenzeit kam aus den umliegenden Dörfern und aus Freiburg und Emmendingen Verstärkung für die Besetzung. Wie unsicher die Polizei wurde, war über Polizeifunk zu hören. Angesichts der wachsenden Zahl von Besetzern hielt der verantwortliche Polizist auf dem Platz ein Einschreiten für notwendig. Doch die Polizeidirektion Freiburg riet ausdrücklich von einem gewaltsamen Räumen ab.

Doch kurze Zeit danach hieß es, Bürgermeister Zimmer sei mit dieser "Lösung" nicht einverstanden. Er befürchte, das Wyhler Rathaus würde dann besetzt. Gegen 15 Uhr haben sich 600 bis 700 auf dem Bauplatz versammelt. Verpflegung wird aus den Dörfern gebracht. Es werden die ersten Vorbereitungen getroffen, um auf dem Platz zu übernachten.

Am Abend verhängt die Polizei 200 DM Strafgeld gegen den Weisweiler Fischermeister Balthasar Ehret, die Wyhler Ärztin Frau Müller-Focke und Herrn Wüstenhagen, den Bundesvorsitzenden der Bürgerinitiativen. Die drei bleiben auf dem Platz und auch sonst läßt sich niemand durch diese Manöver einschüchtern. Mit der begonnenen Platzbesetzung hat die Landesregierung ihre erste Schlappe erlitten. Trotz massiver Drohung ist es ihr nicht gelungen, den Widerstand zu brechen. Am Dienstagabend wurde im Regionalfernsehen angekündigt, daß am Mittwoch der Platz durch die Polizei geräumt werde. Ganz gleich wie es am Mittwoch ausgeht: Eins steht fest, der Widerstand wird weitergehen.

Für Kambodscha voran!

"... jener Krieg, den die nordvietnamesischen Divisionen 1970 auf ihrem Weg gen Saigon wie eine ansteckende Krankheit ins Land schleppten, aber der längst in einen reinen Bürgerkrieg zwischen kambodschanischen Regierungstruppen und kommunistischen Roten Khmer ausgewuchert ist..."
"... Weiterhin beherrscht die Regierung die wichtigsten Städte und die Mehrheit der Bevölkerung, weiterhin beherrscht die "andere Seite" das flache Land, Dreiviertel des Staatsgebietes..." (Andreas Kohlschütter in: "Die Zeit" vom 14.2.75)/

Hinter solchen Aussagen verschanzen sich gegenwärtig die westlichen Berichterstatter, um die kambodschanische Wirklichkeit zu verdrehen.
Wieder einmal soll "Nordvietnam", sollen die Kommunisten an allem schuld sein, wieder einmal – wie angeblich schon in Südvietnam und auch in Laos. Der Großmachthunger eines kleinen, noch unterentwickelten Landes, das gerade die ersten noch ungeheuer schweren Schritte beim Aufbau des Sozialismus macht?! Ganz abgesehen davon, daß es in bezug auf Vietnam für das vietnamesische Volk nicht zweierlei Vietnam gibt. Das ist eine Erfindung der amerikanischen Präsidenten, die eine Waffenstillstandslinie am 17. Breitengrad zur Staatsgrenze umlogen.
Und Kambodscha? Sollen wir vielleicht vergessen, wie Präsident Nixon im amerikanischen Fernsehen 1970 den Einfall amerikanischer und südvietnamesischer Truppen bekanntgab und an einer Landkarte erläuterte? Sollen wir vergessen: die 4 toten Studenten der Universität Kent, erschossen 1970 von amerikanischer Nationalgarde, weil sie gegen diese unverhohlene Invasion protestierten? Vergessen die Terrorbombardierungen bis Oktober 1973? Und sollen wir da das Märchen vom kambodschanischen "Bürgerkrieg" oder gar – "Bruderkrieg" glauben, wenn doch gleichzeitig von niemandem mehr verschwiegen werden kann, daß US-Botschafter Dean der eigentliche Drahtzieher ist, das Lon Nol-Regime nur noch eine lächelnde Fassade. Täglich 1,5 Millionen Dollar US-"Militärhilfe", das ist fast der gesamte Haushalt dieser Clique, die nur dem Namen nach Kambodschaner sind. Und wen beherrscht diese Clique wirklich noch? 1,5 Millionen sind immer noch gezwungen, in den Städten unter ihrer Herrschaft zu leben – Tod oder Kampf sind ihre Zukunft. Die Mehrheit der 7 Millionen Kambodschaner ist dies jedoch gewiß nicht, und auch nur ein paar Prozent des Staatsgebiets sind alles, was den US-Marionetten geblieben ist – ihnen bleibt kein Land, keine Wirtschaft, keine Bevölkerung.
Die große "Unbekannte", die "andere Seite": Das kambodschanische Volk, die Nationale Einheitsfront Kambodschas (FUNK) und die Königliche Regierung der Nationalen Einheit Kambodschas (GRUNK), eine der breitesten und stärksten Einheitsfronten, die der Kampf für die Beseitigung imperialistischer Herrschaft bisher hervorgebracht hat.
Nur so waren die großen Erfolge dieses kleinen Landes gegen den scheinbar übermächtigen Machtapparat der US-Imperialisten möglich – trotz der offenen Sabotage dieses Befreiungskampfes durch die UdSSR, die bis 1973 Lon Nol als rechtmäßige Regierung anerkannte. Und nur so waren die großartigen Aufbauleistungen möglich (siehe Artikel Seite 15). In wenigen Kriegsjahren hat das kambodschanische Volk die Entwicklung von Jahrhunderten vollzogen.
Die einzige Hoffnung, die die US-Imperialisten gegenwärtig noch haben können, heißt: Spaltung dieser Einheitsfront. Deshalb die ständigen Spekulationen über aufbrechende Widersprüche: Rote Khmer/Buddhisten, Rote Khmer/Sihanouk usw., Spekulationen über die Rolle Nordvietnams und der Volksrepublik China. Deshalb die Hetze gegen den "Terror roter Politkommissare", die angeblich das Volk gegen seinen Willen zu Kollektivierung und Zwangsarbeit zwingen. Deshalb das ekelhafte Ausschlachten jedes einzelnen Zivilopfers durch Journalisten wie Scholl-Latour und Scharlau.
Ihnen geht es nicht nur um die Spaltung der Einheit in Kambodscha, sondern auch der Sympathie und Unterstützung, die der Kampf dieses Volkes in der ganzen Welt findet.
Deshalb müssen alle Freunde des kambodschanischen Volkes gerade jetzt, in einer Phase der herannahenden Entscheidung, die Aufklärung über den Kampf und die Ziele des kambodschanischen Volkes verstärken: Durch Diskussionen am Arbeitsplatz, in der Schule, an den Universitäten usw.. Denn dieser Kampf ist von außerordentlicher Bedeutung für die Entwicklung der Kämpfe gegen imperialistische Herrschaft in aller Welt. In Kambodscha wird sich für alle sichtbar erweisen: Der US-Imperialismus hat die Rolle des Weltgendarmen ausgespielt! Staaten wollen Unabhängigkeit, Nationen wollen Befreiung und die Völker wollen die Revolution – das ist die unaufhaltsame Strömung der Geschichte!

M.L., Mitglied des Indochina-Komitees Heidelberg

Aus dem Inhalt:

Seite 2
Zu den EG-Agrarpreisbeschlüssen

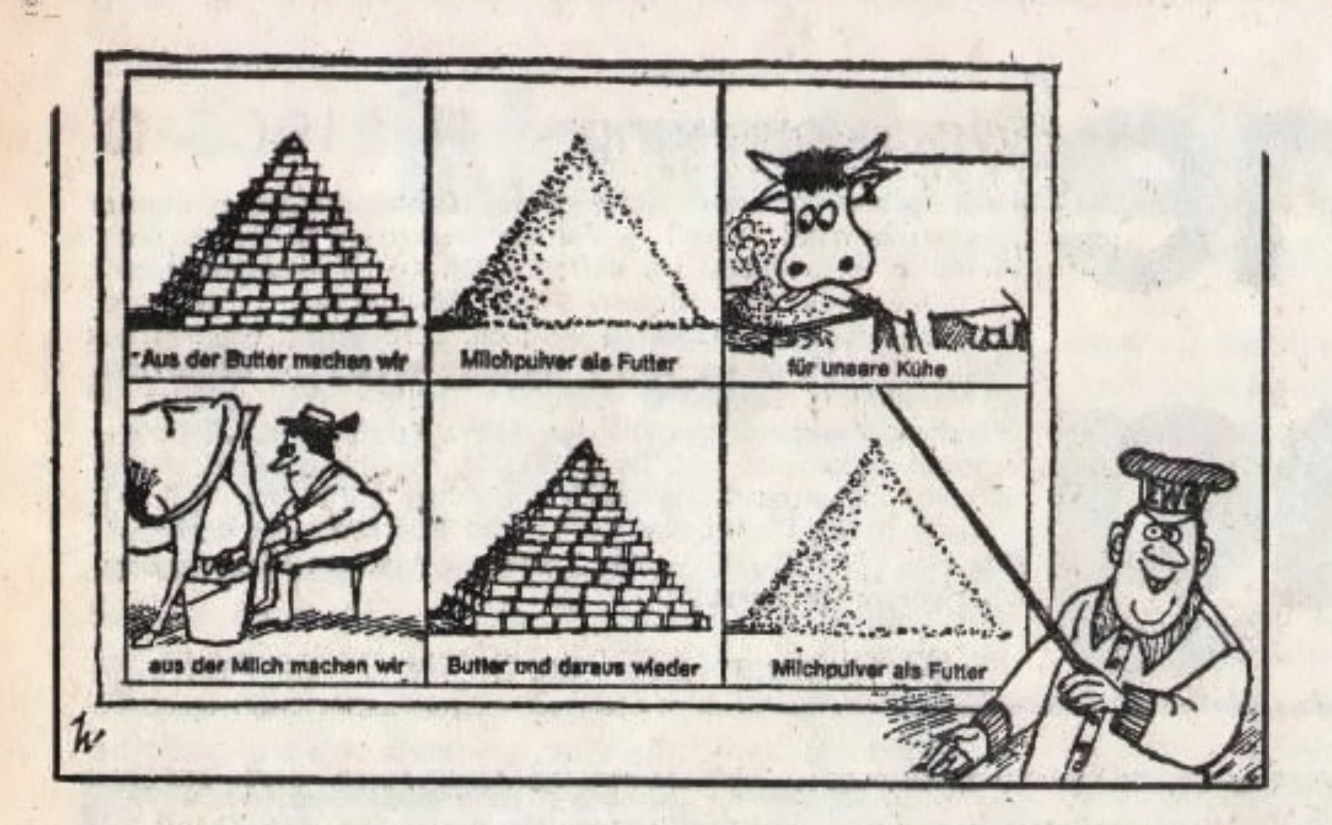
Seite 4
Kampf gegen Entlassungen bei der Stuttgarter Zeitung

Seite 6
Rationalisierung bei der Post und im öffentlichen Dienst
GEW: Ärger mit der "gelungenen Reformpolitik"

Seite 8
Informationen über die Arbeitslosenversicherung

Seite 10
Erfolge bei den Wahlen zum Studentenparlament

Seite 15
Vier Fünftel von Süd-Vietnam sind befreit



EG-Agrarpreisbeschlüsse

Vor einigen Tagen wurden die neuen Agrarpreisbeschlüsse der Europäischen Gemeinschaft verkündet, die in Brüssel nach wochenlangem Hin und Her von den Landwirtschaftsministern gefaßt wurden. Für die westdeutschen Bauern bedeuten sie die Erhöhung ihrer Erzeugerpreise um durchschnittlich 3,9 %. Zu gleicher Zeit wurde der neue Agrarbericht der Bundesregierung veröffentlicht. Er sagt aus, daß die westdeutschen Bauern 1974 im Durchschnitt 7 % weniger als im Vorjahr verdient haben. Im Durchschnitt, das heißt: die Masse der Kleinbauern hat wesentlich größere Einkommensverluste erlitten, während einige Großbauern und Gutsbesitzer ihre Einkommen steigern konnten.

Laut Agrarbericht ist das Einkommen der Großbauern durchschnittlich 6 mal so hoch wie das der Einfamilienbetriebe, und die Einkommensunterschiede nehmen weiter zu. Jährlich müssen etwa 30 000 Kleinbauern aus der Landwirtschaft ausscheiden. Erzeugerpreiserhöhungen um durchschnittlich 3,9 % werden diesen Prozeß nicht einmal verlangsamen. Die Brüsseler Agrarpreisbeschlüsse richten sich weitgehend nach den Produktionsbedingungen der großen Höfe, sie sind nach einer Äußerung des EG-Agrarkommissars Lardinois "ein Instrument der Strukturanpassung" (Süddeutsche Zeitung vom 5.12.74), das heißt gerade jenes Prozesses der Kapitalisierung der Landwirtschaft, bei dem immer mehr kleinbäuerliche Betriebe aufgeben müssen.

3,9 % Erhöhung der Erzeugerpreise heißt nun aber weder, daß die Verbraucher nur um 3,9 % höhere Preise für Lebensmittel ausgeben müssen, noch bedeutet das, daß die Bauern auch notwendig in den Genuß höherer Preise kommen. Denn die in Brüssel beschlossenen Mindestpreise sind staatliche Garantiepreise, die nur die Zuckerfabriken, die Molkereien und Großhändler vom Staat für nicht verkaufbare Ware erhalten. Diese Großkapitalisten müssen sich selbst nicht an die Garantiepreise halten, weder gegenüber den Bauern, von denen sie die Produkte zur Verarbeitung und Vermarktung erhalten, noch gegenüber den Verbrauchern, denen sie die Lebensmittel verkaufen. So kann es kommen, und es geschieht auch so, daß erstens die Bauern entweder nicht die Garantiepreise erhalten oder doch keine höheren Preise, weil ihre Abgabepreise an die Molkereien schon über den Garantiepreisen liegen, daß zweitens die Molkereien, Großhändler und Lebensmittelfabrikanten ständig höhere Preise vom Verbraucher verlangen können, und daß ihnen drittens die Waren, die sie bei so hohen Preisen nicht verkaufen können, vom Staat zum Garantiepreis abgenommen werden. So entstehen die Weizen-, Butter- und Schweineberge auf Staatskosten, das heißt zu Lasten des steuerzahlenden Volkes, ohne daß Bauern und Verbraucher etwas davon haben, sondern nur die Monopole, die als Parasiten zwischen Verbrauchern und Bauern sich angesiedelt haben.

Schon daran kann man sehen, daß die EG Agrarpreisordnung das Chaos auf dem Agrarmarkt zu Ungunsten von Bauern und Verbrauchern und zu Gunsten der großen Lebensmittelmonopole mitverursacht. Mithalten können dabei nur die Großbauern und Gutsbesitzer, die ihre Landwirtschaft mit wirkungsvollem Kapitaleinsatz auf großen Flächen mit modernen Produktionsverfahren und – was die entscheidende Sache ist – durch Ausbeutung von Lohnarbeit betreiben. Denn allein die Ausbeutung von Lohnarbeit schafft ihnen das Kapital, um die Landwirtschaft kapitalistisch zu betreiben.

Der eigentliche Zweck der europäischen Agrarmarktordnung ist es jedoch, einen europäischen Agrarmarkt zu ermöglichen durch einen Kompromiss der verschiedenen agrarpolitischen Interessen der Staaten der Europäischen Gemeinschaft, die in der unterschiedlichen Bedeutung und Entwicklung der Landwirtschaft der einzelnen Ländern begründet sind.

Bei freiem europäischem Agrarmarkt ohne staatliche Stützung würde der Prozeß der Kapitalisierung zwangsläufig die Bauern der Länder am schärfsten treffen, die ungünstigere landwirtschaftliche Bedingungen aufweisen. Deshalb hat die Europäische Gemeinschaft die staatlichen Garantiepreise geschaffen. Sie werden aus dem gemeinsamen Garantiefonds bezahlt, in den die Bundesregierung zwar mehr einzahlen muß, als sie für die Finanzierung der Butter-, Weizen- und Schweineberge in der Bundesrepublik ausbezahlt bekommt. Damit also das Chaos der Kapitalisierung der Landwirtschaft sich gleichmäßig auf die europäischen Länder verteile, hat man die EG-Agrarmarktordnung geschaffen, die das Chaos der kapitalistischen Produktion in der Landwirtschaft in der Auftürmung von Bergen landwirtschaftlicher Güter, die zum Teil wieder vernichtet oder denaturiert werden, fortsetzt. Zusätzlich zu den einheitlichen Garantiepreisen gibt es den sogenannten Grenzausgleich, der die Wechselkursschwankungen zwischen den europäischen Ländern ausgleichen soll. Diesen Grenzausgleich will die EG-Kommission wieder abschaffen. Sie hat deshalb mit der Begründung, daß die Inflationsraten innerhalb der Europäischen Gemeinschaft unterschiedlich hoch sind, unterschiedliche Garantiepreise beschlossen, so daß die Wirkung des Grenzausgleichs unterlaufen wird.

Diese Überlegungen nutzen aber den Bauern wenig. Das Chaos auf dem EG Agrarmarkt dauert an, die lohnabhängigen Verbraucher müssen es zahlen, während der Ruin der Kleinbauern fortschreitet.

Kein "Marktordnungssystem" kann die Märkte ordnen und den Kleinbauern retten. Solange es Privateigentum und Konkurrenz gibt, solange zerstört das kapitalistische Eigentum das nichtkapitalistische, solange frißt der Große den Kleinen, solange kommt es immer wieder zum Chaos auf dem Markt! Erst wenn alle Produzenten nach gemeinsamem Plan produzieren und die Produktion mit den Verbrauchern abstimmen, erst dann wird eine Produktion ohne "Überschüsse" und ohne Marktchaos möglich sein. Dazu müssen sich die Kleinbauern der führenden revolutionären Klasse, der Arbeiterklasse, anschließen zum Sturz der Kapitalistenherrschaft und zum Aufbau des Sozialismus.

Die Bundesregierung braucht niedrige Agrarpreise auch als Argument in den Arbeiter-Lohnverhandlungen. So schreiben die bürgerlichen Zeitungen nach dem Brüsseler Preisbeschluß unverhohlen: "Den Gewerkschaftschefs Loderer und Kluncker kann Ertl mit offenem Visier entgegentreten: Bitte, die Agrarpreisbeschlüsse bedeuten für die Bauern unterm Strich ... knapp 4 Prozent. Das ist weniger, als selbst die Metallarbeitgeber angeboten haben." (Hildesheimer Allgemeine Zeitung vom 15.2.) So will man Arbeiter und Bauern gegeneinander ausspielen, obwohl die Verbraucherpreise trotz dieser geringen Erzeugerpreiserhöhungen von den Nahrungskonzernen. wie alle Preise munter weitererhöht werden. Umgekehrt versucht man die Bauern gegen die angeblich hohen Arbeiterlöhne aufzuhetzen und ihnen einzureden, ihre Betriebsmittel würden durch die Lohnerhöhungen teurer. Aus dem Vergleich, was die Bauern von den Lebensmittelkonzernen bekommen und was diese von den Verbrauchern holen, können die Bauern leicht schließen, was von diesen Argumenten zu halten ist.

E.N./-bb-

6% im Öffentlichen Dienst durchgesetzt: Regierung will Gewerkschaften zähmen

Montag Abend haben die Verhandlungsführer der Gewerkschaften ÖTV und DAG, vertreten durch Heinz Kluncker und Grotegut, folgendem Angebot der Regierungsseite zugestimmt: 6 % Lohn- und Gehaltserhöhung. 13 Monate Laufzeit. 100 DM einmaliger Zuschlag. Inkrafttreten der Eingruppierungsverträge am 1. Dezember 1975. Sowohl die Vertreter der Regierung als auch die Vertreter der verhandelnden Gewerkschaften bezeichneten das Ergebnis als "Abschluß der Vernunft".

Dabei legt der Innenminister Maihofer darauf Wert, daß die Regierung kein Stück nachgegeben hätte, was den Umfang ihres Angebotes angeht. Sondern bloß Verschiebungen innerhalb des Angebotes zugestanden worden sind. Grotegut von der DAG freut sich, daß ein reiner Prozentabschluß zustandegekommen sei. Das entspreche dem Leistungsgedanken, wie ihn seine Gewerkschaft pflegt. Heinz Kluncker von der ÖTV sagt, der Abschluß drücke neben der Vernunft auch noch die Solidarität mit den Arbeitslosen aus. Die Stimme der Beschäftigten im öffentlichen Dienst war nicht gefragt im Fernsehen. Das hätte der "vernünftigen" Stimmung Abbruch getan.

Die Regierungsseite hat in diesen Verhandlungen ihren Standpunkt voll durchgesetzt. Der Abschluß ist niedrig. Der Abschluß wirkt spaltend. Mehr konnte die Regierung nicht wünschen und erwarten.

Die Gewerkschaftsführung wurde in diesen Verhandlungen Zug um Zug mattgesetzt. Vom Festgeldbetrag ist nichts geblieben. Die Zeitung "Die Welt", die man getrost als Sprachrohr der Gegenseite nehmen kann, schreibt treffend: "Grundsätzlich ist Kluncker bereit, ... eine einmalige Zahlung als soziale Leistung zu akzeptieren. Allerdings sind ihm 100 DM zu wenig. Auf diesem Feld hat sich der Gewerkschafter bereits in Abstriche gefügt. Am Wochenende sprach er nicht mehr von einer sozialen Komponente, auch nicht abgeschwächt von einem sozialen Akzent, sondern nur noch von einer sozialen Akzentuierung." So sieht es die bürgerliche Klasse. Der Gewerkschafter hat sich gefügt. Wie hat es dahin kommen können? Offensichtlich entspricht das Ergebnis nicht den Möglichkeiten der organisierten Beschäftigten im öffentlichen Dienst.

Die Sozialdemokraten in der Gewerkschaft waren von Kopf bis Fuß auf Frieden eingestellt

Die Sozialdemokraten in der Regierung aber auf Lohnraub. Der Gewerkschaftsführung ging es in den Verhandlungen um einen annehmbaren Kompromiß ohne viel Aufhebens. Den Sozialdemokraten in der Regierung ging es darum, der Kapitalistenklasse zu beweisen, daß sie deren Geschäfte ausgezeichnet führt. Den Sozialdemokraten in der Regierung ist dies hinsichtlich der Kapitalisten vollendet gelungen. Dabei haben sie die FDP als Ausredefaktor. Die Sozialdemokraten in der Gewerkschaft sind der Regierung mit der Friedenspalme in der Hand entgegengekommen. Man hat sie ihnen aus der Hand genommen und ihnen damit eins über den Rücken gezogen. Jetzt gibt Heinz Kluncker zu, er sei vernünftig geworden. Und die Regierung legt ausdrücklich Wert darauf, daß sie keinen Schritt entgegengekommen ist. Insofern hat sich die Regierung auch politisch durchgesetzt. Nicht nur ist der Abschluß niedrig, wirkt spaltend, sondern es wird seitens der Gewerkschaft auch zugegeben, daß ein solcher Abschluß von Anfang an richtig und vernünftig gewesen sei. Das darf in der Gewerkschaft nicht unwidersprochen bleiben. Das wird auch nicht unwidersprochen bleiben. Das Desaster aber war möglich, weil die Gewerkschaftsführung unter dem Hauptgesichtspunkt der Erhaltung des Friedens und der Ruhe an der Lohnfront in die Auseinandersetzung gegangen ist. Wer den Frieden zwischen den Arbeitern und den Kapitalisten oder in unserem Falle zwischen der Regierung den den Beschäftigten im öffentlichen Dienst um jeden Preis erhalten will, der wird unvermeidlich dabei landen, daß er die Unterwerfung der Arbeiter als vernünftig bezeichnet.

Warum ist es den Beschäftigten nicht gelungen, durch selbständige Aktionen ihre Kraft zu entwickeln?

Wenn schon zu sehen war, wohin die Führung wollte?

Das hat mehrere Gründe. Erstens liegt das an der politischen und ideologischen Schwäche der heutigen Arbeiterbewegung. Der Gegner, die Regierung, hatte eine wirklich umfassende Hetzkampagne gegen den Lohnkampf im öffentlichen Dienst entfaltet. Das hat seine Wirkung nicht verfehlt. Um so mehr, als die sozialdemokratische Führung der Gewerkschaft nicht imstande war, dieser Hetze entgegenzutreten. Sondern auf Ausweichen und Abducken eingestellt. Anstatt klarzumachen, daß es das Heer der höheren Beamten ist, dessen Tätigkeit Unsummen kostet und das darüberhinaus unter den Massen verhaßt ist, weil sie schikaniert werden, redet die führende Sozialdemokratie stets von dem öffentlichen Dienst als Gesamtheit, der nicht Prügelknabe sein dürfte. Dies erklärt sich aus der innigen Liebe der Sozialdemokraten zum Staate, darüberhinaus aus der Zuneigung zu den Parteibrüdern im Staatsapparat. Aus den wirtschaftlichen Interessen der Millionenmasse der Beschäftigten dort erklärt es sich nicht. Dieser Untätigkeit der Sozialdemokraten mit Breitenwirkung entgegenzuwirken, waren die Kommunisten entschieden zu schwach. So begann die Lohnbewegung im öffentlichen Dienst mit einer schweren ideologischen Hypothek, die die Entwicklung selbständigen Handelns stark beeinträchtigt hat.

Dies findet seinen Ausdruck auch in der Forderung, die der Hauptvorstand der Gewerkschaft ÖTV, man kann ruhig sagen: aufgezwungen hat. Diese Forderung belief sich auf 6 % und 50 DM, 300 DM Urlaubsgeld und 50 DM Kinderzuschlag zum Urlaubsgeld. Auf Zahlen der Regierung gestützt kann man heute feststellen: Der tatsächliche Abschluß von 6 % belastet die öffentlichen Haushalte genauso, wie es die Erfüllung einer Festgeldforderung von 170 DM etwa getan hätte. Bloß hätte damit der ganze höhere Beamtenapparat bedeutend schlechter abgeschnitten als jetzt mit den 6 %. Man sieht, diese Forderung war von vorneherein ein Zugeständnis an den Staat, der seine Säulen gut zahlen muß, damit der Unterdrückungsapparat läuft wie geschmiert. Aber er muß das in den Tarifverhandlungen tarnen, damit es nicht auffällt. Man kann an diesem Beispiel gut sehen: Für ein ideologisches Zugeständnis an den Reformismus müssen die Arbeiter und Angestellten bar zahlen.

Darüberhinaus kam die Forderung dem langfristigen Interesse der Regierung an der Spaltung der Belegschaften entgegen. Die 6-Prozent-Seite der Forderung spreizt die Abstände zwischen den Lohn- und Gehaltsgruppen. Fördert damit das Laufbahndenken und das Kriechertum. Gerade an diesem Punkt durfte man nicht nachgeben. Im öffentlichen Dienst ist es so, daß man eine "Laufbahn" hat, ganz ähnlich wie Beamte. Und die Beförderung auf dieser Laufbahn obliegt dem Chef. Wenn die Abstände zwischen den Laufbahngruppen wieder wachsen, dann wird damit jedem Einzelnen nahegelegt, auf persönliche Beförderung zu bauen und dafür zu kriechen. Darin steckt ein langfristig wirkendes Gift.

Schließlich macht die Forderung schon gleich im Verlauf der Verhandlungen Schwierigkeiten. Sie legt dem Gegner nahe, die Prozentseite der Forderung ziemlich entgegenkommend zu behandeln. Ein gewisser Teil der Belegschaften hat dann von der Festgeldseite nicht mehr viel zu erwarten. Kann mit so einem Abschluß sozusagen leben. Ein anderer, meist großer Teil kann das nicht. Man ist also angespalten.

Es konnte sich also unter dieser Forderung eine spontane Einheit der Belegschaften nicht herstellen. Und dementsprechend konnte sich eine selbständige Lohnbewegung nicht entfalten.

Angesichts dieser gefährlichen Eigenarten der Forderung ist es nicht erstaunlich, daß in den Betrieben überwiegend andere Forderungen aufgestellt wurden und selbst in der Großen Tarifkommission der ÖTV der Hauptvorstand fast mit diesem Vorschlag gescheitert wäre.

Die Regierungsseite hat die offene Flanke, die diese Forderung darstellt, konsequent genutzt

Insofern muß man sagen, daß Maihofer viel mehr vom Lohnkampf versteht. Die Kapitalisten können mit ihm einverstanden sein. Mit der Kampfführung von Heinz Kluncker kann bloß einverstanden sein, wer die Mentalität eines Opferlamms hat. Es wäre töricht zu glauben, daß sich die Regierung mit diesem Anfangserfolg zufriedengeben wird. Die Gewerkschaft ÖTV wurde in einer zentralen Auseinandersetzung, in die sie ihre ganze Kraft hätte legen können, angeschlagen. Die Regierung rechnet sich aus, daß nach so einer Pleite die einzelnen Belegschaften leichter aufgerieben werden können. Denn es steht viel ins Haus im öffentlichen Dienst. Nachdem der offene Angriff auf den Lohn geglückt ist, wird die Regierung trachten, die verstärkte Ausnutzung der unterbezahlten Arbeitskraft durchzusetzen. "Mehr Arbeit für weniger Lohn" ist die Devise. Stellenersparnis, Einstellungsstopp, niedrige Einstufung neuer Arbeitskräfte, Rationalisierung – ist die Devise. Stellenersparnis, Einstellungsstopp, niedrige Einstufung neuer Arbeitskräfte, Rationalisierung, ziemlich viele Möglichkeiten der Käufer der Arbeitskraft, um während des sogenannten Tariffriedens die Ausplünderung der Arbeitskraft zu verstärken.

Darüberhinaus besteht seitens der Regierung schon länger die Absicht, den öffentlichen Dienst zu reformieren. Es sollen die meisten Beschäftigten verbeamtet werden. "Einheitliches Dienstrecht" heißt das Schlagwort, und sein schlichtes Geheimnis beruht in der Wegnahme des Streikrechtes. Seitens der Regierung war davon nicht mehr die Rede seit dem Streik im letzten Jahr. Sie mußte fürchten, daß diese Pläne von einer gestärkten Gewerkschaftsbewegung rasch und einwandfrei vom Tisch gefegt worden wären. Jetzt werden sie das langsam wieder herausziehen.

Man sieht, es steht allerhand bevor. Daher hat es überhaupt keinen Zweck, sich in den Schmollwinkel zurückzuziehen, ein wenig über die Gewerkschaftsführung zu schimpfen und ansonsten untätig zu bleiben. Es gibt den Winkel nicht, in den man sich zurückziehen könnte.

Man muß den Widerstand vom Betrieb her aufbauen. In den nächsten Monaten werden sich die betrieblichen Auseinandersetzungen unbedingt verschärfen. Hier muß man ansetzen. Von entscheidener Bedeutung wird es sein, die politische Auseinandersetzung in den Gewerkschaften zu suchen. Es genügt der gegenwärtigen Lage nicht, wenn man die Auseinandersetzung dabei bloß oberflächlich um die Lohnfrage führt. Etwa, daß 120 DM mehr sind als 80 DM. Das weiß jeder. Es kommt darauf an, zu beweisen, daß der Kampf unvermeidlich ist, daß man sich entweder unter Forderungen zusammenschließt, die von der Unvermeidlichkeit des Kampfes ausgehen, oder unter Forderungen, die den Klassenfrieden zum Hauptinteresse haben, von Niederlage zu Niederlage taumelt.

–M.F.–

Resolution

Im Interesse der 5 700 Werftarbeiter lehnen wir die Übernahme des Verhandlungsergebnisses von 6,8 % anderer Tarifgebiete ab. Begründung: Dieses Ergebnis bedeutet eine Reallohnsenkung und wird die Kollegen dazu zwingen, noch mehr Überstunden zu machen. Mit diesem Ergebnis haben die Arbeitgeber erneut Oberwasser bekommen. Die Metallarbeitgeber wollen es schnell in allen Tarifgebieten durchsetzen und damit ihre Interessen der organisierten Metallarbeiterschaft aufzwingen. Somit würde die IG Metall zwangsläufig eine Niederlage erleiden. Vom Vorstand erwarten wir, daß er im Interesse der Kollegenschaft und des Ansehens der IG Metall die 6,8-Prozent ablehnt. Gleichzeitig fordern wir die bezirkliche Tarifkommission auf, dafür Sorge zu tragen, daß es bei uns nicht zu einem entsprechenden Abschluß kommt. Die von uns aufgestellte Forderung muß voll durchgesetzt werden.

Einstimmig beschlossen im Vertrauensleutekörper der IG Metall beim Bremer Vulkan am 17. Februar 1975.



Nicht einmal die Leichtlohngruppe 2 ist gefallen! Erst 1976 wird sie um lächerliche 2% angehoben

Metalltarifabschluss:

Das Lohndiktat ist nicht gebrochen

In den frühen Morgenstunden des 14. Februar haben sich die Verhandlungskommissionen von IG Metall und Gesamtmetall auf einen Abschluß von 6,8 % Lohn- und Gehaltserhöhungen geeinigt. Ab 1. Januar 1976 wird die Leistungszulage von 13 % auf 14 % erhöht und die Lohngruppe II auf 82 % des Ecklohns angehoben; die Angestellten erhalten individuelle Leistungszulagen. Für Lehrlinge wurde ebenfalls eine Erhöhung von 6,8 % ausgehandelt.

6,8 Prozent sind das Ergebnis von mehreren Monaten Verhandlungen und den Warnstreiks von einigen Zehntausend Metallarbeitern an Rhein und Ruhr. Damit liegt der Abschluß 0,8 % höher als das Angebot der Kapitalisten, mit dem sie in die Verhandlungen gegangen sind, und 4,2 % unter der ehemaligen Forderung der Großen Tarifkommission. Auf den Ecklohn bezogen bringt der Abschluß je nach Tarifbezirk netto ungefähr 50 bis 60 Mark im Monat.

Am 31. Januar hatte die Bezirksleitung Hamburg in den "Metallnachrichten" noch ausgerechnet und festgestellt, daß 6 % auf den Ecklohn in Hamburg 53,66 Mark netto bringen, daß allein die Mieterhöhungen in Hamburg bei 37 bis 67 Mark liegen. Die Balkenüberschrift hieß: "Lohndiktat von 6 % heißt Lohnverzicht!". Nichts anderes heißt der Abschluß in Nordrhein-Westfalen, Hessen und Niedersachsen. Denn 0,8 % mehr, das sind in der Stunde 4 Pfennig und im Monat 6,80 Mark. Um 6,80 Mark wurde also "das Lohndiktat gebrochen".

Von einem Bruch des Lohndiktats kann da keine Rede sein, es ist nur etwas Kosmetik aufgewandt worden. Das Ziel, das es zu erreichen galt, ist also nicht verwirklicht. Deshalb ist der Abschluß auch von niemandem auf der Seite der Arbeiter begrüßt worden. Die Bezirksleitungen und der Hauptvorstand haben kommentarlos das Ergebnis bekanntgegeben. Nur Mayr konnte es sich nicht verkneifen, festzustellen, daß der Abschluß nur einen Pfennig unter der Schlichtung liegt; er wagt aber nicht, hinzuzufügen, daß er auch nur 4 Pfennig über dem erstmaligen Angebot der Kapitalisten liegt. Die "IGM-Informationen" für Nordrhein-Westfalen haben mit einem Satz den Abschluß kommentiert: "Die lange Nacht von Krefeld dauerte 19 Stunden. Dann hatten wir die starre Haltung der nordrhein-westfälischen Metallindustriellen – nichts geht über 6 Prozent, nichts passiert mit der Lohngruppe 2! – gebrochen." Im Gegensatz dazu wurde auf der Funktionärskonferenz in Hamm scharf Kritik an dem Abschluß geübt, ebenso in Bremen, und der Vertrauensleutekörper der Vulkan-Werft hält seine Ablehnung in einer Resolution fest.

Die Aufstellung der 11% war der Anfang vom Ende

Abgezeichnet hat sich dies Ergebnis, nachdem die Tarifkommissionen 11 % aufgestellt hatten. Damals wurden die 11 % begründet mit der gesamtwirtschaftlichen Lage und damit, daß von diesen 11 % nicht viel Abstriche gemacht werden könnten. Bis dahin hatten die Kapitalisten und die Regierung von Abschlüssen geredet, die 10 % nicht übersteigen dürften, dann wurde von 8 % gesprochen, bis der "Sachverständigenrat" seine Empfehlung von 6 % ausgegeben hat. Noch im Oktober sollte der Abschluß in der Stahlindustrie das Zeichen für die metallverarbeitende Industrie sein, 9 %. Damals hatte die IG-Metall-Führung sich gegen die Vermutung, daß der Stahlabschluß Richtwert für die Metallindustrie sein könnte, erbittert gewehrt. Wie recht sie hatte: Er wurde noch um 2,2 % unterschritten. Im Verlauf der Verhandlungen haben es die Kapitalisten verstanden, die IG Metall am Verhandlungstisch zu schlagen; das konnten sie, weil die Führung der IG-Metall den Kapitalisten nichts entgegensetzt. Mehr oder weniger ungehindert haben die Kapitalisten die von ihnen auf die Straße geworfenen Arbeitslosen gegen die Forderungen der Metallarbeiter einsetzen können. Bei jedem Vorstoß, den die Kapitalisten machten, konnten sie ein Zurückweichen der IG Metall erkennen. Sie haben es an einen Punkt getrieben, wo es unerträglich wurde und deshalb auch die IG-Metall-Führung nicht mehr nachgeben konnte. Das waren die 6 %. Das Nachgeben der IG-Metall-Führung bis zur Zustimmung des Schlichtungsergebnisses von 7 % haben die Kapitalisten als eine völlige Ohnmacht der Metallarbeiter und der IG Metall ausgelegt. Doch dabei hatten sie sich verrechnet. Zu Zehntausenden haben die Metallarbeiter in Nordrhein-Westfalen gegen die Provokationen der Kapitalisten gestreikt. Schon wurde laut, daß das Schlichtungsergebnis auch nicht tragbar sei. Da mußten die Kapitalisten und die Gewerkschaftsführung zu einem schnellen Abschluß kommen, damit sie sich nicht von den Metallarbeitern plötzlich überfahren sahen. Das haben sie dann in der Nacht vom 13. auf den 14. Februar gemacht. Kamen sie dort zu einem Abschluß, so konnten sie sich einigermaßen sicher sein, daß dieser Abschluß die Bewegung erst einmal lähmen würde. Dann wurden gleich zwei weitere Betriebe hinterhergezogen, noch bevor die Große Tarifkommission von Nordrhein-Westfalen dem Verhandlungsergebnis zustimmen oder es ablehnen konnte. Gleich am Montag hat der Hauptvorstand dann die 6,8 % für alle Bezirke empfohlen. Auf höchster Ebene wurden so Voraussetzungen geschaffen, bevor die unteren Körperschaften, so sich der Hauptvorstand nicht so sicher sein konnte, daß er sie voll im Griff hat, zu dem Ergebnis Stellung nehmen konnten, um eventuell Maßnahmen einzuleiten.

Die sozialdemokratische Lohnpolitik ist gescheitert

Diese Lohnverhandlungen fanden in der wirtschaftlichen Krise statt. Für die Arbeiter ist die Lage schwieriger, die Lohnfragen erfolgreich für sich zu entscheiden.

Der einfache Hinweis der Verhandlungskommission auf die Millionen von Metallarbeitern oder der Wink mit der Urabstimmung oder Resolutionen von Vertrauensleutekörper reichen in der Krise nicht aus, um Auswirkungen auf die Kapitalisten zu erzielen, sie antworten mit den Arbeitslosen und geben Meinungsumfragen bekannt, daß die Metallarbeiter zu über 80 % gegen Streik seien. In solchen Situationen, wo die Fronten hart sind, platzt die Illusion, daß es einen Ausgleich geben kann zwischen Arbeitern und Kapitalisten, daß akzeptable Ergebnisse für beide Seiten in den Verhandlungen erreicht werden könnten. Ergebnisse, die einerseits den Reallohn sichern und anderseits von den Kapitalisten verkraftet werden können, ohne im Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt unterzugehen. Und weil die Lage schwieriger ist, zeigt sich auch eher, was richtig und was falsch ist in der Gewerkschaftspolitik. In der Krise haben die Kapitalisten kein Interesse an irgendwelchen Reformen, sondern nur ein Interesse, die Arbeiter zu knebeln, um noch mehr aus ihnen herauszuholen. 4 Pfennig por Stunde müssen sie mehr zahlen als sie anfangs angeboten hatten. Diese 4 Pfennig sind für die Arbeiter nichts. Für die Kapitalisten sind die 4 Pfennig aber viel wert.

Die ,folgenden Angriffe abwehren, die eigenen Reihen schließen

Sie wollen sich damit eine Position für weitere Angriffe gegen die Arbeiter schaffen. Als nächstes werden sie versuchen, die betrieblichen Zulagen, die in der Metallindustrie gezahlt werden, zu kürzen oder ganz zu streichen. Auf diesem Hintergrund wollen sie den Arbeitstag weiter ausdehnen, die Arbeitshetze weiter steigern, die Arbeitsbedingungen verschlechtern. In dieser Tarifrunde haben die Metallarbeiter sehen können, daß die Linie der reformistischen Führung der IG Metall diesen Angriffen nichts entgegenzusetzen hat. Daß aber nichtsdestotrotz die gewerkschaftliche Organisierung der Arbeiter die Grundlage ist, um sich gegen die Angriffe der Kapitalisten zur Wehr zu setzen und gegen sie die Forderungen der Arbeiterklasse zu erkämpfen.

Den Kapitalisten ist es gelungen, einem Gegner einen Abschluß zu diktieren, der durch seine Führung geschwächt war und erst im Laufe der Auseinandersetzungen erkannt hat, wohin die Politik der Führung führt, der aber dann nicht mehr in der Lage war, das Ruder herumzureißen. Haben vor Beginn der Verhandlungen noch viele Kollegen gesagt, daß nicht so hohe Forderungen aufgestellt werden dürften, weil sonst die Arbeitslosigkeit noch größer wird und deshalb die Forderung von 11 % ausreichend sei, so mußten sie jetzt erkennen, daß es keine Zusammenarbeit mit den Kapitalisten geben kann. Die Frage, wie trotz der Bedingungen in der Krise der Kampf um den Lohn geführt werden kann, wird in den Betrieben jetzt sehr viel öfter diskutiert. Diese Frage ist eine richtige Frage, und die Arbeiter müssen sie beantworten, weil die Kapitalisten sich mit diesem Ergebnis nicht zufriedengeben werden. Das Ansehen der Sozialdemokratie unter den Metallarbeitern hat durch diesen Abschluß weiter gelitten. Das schafft Platz in den Gewerkschaften, um die wichtigen Fragen der Gewerkschaftspolitik zu klären.

–db–

Die UdSSR plündert die DDR aus

Zum Jahresbeginn 1975 hat sich die Ausplünderung der DDR durch die UdSSR drastisch verschärft. Die DDR bezieht den größten Teil ihrer Rohstoffe aus der UdSSR.

Die UdSSR steht an erster Stelle der erdölfördernden Staaten der Welt (mit voraussichtlich 490 Millionen Tonnen 1975, Neue Züricher Zeitung vom 13.11.1974). Innerhalb des "Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe" werden beim Handel die Weltmarktpreise zugrunde gelegt. Daß sich die erdölproduzierenden Staaten der Dritten Welt das Verfügungsrecht über ihre natürlichen Reichtümer erkämpfen, und daß die westlichen Ölkonzerne die vorübergehende Drosselung zu Preiserhöhungen ausgenutzt haben – das macht sich die UdSSR so zu nutzen, daß sie ebenfalls den Preis für ihre Rohstoffe erhöht. Laut E.Honnecker mußte die DDR 1972 für eine Tonne Erdöl 36 Mark, 1974 jedoch schon 192 Mark bezahlen (Neue Züricher Zeitung vom 3.2.1975).

Die Monopolstellung bei der Rohstofflieferung, die sich die UdSSR im "Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe" im Rahmen der sogenannten internationalen sozialistischen Arbeitsteilung gesichert hat, nützt sie rücksichtslos zu Preissteigerungen und Aneignung von Warenlieferungen aus. Das "Neue Deutschland" schreibt am 29.1.1975: "Die weltweit steigenden Preise besonders für Roh- und Brennstoffe werden natürlich an unserer Volkswirtschaft nicht spurlos vorübergehen."

Die Führung der DDR hat auf diese Situation nur eine Antwort: Eine weitere unerhörte Steigerung der Arbeitshetze in den Betrieben. 60 % der Steigerung der Arbeitsproduktivität soll 1975 durch "wissenschaftliche Arbeitsmethoden" erreicht werden (Neue Züricher Zeitung vom 20.12.1974). Damit ist nichts anderes als die verschärfte Anwendung von REFA-Techniken gemeint (vgl. KVZ Nr. 25/74).

Das also war gemeint, als es im Dezember auf der 13. Tagung des Zentralen Komitees der SED hieß: "Die Frage der Intensivierung und der Erhöhung der Effektivität der Volkswirtschaft stellt sich mit völlig neuer Schärfe" (Neue Züricher Zeitung vom 31.1.1975). Und deshalb heißt es nun am 29.1.1975 im "Neuen Deutschland": "Die Preissteigerungen für Roh- und Brennstoffe auf den Weltmärkten werden Auswirkungen auf unsere Industriepreise haben,

Aber diese Preiserhöhungen sollen und werden sich nicht auf die Einzelhandelspreise, Mieten und Verkehrstarife für die Bevölkerung auswirken. Das wird durch stetig wachsende Effektivität der Produktion und durch den Einsatz gesellschaftlicher Fonds aufgefangen.

So hängt letzten Endes alles davon ab, mit welcher Konsequenz alle Bereiche unserer Wirtschaft, Wissenschaft und Technik den Kurs auf die konsequente Intensivierung der Produktion einschlagen."

Das ist eine kaum verhüllte Drohung, die Preise für die Waren des Massenbedarfs anzuheben, wenn die Steigerung der Arbeitshetze nicht zu dem gewünschten Erfolg führt.

Die Arbeiterklasse in der DDR wird die ihr damit diktierte Wahl zwischen körperlicher Ruinierung bei der Arbeit oder Ausplünderung auf dem Warenmarkt in dem Maße überwinden, in dem sie erkennt, daß ihr eine neue Ausbeuterklasse im Nacken sitzt.

MO.

Streit um Zypern

Die Supermächte wollen die Völker gegeneinander aufbringen

Mit der Drohung, sämtliche US-Stützpunkte in der Türkei aufzukündigen und die US-Militärmissionen zu schließen, antwortete die türkische Regierung auf die Streichung der US-Militärhilfe an die Türkei. Damit ist nun nach Griechenland das zweite Glied der südlichen Flanke eingerissen. Die Manöver der Supermächte, die Unabhängigkeit Zyperns zu liquidieren, sind im bisherigen Verlauf der Zypern-Krise zunächst eindeutig zu Ungunsten des US-Imperialismus und der NATO ausgegangen. Die schlimmsten Folgen aus der Politik der Supermächte aber erleiden die Völker von Zypern, die ihre Unabhängigkeit verloren haben und in zwei feindliche Gebiete gespalten wurden.



Gegenwärtig rufen die beiden imperialistischen Supermächte am lautesten nach Unabhängigkeit. Ihre nach außen gezeigte brüderliche Scheinheiligkeit entspricht ihrer hinterhältigen Raubpolitik, bei der sie möglichst nicht selbst in Erscheinung treten möchten. Erinnern wir uns. Der US-Imperialismus hatte bis vor dem Putsch auf Zypern kein Hehl daraus gemacht, daß ihm die Unabhängigkeit von Zypern ein Dorn im Auge war, und strebte danach, die britischen Stützpunkte auf Zypern zu übernehmen. Die Sowjetunion bot sich dagegen dem Präsidenten Makarios als Schutzmacht an. Makarios jedoch vertrat immer offener den Standpunkt des Unabhängigkeitsstrebens der Völker und bezog offen Front gegen die vom US-Imperialismus geförderte Militärdiktatur in Griechenland. Der von den griechischen Obristen zusammen mit der auf Zypern derzeit relativ einflußlosen EOKA durchgeführte Putsch gegen Makarios war eindeutig von den USA gefördert. Er machte jedoch nicht nur der Unabhängigkeit Zyperns ein Ende. Die schnelle und klägliche Niederlage der Putschisten angesichts der militärischen Besetzung eines Großteils der Insel durch die Türkei gab auch den Anstoß für das Ende der Militärherrschaft in Griechenland und die Erklärung der neuen griechischen Regierung, die NATO-Stützpnkte in Griechenland aufzulösen. Unruhe stiften, Niederlagen erleiden – nach diesem Prinzip erging es den US-Imperialisten. Sie haben sich sowohl bei den Völkern von Zypern als auch bei den Völkern von Griechenland und der Türkei so verhaßt gemacht, daß gegenwärtig auch keine der drei Regierungen sich gute Beziehungen zu den USA leisten kann.

Die andere imperialistische Supermacht, die Sowjetunion, steht bereit, die Früchte der gescheiterten Politik der anderen für sich zu rauben. 50 Militärberater der Sowjetunion sind bereits auf Zypern angekündigt. Für die Sowjetunion ist die Auflösung der südlichen NATO-Flanke und die Ausdehnung ihres direkten Einflusses auf die Türkei, Griechenland und natürlich Zypern von entscheidender Bedeutung für die Zufahrt und Kontrolle des Mittelmeers. Der Weg, über den die imperialistischen Supermächte versuchen, die Völker unter ihre Vorherrschaft zu bringen, ist die Entzweiung der Völker und das Schüren ihrer Gegensätze. Diese Gegensätze kommen überhaupt erst zur Geltung durch die Abhängigkeit ihrer Regierungen von den imperialistischen Mächten und durch die Politik der Imperialisten. Seine Politik hat dem US-Imperialismus zwar bisher keine Vorteile gebracht, aber dennoch die Gegensätze zwischen den Völkern sowohl auf Zypern als auch direkt zwischen Griechenland und der Türkei bis an den Rand des Krieges hochgespielt. Solange die Völker diese Gegensätze nicht überwinden, indem sie gemeinsam den Weg der Unabhängigkeit gegenüber allen imperialistischen Mächten beschreiten, werden sie Spielball der einen oder der anderen imperialistischen Supermacht bleiben. Wenn es auch den imperialistischen Supermächten immer wieder gelingt, ein Volk gegen das andere auszuspielen mit dem Ziel, die Völker unter ihre Herrschaft zu bringen, so ist doch das Unabhängigkeitsstreben die vorherrschende und letztlich siegreiche Tendenz.

bb

Der Andrucktermin verzögerte sich

Kollegen bei der Stuttgarter Zeitung kämpfen gegen Entlassungen

"Keine Kündigung im Zusammenhang mit der Pressekonzentration" heißt es in der Resolution, die die Kollegen der Zeitung aus dem Stuttgarter Raum im Januar verteilt haben (siehe KVZ Nr. 2/75).

Inzwischen fand ein Gespräch der Betriebsräte und der IG Druck mit den Geschäftsleitungen der Stuttgarter Zeitungen statt. Das einzig konkrete Ergebnis war die Mitteilung der Firmenleitung, daß die technischen Betriebe zweier Zeitungen stillgelegt würden, für die dort arbeitenden Kollegen keine Arbeitsplätze vorhanden seien. Ansonsten wisse man über den ganzen Personalbedarf im neuen Druckzentrum noch nicht Bescheid.

Die Perforatoren-Abteilung soll aufgelöst werden

Eine Reihe von Kollegen und Kolleginnen der "Stuttgarter Zeitung" haben aber unterdessen über die Planung der Geschäftsleitung genaueres erfahren. Die Perforatoren-Abteilung, in der Lochstreifen für die Computer-Setzmaschinen hergestellt werden, wird in der gleichen Form künftig nicht mehr gebraucht. Diese Tatsache ist schon längere Zeit bekannt, die Geschäftsleitung der "Stuttgarter Zeitung" wich jedoch immer aus, wollten die Kollegen Auskunft über ihre zukünftigen Arbeitsplätze haben. In letzter Zeit nun wurden zwei Kolleginnen aufgefordert, möglichst umgehend zu kündigen, sie könnten nach Ablauf des Jahres nicht weiter beschäftigt werden. Den anderen wurden individuell Umbesetzungen innerhalb des Konzerns angeboten. In den "Angeboten" fehlte jede Angabe über die künftige Bezahlung und die Arbeitsbedingungen auf dem neuen Arbeitsplatz. Sie waren ein reiner Hohn, zudem bedeutet Umbesetzung zum derzeitigen Termin verstärkte Arbeitshetze für die bis zum Ende des Jahres in der Abteilung verbleibenden Kollegen, denn die Arbeit wird nicht weniger, die freien Stellen sollen aber nicht mehr besetzt werden.



Verlagshaus der Stuttgarter Zeitung

Verlagshaus der Stuttgarter Zeitung

Die Kollegen und Kolleginnen der Perforatoren-Abteilung waren über das Vorgehen der Kapitalisten der "Stuttgarter Zeitung" zu recht empört. Sofort nach Bekanntwerden der "Angebote" beschlossen sie, keine Überstunden mehr zu machen und genau nach den Arbeitsbestimmungen zu arbeiten. Dies wollten sie so lange machen, bis sie genaue Angaben von der Geschäftsleitung hatten, was aus der Abteilung wird, wo und unter welchen Bedingungen **alle** Perforatoren einen neuen Arbeitsplatz bekämen. Viele Kollegen aus anderen Abteilungen der Technik solidarisierten sich mit dem Vorgehen der Perforatoren und taten es ihnen nach. Als Folge davon mußte der Andrucktermin der Zeitung in den letzten Tagen immer bis zu 1 1/2 Stunden herausgezogen werden, wurden in den Tagen vorm Wochenende so viele Anzeigen nicht gesetzt, daß das Erscheinen der vollständigen Zeitung unmöglich erschien.

Doch die Kapitalisten hatten sich einen neuen Trick ausgedacht, um die Forderung der Kollegen zu umgehen. Am Freitagmorgen wurden alle nicht gesetzten Anzeigen zu anderen zum Firmenverbund gehörenden Zeitungen, so z. B. zur "Neuen Württembergischen Zeitung" Göppingen und zwei anderen Stuttgarter Zeitungen gefahren und dort in Satz gegeben. Die Kollegen waren von diesem Vorgehen zwar überrumpelt, sie ließen jedoch nicht locker. Soweit möglich, wurden die anderen Betriebe von den Stuttgarter Vorgängen informiert, was zur Folge hatte, daß die "Fremdsätze" mit Fehlern gespickt waren. Zweieinhalb Anzeigenseiten fehlten in der Samstagsausgabe und eine halbe Textseite mußte noch spät am Abend nachgeschoben werden.

Nur gemeinsam verhandeln

Die Perforatoren hatten unterdessen eine Sprecherin gewählt und stellten an die Firmenleitung die ultimative Forderung, daß am Nachmittag ein Gespräch über die Zukunft der Abteilung im Büro des Betriebsrates stattfinden müsse, und zwar mit allen Beteiligten. Das Gespräch fand statt, Geschäftsführer Kurz versuchte, die Kolleginnen und Kollegen zu spalten indem er anbot, mit **einzelnen** über eine Anstellung zu sprechen. Doch das Manöver mißlang, die Reihe blieb geschlossen. Die Kollegen werden nur **gemeinsam** verhandeln.

"Eine Beschäftigungsgarantie im neuen Druckzentrum kann von seiten der Geschäftsleitung **nicht** gegeben werden." Das ist das Ergebnis des zweistündigen Gesprächs der Perforatoren mit der Leitung der Stuttgarter Zeitung. Das sind die für Dienstag versprochenen "genauen Informationen". Die Kollegen reagierten prompt: Noch mehr arbeiten genau nach den Arbeitsbestimmungen. Der Andrucktermin am Dienstag mußte zum sechsten Mal hintereinander um mehr als anderthalb Stunden verschoben werden.

–B., Stuttgart–



Am 10.2. verbrannten bei Stübbe, Kalletal, die Arbeiter die "Mitarbeiterbriefe", mit denen ihnen die endgültige Stillegung des Demag-Werks bekanntgegeben wurde. Sie streikten zum sechsten Mal in diesem Jahr.

Kleinbetrieb: Erfolg durch Solidarität

Kollegen wehren sich gegen untertarifliche Bezahlung

Hildesheim. Ich arbeite in einem kleinen Hildesheimer Betrieb als Rundfunk- und Fernsehtechniker. Die Belegschaft umfaßt 5 Personen: eine Sekretärin, einen Werkstattleiter und drei Techniker. Bis einschließlich Dezember war ich beim Bund. Mit dem ersten Tag meiner Arbeit stand natürlich die Frage im Vordergrund, was ich verdienen würde. Über diese Frage konnte ich lange keine Klarheit gewinnen, weil mein Chef ständig ausweichende Antworten gab oder versprach zurückzurufen (die Hauptgeschäftsstelle ist in Hannover), was er aber nie getan hat. Normalerweise wäre die Frage, wieviel ich verdienen würde, ganz einfach zu beantworten, nämlich Tariflohn. Auch vor der Bundeswehr-Zeit habe ich in der Firma genau Tarif bekommen. Merkwürdig war die Tatsache, daß die beiden Techniker, die mit mir zusammen in der Firma tätig waren und genau wie ich am 15. Februar das dritte Geselenjahr abschließen werden, im Dezember 1974 etwa 1 200 DM bekamen. Ich habe aber schon vor der Bundeswehrzeit 1 200 DM in der Firma verdient. Ich fragte einen Kollegen, der seit August dort arbeitet, wieso er so wenig Geld bekommt. Daraufhin erzählte er mir, daß er anfangs 1 400 DM mit dem Chef vereinbart hatte, der ihm aber von Anfang an nur 1 200 DM gezahlt habe. Bei einer Aussprache mit dem Chef hat der Kollege nur zu hören gekriegt: Wo soll ich denn hinkommen, wenn ich Übertarif bezahle?

Da ich nicht bereit war, für 1 200 DM zu arbeiten, und die Kollegen die Ansicht vertraten "gleiches Geld für gleiche Arbeit", waren alle auf den 1. Februar gespannt. Sollte ich nämlich mehr als die Kollegen bekommen, wollten wir für alle gleichen Lohn fordern.

Aber am Ersten war kein Geld auf der Kasse

Wir telefonierten mit dem Chef, der aber nichts anderes zu sagen wußte, als daß das Geld überwiesen worden sei. Am 4. war immer noch kein Geld auf den Konten. Ich rief in der Hauptgeschäftsstelle an und verlangte den Chef. Dieser ließ sich erst einmal verleugnen, nachdem ich aber ordentlich auf den Tisch geklopft hatte, war er ganz plötzlich wieder anwesend. Ich sagte meine Meinung über die Schlampereien deutlich, zumal die Kollegen den Dezember-Lohn auch erst am 10. Januar bekommen hatten. Ebenso wie ich riefen die Kollegen in Hannover an und machten Dampf.

Einheit im Betrieb

Die Sekretärin und der Werkstattleiter solidarisierten sich mit unseren Forderungen, zumal auch ihr Geld nicht auf den Konten war. Die Einheit im Betrieb wurde also im wesentlichen durch die Forderung nach pünktlicher Lohnzahlung hergestellt. Auch in der Forderung nach dem Tariflohn waren wir Techniker nicht allein, denn sowohl die Sekretärin als auch der Werkstattleiter erklärten, daß die untertarifliche Entlohnung eine Sauerei sei und daß sie jede nötige Kampfmaßnahme mit uns zusammen durchführen würden. Die Wut auf den Chef und die herrschenden Zustände einerseits und die Freude über den kampfstarken Trupp, den wir darstellten, andererseits, führte mehrfach zu der Äußerung: "Wenn der Alte nicht zahlt, schmeiße(n) ich (wir) die Arbeit hin." Wir beschlossen aber erst einmal, dem Chef ein schriftliches Ultimatum zu stellen.

Die Forderungen

Punkt 1:
Wenn er bis Montag, den 10. Februar mittags nicht dafür sorgt, daß alle Kollegen ihren Lohn erhalten, wird die Arbeit niedergelegt.

Punkt 2:
Ab sofort müssen an jedem Ersten der Lohn und die Lohnstreifen auf dem Tisch liegen (bzw. auf den Konten).

Punkt 3:
Tarifliche Bezahlung der Techniker.

Der Brief sollte am Freitag, dem 7. Februar, abgeschickt werden. Da wir aber erfahren hatten, daß der Chef sowieso am Montag nach Hildesheim kommt, beschlossen wir, ihm das Ultimatum mündlich mitzuteilen. Am Montag lagen dann die Lohnstreifen vor. Der Chef hatte sein letztes Register gezogen, er hatte einem Kollegen 8,25 DM (Tarif) gezahlt, den anderen hingegen nur 7,48 DM.

Der Spaltungsversuch endete jedoch kläglich

Angesichts der Geschlossenheit, mit der wir auftraten, blieb ihm nichts anderes übrig, als irgendwelche Ausreden zu erfinden. Er wand sich wie ein Aal, da wir aber konsequent unsere Ziele verfolgten, gab er schließlich kleinlaut bei. Wir setzten folgendes durch:

1. Die Techniker bekommen rückwirkend Tarif gezahlt.
2. An jedem Ersten erfolgt eine Akontozahlung von 500 DM, der Rest wird bis zum Zehnten jedes Monats überwiesen.

Auf der gefundenen Einheit im Betrieb und gefestigt durch unseren vollen Sieg werden wir den Arbeitskampf weiterführen. Wir haben bereits diskutiert, daß ein weiterer Kollege eingestellt werden muß, da die Arbeitsintensität bei uns mangels Arbeitskraft sehr hoch liegt. Oft müssen Pausen durchgearbeitet und zu einer anderen Zeit nachgeholt werden. Auch Überstunden sind nicht selten. Weiter haben wir über eine innerbetriebliche Lohnerhöhung diskutiert. Wenn es uns gelingt, die Einheit der Kollegen auch weiterhin durch richtige Forderungen aufrechtzuerhalten, werden wir auch weiterhin Siege im Klassenkampf erringen.

Rolf Rimbach
Stadtratskandidat
Wahlbezirk V

Einheitliche Forderungen beschlossen

In Frankfurt, Wiesbaden und Hamburg stellten die Drucker Forderungen auf

Frankfurt. Am Samstag, dem 15. Februar, fand eine Mitgliederversammlung des Bezirks- und Ortsvereins Frankfurt statt. An der Versammlung nahmen etwa 120 Kollegen und das Tarifkommissionsmitglied Wolfgang Exner teil. Auf der Tagesordnung stand die Aufstellung der Forderungen für die kommende Tarifauseinandersetzung.

Der Versammlung lag eine Empfehlung der gewerkschaftlichen Betriebsausschüsse für eine einheitliche Lohnerhöhung zwischen 80 Pfennig und 1,25 Mark vor. Nachdem sich im letzten Jahr in einer knappen Kampfabstimmung noch einmal eine Prozentforderung durchgesetzt hatte, waren damit für die diesjährige Tarifrunde in Frankfurt die Weichen endgültig in Richtung "einheitliche Forderung in Mark und Pfennig für alle" gestellt. Nach mehrjährigem hartnäckigem Kampf um diese prinzipielle Forderung stellt das einen wesentlichen **Fortschritt** im Kampf um die Einheit der Arbeiterklasse dar.

Die Auseinandersetzung um die Höhe

Auf der Versammlung gab es keine Auseinandersetzung mehr um die Art der Forderung, wohl aber um die Höhe. Obwohl auf der Sitzung der Betriebsausschüsse die Höhe der Forderung noch nicht festgelegt wurde, überraschte der Bezirksvorstand mit dem Vorschlag, eine Erhöhung des Stundenlohnes um 90 Pfennig zu beschließen. Das war ein taktisches Manöver, die von vielen Kollegen erhobene und auch schon vom Ortsverein Neu-Isenburg/Sprendlingen/Langen verabschiedete Forderung nach 1,25 DM mehr zu unterlaufen. Diese 90-Pfennig-Forderung wurde auch unterstützt vom Sprecherausschuß der Betriebsausschüsse, der ganz kurz zuvor diese Forderung verabschiedete. Für ihn sprach der Kollege Jähnert, Betriebsrat bei der Frankfurter Rundschau. Er berichtete über die Situation in den Dreißiger Jahren, als im Druckgewerbe die Löhne rapide gesenkt wurden. Dennoch wurde 1932 über die Hälfte aller Druckarbeiter arbeitslose oder mußten kurzarbeiten. Der Kollege wies außerdem darauf hin, daß die Arbeitsplätze durch den Lohnverzicht nicht sicherer würden, da 43 % aller Investitionen Rationalisierungsinvestitionen wären. Konkret: Mit dem Geld, das die Kapitalisten bekommen, werden noch mehr Kollegen auf die Straße gesetzt.

Mehrere Kollegen vertraten die richtige Forderung von 1,25 DM pro Stunde, konnten sich aber nicht durchsetzen, da einige Kollegen, besonders von der DKP, meinten, man müsse "realistisch" sein und dürfe keine "utopischen" Forderungen aufstellen.

Ein Kollege vom Ortsverein Neu-Isenburg setzte sich nochmals energisch für die 1,25 DM ein. Zu den Vertretern der 90-Pfennig-Forderung meinte er: Es gebe einige Leute, die stets das für real hielten, was der Gegenseite nützt!

Es wurde auch von anderen Kollegen klargestellt, daß nicht das, was machbar ist (machbar für wen?) unsere Forderung leiten darf, sondern das, was wir alle brauchen!

Der Vorschlag eines Kollegen, sich in der Mitte zwischen 90 Pfennig und 1,25 DM zu treffen, vorausgesetzt, eine Forderung von 1,25 DM würde keine Mehrheit finden, wurde vom Vorstand umgangen und allein die 90 Pfennig wurden zur Abstimmung gestellt. Dies wurde durch Unsicherheit bei einigen Kollegen in Verfahrensfragen möglich.

Weiter standen drei Resolutionen zur Abstimmung: eine zur Arbeitslosigkeit (siehe S. . . .), eine zur Durchsetzung des Sieben-Stunden-Tages, die dritte zur Mobilisierung für die DGB- und GEW-Demonstration am 22. Februar gegen die Nichteinstellung von etwa 800 Lehramtsanwärtern (siehe S. . . .). Alle drei Resolutionen wurden mit überwältigender Mehrheit angenommen.

Für die kommende Lohntarifrunde wurden folgende Forderungen aufgestellt:

1. **Der tarifliche Stundenlohn ist bei allen Lohngruppen um 90 Pfennig zu erhöhen.**
2. **Die Erhöhung ist eine Mindesterhöhung.**
3. Die Anrechnung der Lohnerhöhung auf die übertariflichen Zulagen **ist nicht gestattet.**

B

Wiesbaden, Hamburg

Hamburg. Außerordentliche Delegiertenversammlung der IG Druck, 17.2.1975:

Antrag der Vertrauensleute aus dem Heinrich-Bauer-Verlag, dem mit Mehrheit zugestimmt wurde:

1. 40 DM die Woche für alle Vorweganhebung, anrechenbar auf die tatsächlich vorhandenen Übertarife;
2. 40 DM die Woche für alle Tariferhöhung, nicht anrechenbar;
3. Laufzeit 12 Monate;
4. für alle Lehrjahre 100 DM im Monat mehr.

In Wiesbaden zum ersten Mal Linearforderung in Höhe von 0,90 DM die Stunde als Mindestforderung!

... Nach langer Diskussion über die Höhe der Forderung standen zwei Vorschläge zur Abstimmung: 0,90 DM und 1,10 DM. Mit 2/3-Mehrheit entschieden sich die Kollegen für die 0,90 DM, allerdings mit der Klausel, daß dies eine Mindestforderung sei, von der man auf keinen Fall abgehen soll. Für die Lehrlinge wurden 450,–, 500,–, 575,– und für das 4. Lehrjahr 675,– DM beschlossen.

–Ortsgruppe Wiesbaden–

Stahlindustrie

Kurzarbeit und Zwangsurlaub bei Klöckner

Bremen. Ein Dutzend Kollegen haben vergangenes Jahr auf der Klöckner-Hütte den Stahlboom mit ihrem Leben bezahlt. Jetzt, wo den Klöckner-Herren der Stahl nicht mehr zu jedem Preis aus der Hand gerissen wird, soll nach dem Willen des Vorstandes natürlich die Belegschaft auch wieder die Suppe auslöffeln. Seit Ende Januar geht im Werk das Gerücht von Kurzarbeit um.

Auf Anfrage hatte der Arbeitsdirektor noch Anfang voriger Woche mitgeteilt, daß von Kurzarbeit im Vorstand bisland nicht gesprochen worden sei. Zwei Tage später setzte der Vorstand dem Betriebsrat die Pistole auf die Brust. Keine Überstunden mehr, Vorverlegen der Freischichten. Zwangsurlaub von vier bis fünf Urlaubstagen bis einschließlich April oder Kurzarbeit zumindest für Stahlwerk und Warmwalzwerk seien nicht zu vermeiden. Wobei der Werksvorstand gleich durchblicken ließ, daß das Vorziehen von einigen Urlaubstagen die Möglichkeit der Kurzarbeit nicht grundsätzlich ausschließe.

Bei diesem Spiel soll dem Betriebsrat der schwarze Peter zugeschoben werden. Laut Manteltarifvertrag bedarf die Einführung der Kurzarbeit nicht der Zustimmung des Betriebsrates. Bleibt der Zwangsurlaub. Als Interessenvertreter der Belegschaft kann sich der Betriebsrat darauf nicht einlassen. Einmal, weil damit nicht gesichert ist, daß nicht kurze Zeit später doch noch Kurzarbeit eingeführt wird, zum anderen, weil damit ein zusammenhängender längerer erholsamer Urlaub unmöglich gemacht wird. Zumal viele Kollegen schon zwischen Weihnachten und Neujahr einen Teil ihres diesjährigen Urlaubs nehmen mußten

Der Zwangsurlaub muß abgelehnt werden

Diese Meinung vertreten die meisten Kollegen im Werk. Im gegenwärtigen Betriebsrat gibt es aber eine Zahl von Leuten, die in dieser Frage zu einem Kompromiß mit den Klöckner-Kapitalisten bereit sind. Viele Kollegen sind der Meinung, daß es die Aufgabe des Betriebsrates sei, auf einer außerordentlichen Betriebsversammlung die Belegschaft umfassend über die Lage zu informieren und sie nach ihrer Meinung über dieses Ansinnen der Kapitalisten zu befragen.

Solch wichtige Fragen muß die Belegschaft selbst entscheiden. Den Kapitalisten werden solche Versammlungen gar nicht recht sein. Sie sind vielmehr daran interessiert, unter der Belegschaft noch mehr Angst und Unsicherheit zu verbreiten, weil sie in diesem Klima noch mehr antreiben und noch mehr aus den Kollegen herausholen können. Es wird deshalb Druck unter anderem auch gegenüber einigen aus dem Betriebsrat nötig sein, um die berechtigten Forderungen der Belegschaft durchzusetzen. Die Verschärfung der Lage auf der Hütte führt dazu, daß sich die Fronten in bezug auf die Betriebsratswahlen zunehmend klären. Waren die Interessen der Belegschaft bei den diesjährigen Vorbereitungen auf die Wahlen nicht klar, so hat sich diese Lage mit der jüngsten Drohung der Kapitalisten schlagartig geändert.

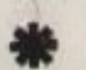
Die Augen der Belegschaft sind auf den Betriebsrat gerichtet

Was wird er tun, was wird er entscheiden? Es wird sich zeigen, wer die Interessen der Belegschaft gegenüber den Kapitalisten vertritt und wer zum Wohle der Kapitalisten und auf Kosten der Belegschaft Kompromisse mit dem Werksvorstand ausfeilscht. Unsere Betriebszelle hatte bereits im Januar in einem Artikel in der Betriebszeitung Stellung bezogen zu den Aufgaben des künftigen Betriebsrates. Dort wurden unter anderem folgende Forderungen genannt, die zu einer Vereinheitlichung der Belegschaft in der gegenwärtigen Lage beitragen können:

Keine Entlassungen, jedem Kollegen muß der Arbeitsplatz erhalten bleiben. Voller Lohnausgleich bei Schichtreduzierungen. Durch Renten, eigene Kündigung oder Krankheit ausfallende Kollegen müssen ersetzt werden.

Diese Forderungen werden in den kommenden Wochen und Monaten immer mehr an Bedeutung gewinnen. Es wird deshalb sehr nützlich sein, wenn die Belegschaft die Kandidaten zur Betriebsratswahl daran mißt, wie sie zu diesen oder ähnlichen Forderungen stehen und dementsprechend ihre Entscheidung trifft.

–Betriebszelle Klöckner Bremen–



Kurzarbeit bei Klöckner Hagen

Hagen. In der Zeit vom 17. bis 28.2.1975 soll bei Klöckner in Hagen-Haspe die Produktion der beiden Walzstraßen ruhen.

Als Begründung wird der starke Auftragsrückgang im Exportgeschäft angegeben, der im Baustahlbereich 70 % und im Drahtbereich 30 % gegenüber dem Vorjahr beträgt. Rund 750 Arbeiter sind von der Kurzarbeit betroffen. Für die Angestellten wurde nach Mitteilung des Betriebsrates vergessen, Kurzarbeit anzumelden. Der Lohnverlust der Arbeiter liegt durch Wegfall der Schichtzulagen bei 250 Mark. Es wird nach Meinung der Geschäftsleitung mit einer Besserung der Auftragslage frühestens im 3.Quartal dieses Jahres gerechnet. Man macht sich jetzt Gedanken darüber, ob man bis dahin noch öfters Kurzarbeit machen oder eine der drei Schichten auflösen soll.

–KG Hagen–

Karmann Osnabrück:

Kurzarbeit und verschärfter Akkordplan

Osnabrück. Über 4 000 von 5 700 Arbeitern waren bei Karmann von der Kurzarbeit zwischen dem 5. und 11.Februar betroffen, als das Sciroccoband stillstand. Trotz Kurzarbeit wird die Arbeitshetze durch einen neuen Akkordplan verschärft. Ein Kollege von Karmann schreibt in der Osnabrücker Ortsbeilage der KVZ Nr.6/75:

Am Freitag, dem 31.Januar, ist ein neuer Akkordplan herausgekommen. Der Akkord wurde von 125 auf 140 Wagen pro Schicht erhöht. Es wurden zwar 90 Leute vom VW-Porsche und VW-Cabrio-Band zu uns versetzt, aber daß das nicht ausreicht, zeigen folgende Beispiele. Bei der USA-Ausführung des Sciroccos werden Stoßstangen angebaut, die ein Gewicht von ca. 8 bis 9 kg haben. Die Stoßstangen haben vorher zwei Arbeiter angebracht und jetzt quält sich einer damit herum. Oder beim Kabelanschließen und Anschließen der Schlußleuchten ist man gezwungen, acht Stunden in gebückter Haltung, den Kopf zwischen den Beinen, zu arbeiten. Daß dadurch Schwindelgefühle schon nach kurzer Zeit auftreten – oder daß Leute bei dieser Arbeit wie die Fliegen umkippen, liegt auf der Hand. Oder die Arbeit am Hochband: Wo unter den Wagen gearbeitet wird, Vergaser anbringen usw., dort steht man acht Stunden mit dem Kopf im Nacken und die Hände über dem Kopf und ist am Schrauben andrehen. Nach einigen Stunden kann man den Kopf nicht mehr nach links und rechts drehen, weil man eine saubere Genickstarre hat. Man kann noch vieles aufzählen, z. B. daß man aus zwei getrennten Akkorden einen gemacht hat. Durch diese gesteigerte Hetze ist es jetzt fast unmöglich, die persönlichen Pausenzeiten einzuhalten, die vor noch nicht langer Zeit verbessert wurden. Trotz diesem Streß am Band werden noch Leute ohne besonderen Grund entlassen. So kommt es vor, daß Kollegen von Arbeitsplatz zu Arbeitsplatz hin- und hergeschoben werden. Nirgendwo haben sie Zeit, sich einzuarbeiten. Und somit können sie auch nicht so gut arbeiten wie Kollegen, die schon jahrelang am gleichen Platz arbeiten.

Mit dem Herumschieben fängt es an, und dann folgen die Kündigungen. Den Ausländern wird gekündigt, weil bei vielen der Vertrag abgelaufen ist und andere werden wegen "Personalreduzierung" gekündigt.

Der Betriebsrat hat sich zu dem neuen Akkordplan noch nicht geäußert; das, was er gemacht hat ist, daß er dem Akkordplan zugestimmt hat. Was sind das für Betriebsräte, die solchen Plänen zustimmen, die sich nicht darum kümmern, ob man Über- oder Unter-Kopfarbeiten macht, wo es doch gesetzlich festgelegt ist, daß solche Arbeit verboten ist?

Wir müssen uns deshalb für folgende Forderungen einsetzen:

Einhaltung des Achtstundentages mit Anrechnung der Pausen auf die Arbeitszeit!

Einrichtung von Anlagen am Band, die die Über- oder Unter-Kopfarbeit überflüssig machen!

Längere Akkordzeiten!

Senkung der Stückzahlproduktion!

Der neue Betriebsrat, der jetzt bald gewählt wird, muß dazu verpflichtet werden, sich für diese Forderungen einzusetzen.

–g., Osnabrück–



Über-Kopfarbeit am Hochfließband. Hier bei VW Salzgitter. 8 Stunden bauen die Kollegen in der Endmontage den Tank ein und montieren die Bremsleitungen. In den VW-Werken wird jetzt die Akkordschraube weiter angezogen und die Akkordhetze gesteigert.

Das Vorgehen des IG-Chemie-Vorstands

Arbeitsplatzsicherungsabkommen wird gegen Lohnforderungen ausgespielt

Die hessische Tarifkommission hat dem Arbeitgeberverband angeboten, dieses Jahr die Lohnverhandlungen zusammen mit dem Abschluß eines Arbeitsplatzsicherungsabkommens und der Erhöhung der vermögenswirksamen Leistungen auf 52 DM bundesweit zu verhandeln. Der Hauptvorstand der IG Chemie hält Ausschau nach "populären Forderungen" und bezeichnet die Forderung nach einem Arbeitsplatzsicherungsabkommen als "Trumpf" der Gewerkschaften. Beim genaueren Hinsehen entpuppt sich dieser Trumpf als die schon lange in Auftrag gegebene Veränderung des § 13 des Manteltarifvertrages der IG Chemie. Dieser § 13 sieht aber bis jetzt nur einen ganz beschränkten Entlassungsschutz, nämlich bei Rationalisierungsmaßnahmen, vor. Er soll jetzt dahingehend geändert werden – und dazu hat die Manteltarifkommission einen Entwurf vorgelegt – daß ein Schutz bei **jeder** Entlassung angestrebt wird, also nicht nur in Fällen von Rationalisierungsmaßnahmen.

Dieser Schutz bei Entlassungen beschränkt sich allerdings nur auf die Frage der Abfindungen: In dem "Arbeitsplatzsicherungsabkommen" soll also lediglich die Höhe der Abfindungen je nach Dauer der Betriebszugehörigkeit und unter Einbeziehung des Alters des Entlassenen geregelt werden. Als Vorschlag steht zum Beispiel in dem Entwurf, daß ein Kollege, der über 55 Jahre alt ist und 20 Jahre Betriebszugehörigkeit hat, 18 monatliche Effektivverdienste bei seiner Entlassung ausbezahlt bekommen muß.

Das hört sich gut an. Bei einem Kollegen allerdings, der 30 Jahre alt ist und eine fünfjährige Betriebszugehörigkeit hat, sieht das schon anders aus: Er würde laut Vorschlag der Manteltarifkommission 3 Monate Effektivverdienst erhalten. Diejenigen Kollegen, die unter 30 sind und deren Betriebszugehörigkeit unter fünf Jahren liegt, sind im § 8 des sogenannten "Arbeitsplatzsicherungsabkommens" überhaupt nicht berücksichtigt. Die können also dann auch ohne Abfindung entlassen werden.

Der Hauptvorstand ist also dabei, ein solches Abkommen, das von ihm als populär bezeichnet wird, in den Vordergrund zu stellen und gegen Lohnforderungen auszuspielen, weil die Öffentlichkeit angeblich kein Verständnis für die Lohnforderungen der Kollegen habe.

Vorbereitung zur Betriebsratswahl bei Vulkan

Vertrauensleute beschließen Einheitsliste

Am Montag, dem 17. Februar, fand auf dem Bremer Vulkan eine Vertrauensleutesitzung statt. Festgelegt wurde eine Einheitsliste zur Betriebsratswahl.

Das ist bis dahin ein Erfolg, weil zumindest im Funktionärskörper bis jetzt noch niemand erkennbar eine zweite Liste anstrebt.

Die Listenplätze wurden von den Vertrauensleuten unter den von den Branchen aufgestellten Kandidaten abgestimmt. Ausgenommen wurden hiervon die vom Gewerkschaftsausschluß bedrohten Kandidaten Scholz, Koldehofe, Bachmann, was dem gegenwärtigen Kräfteverhältnis auch durchaus entspricht. Unter die von dem Vertrauensleutekörper beschlossene Liste kann sich jeder Kollege einreihen.

So befinden sich die vom Ausschluß bedrohten gleich hinter den Kandidaten aus den verschiedenen Branchen. Die Abstimmung über die Kandidaten aus den Branchen zeigt eine deutliche Verschiebung des Kräfteverhältnisses zugunsten fortschrittlicher Kollegen. So befinden sich unter den Plätzen 1 bis 8 nur noch **zwei SPD-Mitglieder**. Unter den Plätzen 11 bis 25 noch 11, wobei einige nicht einmal zum festen Kern der SPD-Betriebsgruppe zu rechnen sind. In der wichtigsten Frage, in der Herstellung der Einheit der Belegschaft auf dem Boden eines Programms, ist auf der Vertrauensleutesitzung ein weiterer Schritt nach vorn gemacht worden. Der Kollege Bettelhäuser, der jetzige Vorsitzende des Betriebsrats, ist dafür eingetreten, daß die Vertrauensleute die Initiative ergreifen, um aus allen Branchen heraus die Forderungen der Belegschaft gegenüber der Geschäftsleitung festzulegen, damit der neue Betriebsrat ein klares Arbeitsprogramm hat. Das ist von vielen Vertrauensleuten begrüßt worden. Es wird darauf ankommen, diese positive Haltung in die Tat umzusetzen. Die Voraussetzungen hierfür sind gut, weil ein Programm zur Betriebsratswahl große Sym pathien in der Belegschaft genießt. Bisher sind in vier Branchen klare Forderungen aufgestellt, die von den Interessen der Vulkan-Arbeiter ausgehen. Jedoch ist die gesamte Belegschaft noch nicht hinter den dringlichsten Forderungen vereinheitlicht. Diese Einheit herzustellen, wird Aufgabe des Vertrauensleutekörpers sein.

–B./St.–

Arbeitshetze bei Blaupunkt

Der Akkord wurde von 480 auf 580 erhöht

Hildesheim. In einer Halle im Blaupunktwerk Hildesheim sieht es so aus:

Dort wurden in der letzten Zeit ca. 10 bis 15 Kolleginnen entlassen (bei Blaupunkt Hildesheim sind insgesamt 760 Kollegen). Andererseits hat sich die Arbeitshetze beständig erhöht. An einer Maschine z. B. wurde der Akkord von 480 auf 580 erhöht. Die Frau, die an der Maschine arbeitet, schaffte aber bloß 500. Man gab ihr daraufhin unmißverständlich zu verstehen, daß es wohl noch genug andere Frauen gäbe, die diese Stückzahlen schaffen würden und man gerne auf sie verzichten könne. Jetzt schafft sie die 580, indem sie die Pausen durcharbeitet und die Maschine nach Arbeitsschluß säubert. Eine andere Maschine ist ein gutes Beispiel, in wessen Sinne die von der Regierung so beschworenen Investitionen gemacht werden. Im Rahmen der Rationalisierung wurde sie angeschafft und der an ihr zu erbringende Akkordsatz auf 300 festgelegt. Dieser war aber unmöglich zu schaffen. Nach einiger Zeit mußte dann der Satz auf 298 heruntergesetzt werden. Als dann die Kollegin nach einiger Zeit die 298 schaffte und sie am nächsten Montag wieder in den Betrieb kam, war der Akkordsatz inzwischen auf 299 hinaufgeschraubt.

Der jetzige Betriebsrat beschränkt sich darauf, der Betriebsleitung dabei zu helfen, die Kollegen auszusuchen, die entlassen werden sollen. In diesem Sinne fragte er auch z. B. eine jüngere Kollegin über ihre persönlichen Verhältnisse aus: Warum sie eine eigene Wohnung hätte und nicht bei ihrem Vater wohne würde etc.. Andere Kolleginnen werden entlassen, ohne je eine Stellungnahme vom Betriebsrat dazu gehört zu haben.

Man sieht also folgendes: Auf der einen Seite wird die Arbeitshetze beständig erhöht und es werden Rationalisierungsinvestitionen gemacht. Auf der anderen Seite werden Massenentlassungen durchgeführt und Kurzarbeit angesetzt. Fast alle Abteilungen von Blaupunkt machen vom 27.Januar bis zum 7.Februar, also 2 Wochen, Kurzarbeit. Die Krise soll auf unserem Rücken ausgetragen werden. Es hilft uns gar nichts, wenn die Kapitalisten investieren, denn das werden zur Zeit nur Investitionen zu Rationalisierungszwecken sein. Es hilft uns auch nichts, wenn wir Lohnverzicht üben. Zwischen uns und den Kapitalisten kann und wird es keine gemeinsamen Interessen geben. Wenn wir unsere Interessen durchsetzen wollen, müssen wir die Interessen der Kapitalisten bekämpfen, im Lohnkampf, im Kampf für bessere Arbeitsbedingungen und im Kampf gegen das ganze Lohnsystem.

–F., Zelle Blaupunkt Hildesheim–

Rationalisierungen bei der Post

Lohndrückerei und schlechtere Arbeitsbedingungen

Die Post ist ein Industriezweig, der Waren und Nachrichten in jeder Form befördert. Die Kommunikation und die Beförderung von Waren ist ein wichtiger Bestandteil der gesamten Produktion. Dieser Postdienst wird nicht von einem einzelnen Kapitalisten betrieben, sondern im Interesse aller Kapitalisten durch den Staat. Die Bremer Postzelle schreibt zu den Rationalisierungen:



Postrechnungsstelle

Wie jeder andere kapitalistische Betrieb kann die Post ihre Waren nur billiger machen, wenn die Ausbeutung der Beschäftigten verschärft wird. Für die Kollegen heißt das Lohndrückerei und Verschlechterung der Arbeitssituation.
Im letzten Jahr häuften sich in Bremen Fälle von Abmahnungen (Kündigungsandrohungen z. B. wegen "häufiger Erkrankungen", "schlechter Leistungen" und ähnlichem), Nichteinstellung von Lehrlingen oder sogar Entlassung von Lehrlingen aus der Ausbildung (aus den genannten Gründen), Nichtzulassung zu Beamtenlehrgängen, Nicht-Übernahme ins Beamtenverhältnis, sogar Nicht-Einstellung von Schwerbeschädigten, weil man denen nicht jede Umbesetzung auf andere Dienstposten zumuten kann, und Entlassungen. Das sind schon eindeutige Rationalisierungen in der Form von Personaleinsparungen. Im Bezirk Bremen sind laut Neubemessungen 234 Dienstposten zuviel besetzt. Die Kollegen auf diesen Dienstposten müssen entweder entlassen oder auf andere Dienstposten verschoben werden; irgendwo aber müssen auf jeden Fall Leute weg.

Dienststellen werden aufgelöst

Im gesamten Bundesgebiet sollen durch Rationalisierungen im Jahr 1974 110 Mill. DM, im Jahr 1975 210 Mill.DM, im Jahr 1976 285 Mill. DM eingespart werden. Bei diesen Einsparungen handelt es sich zum größten Teil um Personaleinsparungen, was durch Auflösen von Dienststellen (z. B. Rundfunkabrechnungsstelle im Postamt 1 in Bremen), regionale Neugliederung der Oberpostdirektionen, Konzentration der Paketumschlagstellen (u.a. mit Normung der Paketgrößen), laufende Verkehrsmengenermittlung im Postdienst (oll genaue Auskunft über den jeweiligen Personalbedarf der Dienststellen erbringen), Zentralisation der Ausbildungsstellen (Oldenburg und Osnabrück werden voraussichtlich aufgelöst, so daß für den Bezirk Bremen nur das Ausbildungszentrum in Horn bleibt) und damit Drosselung der Lehrlingsquoten.

Versetzungen

Neben Entlassungen, die versteckt unter anderen Gründen als der Rationalisierung durchgeführt werden (z. B. Alkohol im Dienst; häufige Erkrankungen; schlechte Leistungen usw.), bedeuten diese Rationalisierungspläne für die Beschäftigten, daß sie innerhalb eines Amtes von Dienststelle zu Dienststelle versetzt werden. Ebenfalls können sie von der F (Fernmeldebereich) zur P (Postbereich)-Seite und umgekehrt versetzt werden, je nachdem, wo Arbeitskräfte benötigt werden, ganz egal, welche Ausbildung sie abgeschlossen haben. Aber es wird nicht nur Versetzungen innerhalb einer Stadt oder eines Oberpostdirektions-Bezirks geben, sondern auch Versetzungen innerhalb des ganzen Bundesgebietes. Das Ganze nennt sich "Sicherung der Arbeitsplätze bei der Post". Unter diesem Namen wurden die Rationalisierungspläne der Post den Kollegen des Fernmeldeamtes 1 in Bremen (1 372 Beschäftigte) auf den Personalteilversammlungen im November 1974 bekanntgegeben. So kann es demnächst einem Fernmeldelehrling in Bremen passieren, daß er nach Beendigung der Ausbildung einen Arbeitsvertrag von der Post angeboten bekommt, mit dem er sich verpflichtet, in Frankfurt als Zusteller zu arbeiten. Lehnt er dies ab, wird er von der Post überhaupt keinen Arbeitsvertrag bekommen. Daß dies besonders die Fernmeldelehrlinge trifft, ist ganz klar, denn hiervon wurden in den letzten 3 Jahren viel zu viele eingestellt, da man sich mit der weiteren Entwicklung des Fernmeldewesens total verplant hatte, was auf die Gebührenpolitik zurückzuführen ist. (Hohe Einrichtungs- und Grundgebühren; niedrige Gebühren pro Einheit, was für Vielsprecher günstig ist. Die Nachfrage nach Telefoneinrichtungen sinkt jetzt rapide.)

Weiter bestehen für einige Bereiche Veränderungssperren, d. h. daß keine neuen Kräfte eingestellt werden dürfen, und daß die anfallende Arbeit von den übrigbleibenden Kollegen getan werden muß. Auch die Einführung der 40-Stunden-Woche heißt für die Masse der Kollegen steigende Arbeitsbelastung, weil keine neuen Kräfte eingestellt werden. So wird selbst die Arbeitszeitverkürzung zu einem Rationalisierungsmittel.

Ärger mit der „gelungenen Reformpolitik"

Zu Fristers "Erklärung zur Lage in der GEW"

Der Bundesvorsitzende der GEW bereitet gegenwärtig die außerordentliche Bundesvertreterversammlung Anfang März vor. Sie dient der Vervollständigung des Instrumentariums, mit dessen Hilfe der Einfluß der Kommunisten in der GEW entscheidend zurückgedrängt werden soll. Dazu hat Frister in der neuesten Ausgabe von "Erziehung und Wissenschaft" (2/75) eine "Erklärung zur Lage der GEW" abgegeben. Darin stellt er die Erfolge der GEW dar und fordert als Garantie für weiteren Fortschritt den Ausschluß der Kommunisten.

Frister bezieht sich im wesentlichen auf den Zeitraum 1968 bis 1974. Dabei nennt er u.a. als Erfolg der Bildungspolitik der GEW die Steigerung der Gehälter der Lehrer an Grund- und Hauptschulen um real über 40 %. Die Klassenfrequenz sei von 35 auf 30 gesunken, die Zahl der Lehrer um 120 000 gestiegen. Die Pflichtstundenzahl sei gesenkt worden. Kurz: "In den vergangenen 6 Jahren hat das Bildungswesen seine Leistungen für unsere Kinder und Jugendlichen, für die Gesellschaft wesentlich verbessert." Am Rande erwähnt Frister auch "Schwierigkeiten", die aber lediglich "Folge gelungener Reformpolitik" seien. Zum Beispiel: "Ohne die strengeren Anforderungen an betriebliche Ausbildung, die Durchsetzung der Rechte der Lehrlinge und die von den Gewerkschaften erreichte Steigerung der Lehrstellenentgelte gäbe es noch Ausbildungsplätze in hinreichender Zahl ..." Erforderlich sei jetzt eine Konsolidierung und Stabilisierung in den Einrichtungen des Bildungswesens und eine neue Plattform "für einen weiterführenden Reformschub in den nächsten Jahren". Diejenigen, die die Lage anders darstellen, sind "Schwarzmaler" und betreiben "Elendpoesie". Die Situation an der Hauptschule allerdings, wo die große Masse des Volkes ihren allgemeinbildenden Schulabschluß erhält, muß auch Frister "unerträglich" nennen.

Die Lage der Arbeiterjugend

Niemand wird die Zahlen und Fakten, die Frister nennt, bezweifeln wollen. Aber wenn man sich heute die Frage vorlegt, was hat diese Bildungsreform der Arbeiterklasse und dem Volk insgesamt gebracht, besonders den Arbeiterjugendlichen, dann kann es nur noch Frister einfallen, von einer "wesentlichen Verbesserung" zu sprechen. Ende Januar gab es in der Bundesrepublik allein über 123 000 arbeitslose Jugendliche bis zum 18. Lebensjahr allein, und die Zahl steigt. Die Aussicht auf ein Hilfsarbeiterdasein, das ist es, was sich diesen Jugendlichen trotz der Bildungsreform bietet. Weil nur wenige Lehrstellen vorhanden sind, entwickelt sich in den Hauptschulen ein ruinöser Konkurrenzkampf. Wer in diesem Kampf unterliegt, hat noch Glück, wenn er in einen "Förder"-Kurs eines Kapitalisten kommt. wo er gleich als Hilfsarbeiter verwendet wird. Andere werden in die Sonderschulen abgeschoben. Woran sonst liegt es, daß sich in den letzten Jahren die Zahl der Sonderschüler **unverhältnismäßig** stark vermehrt hat? "Elendspoesie der Chaoten" nennt es Frister, wenn darauf hingewiesen wird, daß viele Jugendliche der Verlumpung, der Kriminalität und dem Alkoholismus ausgesetzt sind

Während für den obersten Bildungsgewerkschafter die "Schwierigkeiten" im Berufsausbildungssystem "Folge gelungener Reformpolitik" sind, sind seine politischen Gesinnungsfreunde inzwischen bereit, eine Situation zuzugeben, "in der Lehrstellenverknappung und Jugendarbeitslosigkeit den Bankrott eines Berufsausbildungssystems offenbaren" (Edding und andere, FR vom 22.1.1975).
In der "Erklärung zur Lage in der GEW" wird kein Wort darüber verloren, daß sich für einen Teil der Lehrerschaft die Verhältnisse gegenwärtig verschlechtern. Die GEW ist nicht imstande, die Besoldungs**rückstufung** der hessischen Grund- und Hauptschullehrer zu verhindern. Im Rahmen der sogenannten Reform des öffentlichen Dienstrechtes, welches Frister "fortlaufend verbessert" nennt, hat die Staatssekretärskonferenz für fast alle Lehrer im Bundesgebiet eine Arbeits**verlängerung** ausgeheckt (Regelstundenzahl für Primarstufenlehrer: 29 Wochenstunden). Die Nichtübernahme von einigen hundert **Lehrerstudenten in den Vorbe**reitungsdienst entwickelt sich mit Sicherheit zu einer Lehrerarbeitslosigkeit.
Die Reform des Bildungswesens in den Jahren 1968 bis 1974 hat stattgefunden – aber der Krise von 1975 hält sie nicht stand: Die Lage der Jugend ist 1975 eben schlechter als 1968.
Im November 1974 wurden nach Angaben des Statistischen Bundesamtes 10,9 % Arbeitsstunden weniger geleistet als im Monat des Vorjahres. Heißt das, daß alle Arbeiter 10 % weniger arbeiten, weil sie entsprechend an dem gewachsenen gesellschaftlichen Reichtum teilhaben, den sie produziert haben? So ist es bekanntlich nicht. Sondern ein Teil der Arbeiter sinkt ins Elend ab, weil er seine Arbeitskraft nicht mehr verkaufen kann. Über 10 % der wichtigsten gesellschaftlichen Produktivkraft, der menschlichen Arbeitskraft, liegen gegenwärtig brach, Fabriken werden stillgelegt und Konsumgüter häufen sich in den Lagern. Zwischen den Arbeitern und den Produktionsmitteln steht die Klasse der Kapitalisten, die diese Produktionsmittel besitzt und die Arbeiter nur produzieren läßt, wenn sie genug Profit erwirtschaften. Frister verteidigt dieses kapitalistische Eigentum. Er kann nicht zugeben, daß diese Form von Eigentum die Ursache des wiederkehrenden Elends ist. So sucht er die Ursache der gegenwärtigen Misere im Bildungsbereich in der "gelungenen Reformpolitik". Wenn das nicht unsinnig ist! Deshalb kämpft er auch nicht gegen die Ursache des Elends, sondern gegen diejenigen, die es benennen, die seine Ursache aufzeigen und die Vorschläge machen, wie sie beseitigt werden kann. Ein Kapitalist muß so handeln, für einen Vertreter von Lohnabhängigen ist das eine üble Sache.

Was gerät in Mißkredit?

Frister sagt, die Radikalen bringen die GEW in Mißkredit. Die Radikalen "wollen in der GEW nachholen, was ihnen an Erfolgserlebnissen bei der politischen Arbeit mit oder in ihren Parteien angesichts der massiven Ablehnung ihrer Politik durch die Bevölkerung versagt bleiben muß". Was gegenwärtig in Mißkredit bei der Bevölkerung gerät, das sind diejenigen Anschauungen, denen Frister nachhängt; nämlich die sozialdemokratischen. Zum Beispiel die Anschauung, man könne durch eine Erhöhung des Anteils der Bildungsausgaben das Elend der Lohnarbeit abschaffen. Die Landtagswahlen des vergangenen Jahres haben gezeigt, daß die Bevölkerung nichts von Versprechungen hält, die nicht eingehalten werden können, gleichgültig, ob es sich um Vermögensbildung oder die Berufsausbildungsreform, um die Reform des § 218 oder die Gesamtschulen handelt.
Die Gesamtschulen z. B.: Frister will die 160 Gesamtschulen als Erfolg verkaufen. Aber bereits im Herbst hat der stellvertretende hessische DGB-Vorsitzende Jochen Richert die Gesamtschulen als Ausleseschulen bezeichnet, bei denen ausgerechnet die Arbeiterkinder auf der Strecke bleiben. Die hessische Landesregierung hat diesem lahmen Roß – aus welchen Gründen auch immer – den Gnadenschuß erteilt.
In Nordrhein-Westfalen hofft Ministerpräsident Kühn auf einen baldigen "psychologischen Umschwung", sonst hält er die Wahl für verloren. Wer gerät hier in Mißkredit?
Warum eigentlich muß Frister so um das Vertrauen der "linken Sozialdemokraten und anderer freiheitlicher Sozialisten" buhlen; weshalb muß er "junge Lehrerinnen und Lehrer", die ohne "hinreichende Erfahrung" sind, vor den Anschauungen der Kommunisten schützen? Deshalb, weil der sozialdemokratische Reformmantel löchrig geworden ist; durch das der Wind der Krise pfeift – eine Krise, die auf Grund der Erkenntnisse des wissenschaftlichen Sozialismus voraussagbar war.
Daß sogar Frister es nötig hat, seinen "konsequenten" Antikommunismus gegen den "falschen" Antikommunismus "Adenauerscher Prägung" zu verteidigen, dies zeigt besser als alles andere, daß sich die Ideologie der Arbeiterklasse auf dem Vormarsch befindet.
Wer vorgibt, die Bildungsinteressen der Volksmassen zu vertreten, aber mit Zähnen und Klauen das kapitalistische Eigentum verteidigt, der verwickelt sich in Widersprüche, die weder durch Gewerkschaftsausschlüsse **noch sonstwie zu lösen sind.** –V.–

Kommission zum Personalabbau

Die Beschäftigten im öffentlichen Dienst sollen an ihrer Einsparung mitarbeiten

Bei uns in Hannover wird jetzt klar, warum so gehetzt worden ist von der Bourgeoisie und ihrem Staat gegen die Kollegen im öffentlichen Dienst. Es ist nicht nur darum gegangen, ein Lohnraubangebot zu machen und das auch gegen die entwaffneten Kollegen durchzusetzen. Es geht um mehr.

Der Oberstadtdirektor, Herr Koldeway, hat bei mehreren Anlässen darauf hingewiesen, daß es wegen der finanziellen Schwierigkeiten (einige Firmen zahlen wegen sinkenden Umsatzes weniger Gewerbesteuer) und **der massiven Kritik am öffentlichen Dienst** erforderlich sei, Sparmaßnahmen durchzuführen. Und das will er jetzt folgendermaßen machen: In allen Ämtern und Betrieben der Stadtverwaltung will er Kommissionen einrichten. Diese Kommissionen sollen überprüfen, wo auf dem Rücken der Beschäftigten und gegen das Volk gespart werden kann.
Allgemein bekannt ist ja, daß der Staat und auch die Stadt Hannover immer gespart hat bei den Ämtern der Sozialverwaltung (Sozialamt, Arbeitsamt). Bei der Kämmerei, in der direkten Regierungsbürokratie gibt es kaum Personalmangel.

Sparmaßnahmen gegen die Kollegen und das ganze Volk

Ein Beispiel:
Im Sozialamt ist die Zahl der Verhandlungen 1974 gegenüber 1973 um 34 % gestiegen. Aber nur 10 % mehr Kollegen wurden eingestellt. Die Wartezeiten für Menschen, die eine Sozialhilfeleistung in Anspruch nehmen müssen, betragen bis zu vier Stunden. Die Stadtverwaltung schließt nicht aus (auf deutsch: sie hat es vor), daß allgemein in den städtischen Ämtern und Betrieben Personalabbau, Stellenstreichungen und ähnliches vorgenommen werden. Es wird auch davon geredet, daß Einsparungen in der Altenhilfe und bei den Kuren gemacht werden sollen.
Man sieht, es trifft die Kollegen und das Volk gleichermaßen. Und das ist auch der Sinn der Hetze: Die Kollegen im öffentlichen Dienst sollen vom Volk abgespalten werden, damit man beide besser schlagen kann. Dieser Angriff ist sicher nicht auf Hannover beschränkt. Ausgebrütet worden ist der Plan von der überregionalen Einrichtung "Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsvereinfachung" in Köln. Im Bericht Nr. 21 vom Oktober 1974 steht unter dem Abschnitt "Ansatz der Rationalisierung", daß der Personalbedarf, die Arbeitsorganisation, der Sachbedarf überprüft werden sollen. Außerdem soll eine sogenannte Zweckkritik gemacht werden, d.h. ob bestimmte Aufgaben wirklich nötig sind (muß das Sozialamt wirklich so viele Kuren gewähren z.B.). Auch wird zur Debatte stehen, ob bestimmte Ämter an private Träger überlassen werden sollen (z.B. Auslagerung des Fuhramtes).
Das bedeutet: Die Rationalisierung ist so gut wie beschlossene Sache für alle Kollegen in den Stadtverwaltungen und richtet sich gegen alle, die in der Bundesrepublik gezwungen sind, die Einrichtungen des "Sozialstaates" zu benutzen.

Keine Beteiligung an den Kommissionen

Der Gesamtpersonalrat der städtischen Ämter und Betriebe in Hannover hat dazu den Vorschlag gemacht, die Gesamtpersonalratsvertreter als gewählte Interessenvertreter der Kollegenschaft in die Kommissionen zu entsenden. Die Rationalisierungsvorschläge der Kommissionen sollen dann vom Gesamtpersonalrat diskutiert, befürwortet oder zurückgewiesen werden. Unserer Ansicht nach ist das ein falsches Vorgehen. Es geht nicht darum, für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst und ihre Vertreter vertrauensvoll mit dem Staat die Rationalisierung auszuklamüsern.
Wenn der Staat rationalisiert, kann nichts Gutes für die Mehrzahl der Kollegen im öffentlichen Dienst und das Volk dabei herausspringen. Die Kollegen vom Gesamtpersonalrat werden jetzt argumentieren, daß es bei der Mitarbeit in den Kommissionen darum geht, rauszufinden, wo sich etwas gegen die Kollegen richtet und wo man wirklich etwas sparen kann. Aber das zieht nicht. Wir sind in einem Krieg mit dem Staat, der städtischen Verwaltung, unserem Arbeitgeber. In diesem Krieg schickt der Feind Kundschafter, die Kommissionen, aus, um rauszukriegen, wo er uns treffen kann. Es kann doch jetzt nicht unsere Aufgabe sein, uns mit diesen Kundschaftern an einen Tisch zu setzen. Nur Leute, denen es egal ist, ob die Arbeiterklasse und das Volk diesen Krieg verlieren, werden sich mit dem Feind an einen Tisch setzen, in einer Situation, wo er uns schlagen will.

Eine Personalversammlung fordern

Unsere Aufgabe kann nur sein: unsere Kräfte zu sammeln und zurückzuschlagen.
Wir werden auf den Personalversammlungen Beschlüsse gegen Rationalisierungen und gegen Überstunden fassen und werden gegen die Hetze Stellung nehmen müssen. Unsere Personalräte werden wir auffordern, uns zu unterstützen. Die ÖTV werden wir benutzen, um die Einheit unter den Kollegen für den Kampf gegen Rationalisierung herzustellen.

E., Ortsgruppe Hannover

Schikanen gegenüber ausländischen Arbeitern

Seit einigen Wochen kommt es immer häufiger vor, daß ausländische Arbeiter gezwungen werden, in ihrem Betrieb zu kündigen und das Land zu verlassen, weil ihre Arbeitserlaubnis nicht mehr verlängert wird. Dies geht zurück auf eine drastische Einschränkung der Vergabe von Arbeitserlaubnis, wie sie durch ein vertrauliches Rundschreiben der Bundesanstalt für Arbeit vom 13. November 1974 an alle Dienststellen festgelegt worden ist.

An Ausländer von außerhalb des EG-Raumes – nur sie brauchen eine Arbeitserlaubnis – die zum ersten Mal hier arbeiten wollen, ist danach die Arbeitserlaubnis *"grundsätzlich zu versagen". "Dies gilt sowohl für neu zur Arbeitsaufnahme Einreisende wie auch für bereits im Bundesgebiet befindliche Ausländer, die bisher keine Beschäftigung ausüben."*
Bei Ausländern, die hier schon gearbeitet haben und eine neue Stelle annehmen wollen, ist *"vom Arbeitgeber nachzuweisen, daß Bemühungen, inländische Arbeitsuchende zu gewinnen, über einen angemessenen Zeitraum erfolglos geblieben sind"*.
Das gilt auch, wenn der ausländische Arbeiter eine feste Arbeit hat, seine Arbeitserlaubnis aber abgelaufen ist. Wenn das Arbeitsamt einen deutschen Arbeiter für die Stelle anbieten kann, muß der Ausländer kündigen und seine Koffer packen. Ausgenommen werden Gewerbe wie Bergbau, Fisch- und Konservenindustrie, Torfindustrie und das Hotel- und Gaststättengewerbe.
Außerdem wird die Arbeitserlaubnis jetzt nur noch ausschließlich *"für eine bestimmte berufliche Tätigkeit in einem bestimmten Betrieb"* erteilt und die Geltungsdauer der Arbeitserlaubnis wird auf *"längstens ein Jahr"* beschränkt.
War es bisher möglich, die Verlängerung der Arbeitserlaubnis auch nachträglich zu beantragen, ist die Behörde jetzt unerbittlich. Wer die Fristen versäumt und ohne Arbeitserlaubnis angetroffen wird, muß verschwinden, und zwar ausdrücklich *"unabhängig von den sonstigen Folgen"*. Gleichzeitig heißt es, *Erinnerungshilfen sind im Hinblick auf die außerordentliche Belastung in den Arbeitsämtern nicht mehr zu geben"*.
Damit die Sachbearbeiter in den einzelnen Ämtern nicht auf die Idee kommen, durch ihr Entgegenkommen den ausländischen Arbeitern zu helfen, werden die einzelnen Ämter durch einen besonderen Prüfdienst überwacht.
In Baden-Württemberg wirbt die Landesregierung sogar für die generelle Einführung des *"Rotationsprinzips"*

gegenüber den ausländischen Arbeitern. Mit den Heimatländern der ausländischen Arbeiter sollen Verträge abgeschlossen werden, nach denen nach Aufhebung des Anwerbestopps die Aufenthaltsdauer von neu angeworbenen Arbeitern von vornherein auf 5 Jahre beschränkt werden soll.
Die Arbeitslosigkeit, die unter den ausländischen Kollegen besonders stark ist, wollen die Kapitalistenklasse und ihr Staat ausnutzen, um den ausländischen Arbeitern die letzten Rechte zu nehmen.
Mit solchen Willkürakten sollen die ausländischen Arbeiter, die noch Arbeit haben, gefügig gemacht werden für jede Verschärfung der Ausbeutung, um sie besser gegen die deutschen Arbeiter ausspielen zu können, sie vom gemeinsamen Kampf für die Rechte aller Arbeiter abzuspalten und so die Arbeiterklasse insgesamt zu schwächen.
Zu diesem Zweck sind die Kapitalistenklasse und ihr Staat auch darauf aus, daß sich der Eindruck verbreitet, als seien die ausländischen Arbeiter an der Arbeitslosigkeit schuld, als sei mit ihrer Abschiebung das Problem vom Tisch,
Um dieser Spaltung entegegenzutreten, ist es notwendig, sich für die völlige Gleichberechtigung aller ausländischen Arbeiter einzusetzen.

–hv–



Abgeschoben

Gegen die Folgen der Arbeitslosigkeit

Resolution zur Frage der steigenden Arbeitslosigkeit und den dazu nötigen Maßnahmen der Gewerkschaft, verabschiedet von der Mitgliederversammlung der IG Druck und Papier, Frankfurt am 15.2.1975:

Angesichts der Tatsache, daß in der Krise die Arbeitshetze in den Betrieben verschärft, der Abbau sozialer Errungenschaften beschleunigt wird und verursacht durch Rationalisierungen, Konkurse und Überkapazitäten auch in der Druckindustrie die Zahl der Arbeitslosen steigt, ist es unbedingt erforderlich und ein Akt gewerkschaftlicher Solidarität, Forderungen gegen die Folgen und Wirkungen der Arbeitslosigkeit zu erheben und innergewerkschaftliche Maßnahmen für arbeitslose Kollegen zu beschließen.
Folgende Forderungen sind politische Forderungen und daher in erster Linie an die verschiedenen Ebenen des DGB gerichtet und müssen auch von diesen gegenüber Regierung, Verbänden und Parteien vertreten werden:

1. Ein durchschnittlicher Arbeitslosensatz von ca. 65 %, wie er heute noch ausgezahlt wird, reicht nicht aus und hat auch für alle arbeitenden Kollegen eine gefährliche Wirkung. Denn wer so wenig bekommt, ist gezwungen, auch niedrigbezahlte Arbeit anzunehmen, als Lohndrücker und Streikbrecher zu fungieren. Eine industrielle Reservearmee von Arbeitslosen am Existenzminimum bringt die Gefahr der Spaltung und des Streits unter die Lohnabhängigen.
Darum muß das Arbeitslosengeld sofort um mindestens 15 % erhöht werden. Darum muß das Arbeitslosengeld für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit ausgezahlt werden. Darum muß das Arbeitslosengeld unverzüglich nach Beginn der Arbeitslosigkeit ausgezahlt werden.

2. Es gibt einen einzigen und sehr einfachen Weg, den Kostenaufwand für die Auszahlung und Erstattung des Arbeitslosengeldes zu sichern:
Die Beiträge für die Arbeitslosenversicherung müssen in Zukunft voll von den Unternehmern getragen werden.

3. Langfristig angestrebt werden muß, daß sowohl **Arbeitslosenversicherung als auch Arbeitslosenvermittlung durch die Versicherten selbst verwaltet werden.**

Schon vor der Realisierung und parallel dazu können wir in unserer Gewerkschaft konkrete Schritte zur Unterstützung der arbeitslosen Kollegen einleiten:
1. Die Initiative des Hauptvorstandes für die Solidarität mit den arbeitslosen Kollegen, **gegen Überstundenschinderei sowie Doppel- und Sonderschichten, für die Einhaltung der Bestimmungen des Manteltarifvertrages** ist konsequent von unseren Betriebsräten und Vertrauensleuten durchzusetzen.

2. Ab sofort müssen auf Bezirks- und Ortsebene regelmäßige Arbeitslosenversammlungen der Gewerkschaft einberufen werden. Daran sollten auch unorganisierte Kollegen teilnehmen dürfen. Diese Versammlungen sollen den gewerkschaftlichen Zusammenhalt und die gewerkschaftliche Kampfkraft bewahren und fördern, die Zersplitterung bekämpfen.

3. Ein intensives **gewerkschaftliches Bildungs- und Freizeitprogramm für arbeitslose Kollegen** muß auf die Beine gestellt werden. Alle Betriebsräte, Vertrauensleute und Mitglieder müssen aufgerufen werden, je nach ihrer Möglichkeit dieses Programm aufzubauen und durchzuführen, denn nur so kann der geistigen und seelischen Verelendung entgegengewirkt werden.

Zu all dem bedarf es keiner großen finanziellen Mittel, sondern der aktiven Solidarität aller noch arbeitenden Kollegen, besonders aber ihrer Gewerkschaft mit den arbeitslosen Kollegen.

Interview mit einem Gleisbauer

Oft über 30 Stunden hintereinander geschafft – dann entlassen

KVZ: Wo hast du gearbeitet und was hast du gemacht?
S.: Ich habe bei einer Gleisbaufirma gearbeitet, die für die Deutsche Bundesbahn Gleise verlegt hat oder bei Brücken Betonschwellen. Wir haben an einem Arbeitstag so 85 Schwellen verlegt mit vier Mann. Da war es egal, ob es geregnet oder geschneit hat. Oder wir haben eingeschottert, d. h. die Gleise werden mit einer Winde hochgehoben und dann wird Schotter vom Schotterwagen runtergelassen und danach kommt die Stopfmaschine. Die hebt die Gleise nochmal an und stopft den Schotter unter die Gleise; aber nicht genug, so daß wir noch mit der Gabel Schotter unter die Schwellen stopfen müssen. Dazu müssen wir mit einer Gabel in den Schotter und der liegt ganz schön fest. Wenn man das den ganzen Tag macht – und oft auch nachts –, ist man so kaputt, daß man kaum noch ein Glas Bier trinken kann. Wir haben

in diesem Fall die betrieblichen Belange Vorrang vor den privaten haben."
Als ich entlassen worden bin mit noch zwei weiteren Arbeitskollegen, war über die Hälfte der Belegschaft entlassen, von den ungefähr 25 Mann waren bloß noch 10 Mann da. Die konnten die Arbeit alleine machen. Inzwischen hat die Firma pleite gemacht.

KVZ: Wie ist es dir auf dem Arbeitsamt ergangen?

S.: Ich bin oft auf dem Arbeitsamt gewesen oder habe angerufen. Immer haben die mir da gesagt: "Warten Sie noch bis nächste Woche." Ich bin ewig vertröstet worden. Seit 2 1/2 Monaten warte ich jetzt auf die Unterstützung und inzwischen sind meine ganzen Ersparnisse weg.

Manchmal kann man schon auf dumme Gedanken kommen und verstehen, wenn manche Leute dann 'nen Bruch machen.

–Ortsaufbaugruppe Seesen, R.–

Ablehnungsbescheide

Seit dem 1. März 1974 bin ich arbeitslos. In diesen zehn Monaten erhielt ich vom Arbeitsamt zwei Stellenangebote. Eins außerhalb, für mich unerreichbar, und eins bei der Stadt unter neun anderen Bewerberinnen.

keitsbereiche nicht einstellen können. In den vergangenen Monaten vorgenommene Rationalisierungen erlauben uns sogar, unseren Personalbestand etwas abzubauen. Wir wünschen Ihnen, daß Sie recht bald eine

stättengewerbe.
Außerdem wird die Arbeitserlaubnis jetzt nur noch ausschließlich *"für eine bestimmte berufliche Tätigkeit in einem bestimmten Betrieb"* erteilt und die Geltungsdauer der Arbeitserlaubnis wird auf *"längstens ein Jahr"* beschränkt.
War es bisher möglich, die Verlängerung der Arbeitserlaubnis auch nachträglich zu beantragen, ist die Behörde jetzt unerbittlich. Wer die Fristen versäumt und ohne Arbeitserlaubnis angetroffen wird, muß verschwinden, und zwar ausdrücklich *"unabhängig von den sonstigen Folgen"*. Gleichzeitig heißt es, *Erinnerungshilfen sind im Hinblick auf die außerordentliche Belastung in den Arbeitsämtern nicht mehr zu geben"*.
Damit die Sachbearbeiter in den einzelnen Ämtern nicht auf die Idee kommen, durch ihr Entgegenkommen den ausländischen Arbeitern zu helfen, werden die einzelnen Ämter durch einen besonderen Prüfdienst überwacht.
In Baden-Württemberg wirbt die Landesregierung sogar für die generelle Einführung des *"Rotationsprinzips"*



Abgeschoben

Interview mit einem Gleisbauer

Oft über 30 Stunden hintereinander geschafft – dann entlassen

KVZ: Wo hast du gearbeitet und was hast du gemacht?
S.: Ich habe bei einer Gleisbaufirma gearbeitet, die für die Deutsche Bundesbahn Gleise verlegt hat oder bei Brücken Betonschwellen. Wir haben an einem Arbeitstag so 85 Schwellen verlegt mit vier Mann. Da war es egal, ob es geregnet oder geschneit hat. Oder wir haben eingeschottert, d. h. die Gleise werden mit einer Winde hochgehoben und dann wird Schotter vom Schotterwagen runtergelassen und danach kommt die Stopfmaschine. Die hebt die Gleise nochmal an und stopft den Schotter unter die Gleise; aber nicht genug, so daß wir noch mit der Gabel Schotter unter die Schwellen stopfen müssen. Dazu müssen wir mit einer Gabel in den Schotter und der liegt ganz schön fest. Wenn man das den ganzen Tag macht – und oft auch nachts –, ist man so kaputt, daß man kaum noch ein Glas Bier trinken kann. Wir haben
ja auch nicht 8, sondern oft 36 Stunden gearbeitet, oft auch über Samstag/Sonntag.

KVZ: Wie kam es zu dieser Schinderei? Sind noch mehr entlassen worden außer dir?
S.: Wir mußten von der Firma her eine Verpflichtungserklärung unterschreiben, in der wir uns verpflichten mußten, *"jederzeit zur Verfügung zu stehen". "Wegen der angespannten Lage auf dem Bausektor ist klar, daß*

in diesem Fall die betrieblichen Belange Vorrang vor den privaten haben."
Als ich entlassen worden bin mit noch zwei weiteren Arbeitskollegen, war über die Hälfte der Belegschaft entlassen, von den ungefähr 25 Mann waren bloß noch 10 Mann da. Die konnten die Arbeit alleine machen. Inzwischen hat die Firma pleite gemacht.

KVZ: Wie ist es dir auf dem Arbeitsamt ergangen?

S.: Ich bin oft auf dem Arbeitsamt gewesen oder habe angerufen. Immer haben die mir da gesagt: "Warten Sie noch bis nächste Woche." Ich bin ewig vertröstet worden. Seit 2 1/2 Monaten warte ich jetzt auf die Unterstützung und inzwischen sind meine ganzen Ersparnisse weg.

Manchmal kann man schon auf dumme Gedanken kommen und verstehen, wenn manche Leute dann 'nen Bruch machen.

–Ortsaufbaugruppe Seesen, R.–

Ablehnungsbescheide

Seit dem 1. März 1974 bin ich arbeitslos. In diesen zehn Monaten erhielt ich vom Arbeitsamt zwei Stellenangebote. Eins außerhalb, für mich unerreichbar, und eins bei der Stadt unter neun anderen Bewerberinnen.
Aus eigener Initiative bewarb ich mich schriftlich auf mindestens 15 Zeitungsinserate. Die Antwort war in den nächsten Tagen entweder ein Brief, wo gesagt wurde, daß man sich schon anders entschieden habe, oder es kam gar keine Antwort. Da ich drei Jahre als Bankangestellte tätig war, bewarb ich mich bei sämtlichen Volksbanken in Hildesheim und Umgebung. Die Volksbank Leinetal antwortete mir: "Wir danken Ihnen für Ihre Bewerbung. Leider müssen wir Ihnen mitteilen, daß wir zur Zeit zusätzliche Angestellte für die von Ihnen aufgeführten Tätig-
keitsbereiche nicht einstellen können. In den vergangenen Monaten vorgenommene Rationalisierungen erlauben uns sogar, unseren Personalbestand etwas abzubauen. Wir wünschen Ihnen, daß Sie recht bald eine
Ihren Vorstellungen entsprechende Anstellung finden."
Wie ich am 1. Januar den neuen Bewilligungsbescheid für mein Arbeitslosengeld erhielt, stellte ich fest, daß es statt 280,80 DM nur noch 273,60 DM betrug. Ich legte Widerspruch ein. Er wurde abgelehnt. Das Arbeitsamt schrieb: "Im Zuge der Reform des Einkommenssteuergesetzes und des Kindergeldgesetzes traten ab 1. Januar 1975 auch in Hinblick auf den Bezug von Arbeitslosengeld Änderungen ein." Für mich hat diese Reform nichts Gutes gebracht.

K.H., Hildesheim

DGB-Bundesjugendkonferenz 1974
Forderungen für ausländische Kollegen

1. Gleiche politische Rechte wie alle Bundesbürger, vor allem Meinungsfreiheit, Versammlungsfreiheit, aktives und passives Wahlrecht auf allen Ebenen, Verbot der Arbeit ausländischer Geheimdienste in der BRD.
2. Wegfall sämtlicher Einschränkungen der Aufenthaltserlaubnis. Keine zeitlich begrenzte Aufenthaltsgenehmigung. Durch die bestehenden Ausländergesetze ist das Recht ausländischer Arbeiter auf freie Berufswahl eingeschränkt, da ihre Arbeitserlaubnis oft an das Arbeitsverhältnis einer Firma gekoppelt ist.
3. Kein Betrieb darf ausländische Arbeiter beschäftigen, wenn nicht ausreichend menschenwürdige Wohnungen bereitgestellt sind.
4. Uneingeschränktes Recht der Ausländer, mit ihren Familien zusammen in der BRD zu leben.
5. Gleichwertige Schulbildung ausländischer Kinder unter besonderer Berücksichtigung ihrer Schwierigkeiten. Ausschaltung des Einflusses reaktionärer Regimes auf das Schulwesen. Bezahlter Deutschunterricht und Aufklärung über ihre Rechte.
6. Verstärkte Bemühungen um Verständigung mit ausländischen Arbeitern, damit Solidarität mit Ausländern nicht zu einer Phrase wird, sondern vielmehr praktische Formen annimmt.

Entlassungen bei Hoch-Tief

Frankfurt. Beim KVZ-Verkauf berichtete ein Arbeiter der Firma Hoch-Tief Frankfurt, daß fast alle ausländischen Arbeitnehmer entlassen seien. Früher hätten er und seine Kollegen gedacht, wenigstens deutsche Kollegen würden als Stammpersonal nicht auf die Straße geworfen. Doch nun seien sie eines Besseren belehrt worden. Zuerst wurde allen die Auslöse- und Spesensumme von 27 DM auf etwa 17 DM pro Tag gekürzt, außerdem macht die Unternehmensleitung jetzt keinen Halt mehr vor deutschen Kollegen. Sie werden ohne Skrupel rausgeschmissen. Der Unternehmer argumentiere jetzt so: "Nur die Besten können damit rechnen, weiter beschäftigt zu werden!"

K.W., Frankfurt

Italienische Lehrer besetzen Konsulat

Unter Forderungen nach einer besseren schulischen Betreuung und Ausbildung italienischer Kinder im Ausland, Verbesserung der Bezahlung und der Anstellungsbedingungen für italienische Lehrer im Ausland und mit der Forderung nach Wiedereinstellung eines vom italienischen Konsulats in Stuttgart grundlos entlassenen Lehrers besetzten vom 7. bis 11. Februar italienische Lehrer das italienische Konsulat in Frankfurt, nachdem am 5. Februar in Köln eine ähnliche Aktion anläßlich des Besuches eines italienischen Staatssekretärs durchgeführt worden war. Mit dieser Aktion wollen die Lehrer vor allem die italienische Regierung zwingen, endlich durch Verhandlungen mit der BRD-Regierung ihre rechtliche Stellung zu klären.

Wie die Arbeitsmarktlage verharmlost wird

Freiburg. Im Rahmen eines Forschungspraktikums am Freiburger Soziologischen Institut erkundigte sich eine Arbeitsgruppe bei einem universitären Regionalplanungsinstitut unter anderem nach der Zahl der "offenen Stellen" auf dem freiburger Arbeitsmarkt. Die Antwort war: Die tatsächliche Zahl der offenen Stellen ließe sich gar nicht ermitteln, da die vom Arbeitsamt genannte Ziffer viel höher sei als die Zahl der tatsächlich offenen Stellen. Das kommt daher, daß das Arbeitsamt die Arbeitssuchenden immer zuerst an die Betriebe vermittelt, die die meisten offenen Stellen angeben und von daher als "dringenste Fälle" erscheinen. Da das die Kapitalisten natürlich auch wissen, geben sie gegenüber dem Arbeitsamt bis zu doppelt so viele angeblich offene Stellen an, wie tatsächlich vorhanden sind.
Wenn also die bürgerlichen Zeitungen die Arbeitsmarktlage durch einen Vergleich Arbeitslosenzahlen – offene Stellen kennzeichnen, verharmlosen und verschleiern sie die wirkliche Arbeitsmarktlage.

–rp Freiburg

Stellen bleiben unbesetzt

Seit Wochen ist die Frankfurter Rundschau voll mit Meldungen, nach denen der Magistrat angeblich eine Maßnahme nach der anderen gegen die zunehmende Arbeitslosigkeit – vor allem **Jugendarbeitslosigkeit** – in Anspruch nimmt.
So auch in der Wochenendausgabe 15./16.2. – Aber in derselben Ausgabe ist zugleich zu lesen, worum es den Herren im Magistrat wirklich geht:

Unter der Überschrift: **"Sechs Monate Frist für jede freie Stelle"** kann man lesen, daß ab sofort der **Oberbürgermeister jede frei werdende Stelle bei der Stadt Frankfurt 6 Monate lang unbesetzt lassen kann. "Während dieser Zeit soll eingehend geprüft werden, ob das jeweilige Amt auch so mit seiner Arbeit zu Rande kommt."**
Jedem städtischen Bediensteten muß da doch die Galle übergehen! Einen ausreichenden Lohn wollen sie uns nicht zahlen. Seit der 40-Stunden-Woche, die ja bekanntlich ohne Schaffung neuer Planstellen eingeführt wurde, müssen wie eh schon alle mehr schaffen. Und jetzt sollen wir noch mehr arbeiten, während zugleich die Arbeitsämter voll sind von Kollegen, die einen Arbeitsplatz suchen. Wie das in den Ämtern aussehen wird, kann man sich leicht vorstellen: noch mehr Hetze und Schikane durch die Amtsleiter und wehe, einer macht den Mund auf, der kann ja gehen, dann spart die Stadt wieder sechs Monate Lohn – und alles auf Kosten der anderen Kollegen im Amt.
Nicht **gegen** die Arbeitslosigkeit ergreift der Magistrat also die Maßnahmen, sondern im öffentlichen Dienst geht es genauso zu wie in jedem x-beliebigen kapitalistischen Betrieb jetzt in der Krise: Es wird rationalisiert. Mit weniger Arbeitskräften soll genausoviel wenn nicht mehr geschafft werden wie vorher, dazu müssen zwangsläufig Arbeitslose geschaffen werden, deren Existenz dann als massives Erpressungsmittel eingesetzt wird, gegen die, die noch Arbeit haben.

–H.G., Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe,

Informationen über die Arbeitslosenversicherung

Ein Genosse, der im Arbeitsamt beschäftigt ist, gibt Auskunft über die bestehenden Regelungen

Wie funktioniert die bestehende Arbeitslosenversicherung? Welche Rechte und Ansprüche kann der Arlose geltend machen? Wie hoch ist das Arbeitslosengeld und wie lange wird es ausbezahlt?
Ein Genosse, der in einem Arbeitsamt beschäftigt ist, hat uns diese Fragen ausführlich und sachkundig dargestellt. Darüber Bescheid zu wissen, ist erstens für jeden Kollegen wichtig, der arbeitslos wird, um seine Ansprüche geltend zu machen. Es sollten aber alle Kollegen darüber Bescheid wissen: Denn an jeder einzelnen der bestehenden Regelungen kann man erkennen, daß die bestehende Arbeitslosenversicherung ein Instrument in Händen der Kapitalistenklasse und ihres Staates ist, um die Spaltung der Arbeiterklasse in Beschäftigte und Arbeitslose wirksam zu machen. Die Arbeiterklasse hat die Arbeitslosenversicherung erkämpft, um den Kapitalisten die Möglichkeit aus der Hand zu schlagen, die Arbeitslosen gegen die Beschäftigten auszuspielen, den Lohn zu drücken und die Ausbeutung der in Arbeit Stehenden zu verschärfen.

In der Hand des kapitalistischen Staates aber wird die Arbeitslosenversicherung genau zu diesem Zweck eingesetzt. Die bestehenden Regelungen zeigen die Notwendigkeit des Kampfes für ein Arbeitslosengeld von mindestens 80 % des Nettolohnes für die volle Dauer der Arbeitslosigkeit, für die Bezahlung durch die Kapitalisten und die Verwaltung der Arbeitsämter durch die Versicherten.

Die Bundesanstalt für Arbeit ist als Behörde direkt dem Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung unterstellt. Sie übt die Kontrolle über die Arbeitslosen über die ihr unterstehenden Arbeitsämter aus. Mit dem Arbeitsförderungsgesetz, das die Aufgaben der Bundesanstalt für Arbeit und der Arbeitsämter regelt, hat der Staat als Sachwalter der Kapitalinteressen ein ausgeklügeltes System von Schikanen für die Arbeitslosen festgelegt, um die Arbeitslosen sich gefügig zu machen für das Geschäft der Spaltung der Arbeiterklasse. Genaue Kenntnisse darüber sind notwendig, um den Kampf dagegen aufnehmen zu können.

Ich arbeite als Angestellter im Arbeitsamt und habe aus meinen Kenntnissen eine Zusammenfassung des Ablaufs der Arbeitslosigkeit zusammengestellt.

Wann hat man Anspruch auf Arbeitslosengeld?

Wird ein Arbeiter aus einem Betrieb entlassen und findet keinen neuen Ausbeuter, so muß er sich arbeitslos melden, um Arbeitslosengeld beziehen zu können. *"Anspruch auf Arbeitslosengeld hat, wer arbeitslos ist, der Arbeitsvermittlung zur Verfügung steht, die Anwartschaftszeit erfüllt, sich beim Arbeitsamt arbeitslos gemeldet und Arbeitslosengeld beantragt hat."* (§ 100 Arbeitsförderungsgesetz)
Was sich hier so einfach und unkompliziert anhört, hat selbstverständlich seine Haken. *"Der Arbeitsvermittlung steht zur Verfügung"* nämlich nur derjenige, *"der eine Beschäftigung unter den üblichen Bedingungen des allgemeinen Arbeitsmarktes ausüben kann und darf sowie bereit ist, jede zumutbare Beschäftigung anzunehmen, die er ausüben kann."* (§ 103 Arbeitsförderungsgesetz)
Schon beim geringsten Verdacht einer gesundheitlichen oder altersbedingten Einschränkung veranlaßt das Arbeitsamt eine Untersuchung durch den zuständigen Arbeitsamtsarzt. Dieser stellt nach eingehender Begutachtung dann auch meist entweder Einschränkungen in der "Verfügbarkeit" – die immer eine empfindliche Verringerung des Arbeitslosengeldes bedeuten – oder aber eine "Nichtverfügbarkeit" fest. Betroffen sind hiervon meist ältere Kollegen und sehr häufig auch Frauen, die für die Kapitalisten ihre Gesundheit ruiniert haben und so auch als erste auf der Straße liegen.
Die Bereitschaft, jede *"zumutbare"* Beschäftigung anzunehmen, ist eine ganz besondere Schikane für die Arbeitslosen. *"Zumutbar"* ist nämlich nicht nur niedrigerer Lohn, befristeter Arbeitsvertrag, sondern auch Berufswechsel, Annahme von ungelernter und Aushilfsarbeit, sogar Ortswechsel. Einer ausländischen Kollegin hielt das Arbeitsamt es für *"zumutbar"*, eine Beschäftigung in Cuxhaven, 300 km von ihrer Familie entfernt, aufzunehmen!
"Die Anwartschaftszeit hat erfüllt, wer in der Rahmenfrist (von drei Jahren vor der Arbeitslosmeldung) 26 Wochen oder 6 Monate in einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung gestanden hat." (§ 104 Arbeitsförderungsgesetz)

Wieviel Arbeitslosengeld bekommt man?

Die Höhe des Arbeitslosengeldes wird in recht komplizierter Weise nach der Höhe des letzten Lohnes berechnet: Das Arbeitsamt nimmt den Bruttolohn der *"letzten Abrechnungszeiträume, die insgesamt 20 Tage mit Anspruch auf Arbeitsentgelt umfassen"* – das ist etwa der letzte Monat. Dieser Lohn wird durch die Zahl der tatsächlich gearbeiteten Stunden geteilt und das Ergebnis mit der Zahl der tariflichen wöchentlichen Arbeitsstunden multipliziert.

Ein Beispiel: Jemand hat im letzten Monat 180 Stunden gearbeitet und dafür 1 600 DM brutto bekommen; das ergibt einen Stundenlohn von 8,90 DM im Durchschnitt. Bei 40 Stunden pro Woche im Tarif sind das 356 DM – diese Summe wird natürlich nicht ausgezahlt, sondern nur ein Teil davon. Bei unserem Beispiel (Nettolohn pro Woche 252 DM) kämen 170,40 DM als Nichtverheirateter und 181,20 DM als Verheirateter heraus – das sind also ohne den Verheiratetenzuschlag von 10,80 DM ungefähr 67 % vom Nettolohn. Für die genaue Berechnung des Arbeitslosengeldes hat das Arbeitsamt eine Tabelle, die wir auszugsweise abgedruckt haben.
Bis Ende des letzten Jahres wurden noch zusätzlich zu dem aus der Tabelle ersichtlichen Betrag (früher Hauptbetrag) "Familienzuschläge" in Höhe von 12 DM wöchentlich für den Ehegatten und die Kinder gezahlt. Mit der neuen Kindergeldregelung werden diese Zuschläge ab 1. Januar 1975 nicht mehr aufgerechnet, sondern sind im Kindergeld, das jeder Arbeitslose, wie jeder Lohnabhängige, beantragen kann, enthalten – lediglich ein Verheiratetenzuschlag, der mit der Höhe des "Arbeitsentgeltes" größer wird, wird jetzt noch bei Verheirateten und Ledigen mit Kindern gezahlt (siehe Tabelle).
Unser Beispiel – ein Arbeiter, der, nehmen wir an, verheiratet ist und ein Kind hat, bekäme also 181,20 DM wöchentlich. Das sind rund 800 DM monatlich, mit dem Kindergeld 850 DM. Man sieht sehr schnell, daß die Arbeiterfamilie mit diesem Arbeitslosengeld kaum auskommen kann. Die festen Ausgaben für Miete, Strom, Wasser, Heizung und Essen fressen alles auf – meist reicht es noch nicht einmal dazu, ganz zu schweigen von ausstehenden Ratenzahlungen und sonstigen Verpflichtungen. Will man sich aber noch etwas dazu verdienen (z.B. Zeitungen austragen, Putzfrau usw.), wird die Hälfte davon nach Abzug der Steuern, Sozialversicherungsbeiträge und Werbungskosten (15 DM) noch auf das Arbeitslosengeld wöchentlich *"angerechnet"*, d.h. abgezogen, und man hat zuletzt doch kaum mehr Geld als vorher.

Wie lange bekommt man Arbeitslosengeld?

Arbeitslosengeld bekommt man nicht etwa so lange, wie man arbeitslos ist, vielmehr hängt die sogenannte "Anspruchsdauer" davon ab, wie lange man in den letzten drei Jahren beitragspflichtig beschäftigt war.

Kalendertage Arbeit	Werktage Arbeitslosengeld
ab 180	78
270	120
360	156
540	234
720	312

Man bekommt also höchstens halb so lange Arbeitslosengeld, wie man in den letzten 3 Jahren Beiträge bezahlt hat; allerhöchstens jedoch ein Jahr lang. Der Anspruch auf Arbeitslosengeld beginnt mit dem Tag der Arbeitslosmeldung auf dem Arbeitsamt bei der zuständigen Vermittlungsstelle; daher muß die Arbeitslosmeldung auch unbedingt gleich am Tag nach der Entlassung geschehen – für die Zeit vor der Arbeitslosmeldung wird kein Arbeitslosengeld bezahlt.
Ist der Antrag gestellt und abgegeben, hat man zwar Anspruch, aber noch kein Geld; das kann dann immer noch 4 Wochen und länger dauern. Die Angestellten in den sogenannten Leistungsabteilungen der Arbeitsämter sind so überlastet, daß sie selbst bei immer größer werdender Arbeitshetze und angeordneten Überstunden die Anträge kaum "fristgerecht" – innerhalb von drei Wochen – bearbeiten können. In solchen Fällen ist das Arbeitsamt aber verpflichtet, Abschlagszahlungen in bar zu leisten oder aber das Sozialamt anzuweisen, Überbrückungsgeld zu zahlen, das dann von dem Arbeitslosengeld wieder einbehalten wird.

Wann wird man "gesperrt"?

Mit der Arbeitslosmeldung muß man sich dazu verpflichten, jede *"zumutbare Beschäftigung"*, die vom Arbeitsamt vermittelt wird, anzunehmen. Darüberhinaus muß man jeder Aufforderung, sich beim Arbeitsamt zu melden, unverzüglich nachkommen und an *"Maßnahmen zur beruflichen Ausbildung, Fortbildung oder Umschulung"* teilnehmen, wenn diese vom Arbeitsamt angeordnet werden. Kommt man diesen Vorschriften nicht nach, *"sperrt"* das Arbeitsamt das Arbeitslosengeld
- für eine Woche, wenn man sich nach Aufforderung nicht beim Amt meldet (Meldeversäumnis);
- für vier Wochen, wenn man *"zumutbare"* Arbeit nicht annimmt ,
- für vier Wochen, wenn man sich weigert, an Umschulungsmaßnahmen o.ä. teilzunehmen oder diese abbricht;
- außerdem auch für vier Wochen, wenn man durch eigene Kündigung oder *"durch vertragswidriges Verhalten, z.B. auch Störung des Arbeitsfriedens, vorsätzlich oder grob fahrlässig die Arbeitslosigkeit herbeigeführt hat"*. (Arbeitsförderungsgesetz § 119)

Während dieser "Sperrzeiten" ruht der Anspruch auf Arbeitslosengeld, d.h. man muß sehen, wie man ohne einen Pfennig in der Tasche einen Monat durchsteht.
Nimmt man also die Schikanen des Arbeitsamtes nicht einfach hin lehnt Lohnabbau, Ortswechsel, Berufswechsel und ungelernte Arbeit ab, weigert sich, an Umschulungen teilzunehmen, weil man in seinem alten Beruf weiterarbeiten möchte oder bricht eine solche Maßnahme ab, weil man z.B. den Anforderungen nicht gewachsen ist, wird man dafür sofort empfindlich bestraft. Bekommt man nun zweimal eine Sperrzeit von vier Wochen, *"erlischt"* automatisch der Anspruch auf Arbeitslosengeld.
Die Sperrzeiten haben somit die Aufgabe, die Arbeitslosen bei der Stange zu halten und sie allen Schikanen bei Androhung dieser Strafe auszuliefern; sie sind die Knute des Staates, um von den Arbeitslosen die bedingungslose Ergabe in ihr "Schicksal" und die Annahme jeder Lohndrückerarbeit zu erzwingen.
Ähnlich verhält es sich, wenn man durch einen *Aufhebungsvertrag* arbeitslos wird. Dann nämlich *"ruht"* das Arbeitslosengeld so lange, wie die sogenannte Sperrfrist dauert – d.h. man bekommt so lange kein Arbeitslosengeld, wie die tariflich festgelegte Kündigungsfrist, auf die man im Aufhebungsvertrag verzichten mußte, abgelaufen ist. Wenn z. B. ein VW-Kollege nach ein paar Jahren im Werk Anspruch auf dreimonatige Kündigungsfrist hat und stimmt dem Aufhebungsvertrag zu, so ruht vom Tag der Kündigung an das Arbeitslosengeld, wenn man es beantragt hat, drei Monate lang. Das Geld, was man als "Abfindungssumme" erhält, muß somit ausschließlich für den Lebensunterhalt ausgegeben werden, und vom Sparen oder Anschaffen kann kaum noch die Rede sein.

Was kommt nach dem Arbeitslosengeld?

Ist die *"Anspruchsdauer"* des Arbeitslosengeldes *"erschöpft"*, so wird die Zahlung von Unterstützung eingestellt. Es bleibt einem aber noch die Möglichkeit, *"Anschluß-Arbeitslosenhilfe"* zu beantragen. Die Arbeitslosenhilfe jedoch ist nicht nur erheblich weniger Geld als das Arbeitslosengeld, sondern wird als Almosen verteilt. Anspruch auf Arbeitslosenhilfe hat nämlich unter denselben Voraussetzungen wie beim Anspruch auf Arbeitslosengeld nur derjenige Arbeitslose, der als *"bedürftig"* erscheint. *"Der Arbeitslose ist bedürftig, soweit er seinen Lebensunterhalt und den seiner Angehörigen nicht auf andere Weise als durch Arbeitslosenhilfe bestreitet oder bestreiten kann, und mit dem Einkommen, das zu berücksichtigen ist, die Arbeitslosenhilfe nicht erreicht."* (Arbeitsförderungsgesetz)
Die Höhe der Arbeitslosenhilfe ist der Tabelle zu entnehmen.
Einkommen, die angerechnet – d.h. abgezogen – werden, sind:
- Einkommen des Arbeitslosen oder Leistungen Dritter an den Arbeitslosen (Renten, Unterstützungen usw.) – wird voll angerechnet;
- Einkommen des in gemeinsamem Haushalt lebenden Ehegatten, soweit es 75 DM in der Woche übersteigt – wird voll angerechnet;
- Einkommen der leiblichen Eltern oder Kinder im gemeinsamen Haushalt, soweit es 75 DM in der Woche übersteigt – wird zu einem Viertel angerechnet

Der Freibetrag von 75 DM pro Woche erhöht sich jeweils um 35 DM wöchentlich bei Versorgung von Kindern oder anderen Familienangehörigen.
Beispiele:
Einem Arbeitslosen steht ein wöchentlicher Satz von 145,40 DM Arbeitslosenhilfe zu (wird genauso berechnet wie Arbeitslosengeld). Seine Frau arbeitet nicht, und er hat zwei Söhne – beide berufstätig – von denen der eine (Einkommen 1 300 DM) im gemeinsamen Haushalt lebt und der andere (Einkommen 1 100 DM) außerhalb. Zusätzlich bezieht der Arbeitslose eine Berufsunfähigkeitsrente von 127,84 DM wöchentlich. Die Anrechnungsbeträge übersteigen also bei weitem den Arbeitslosenhilfe-Satz; somit wird diesem Arbeitslosen kein Pfennig Arbeitslosenhilfe gezahlt.
Eine Ehefrau, die mit ihrem Mann und ihrem Kind im gemeinsamen Haushalt lebt, erhält keine Arbeitslosenhilfe, da das Einkommen ihres Mannes, 1 100 DM monatlich, voll angerechnet wird und der Freibetrag nur 75 DM und 35 DM für das Kind beträgt.
Man kann also festhalten, daß in sehr vielen Fällen, wo Arbeitslosenhilfe beantragt wird, der Anspruch verfällt, weil auf dem Wege der Unterhaltspflicht das Einkommen aller nahen Verwandten hinzugezogen wird, nur um dem Arbeitslosen die Weiterzahlung einer Unterstützung zu versagen. Es ist also kaum verwunderlich, wenn die Zahl der Arbeitslosenhilfeempfänger weit unter 50 % der Arbeitslosengeldempfänger liegt.
Hat man aber keinen Anspruch auf Arbeitslosenhilfe durch den Abzug von anderen Einkommen, so bleibt einem noch der Weg zum Sozialamt, wobei aber nicht gewiß ist, ob man auch wirklich Sozialhilfe bekommt.

Die Tabelle, nach der das Arbeitsamt das Arbeitslosengeld bestimmt, hier in Auszügen. Spalte 2 ist der Monatslohn, wie ihn das Arbeitsamt errechnet. Spalte 3 der daraus ausgerechnete und abgerundete Wochenlohn, Spalte 4 und 5 das wöchentliche Arbeitslosengeld und Spalte 6 und 7 die Arbeitslosenhilfe pro Woche.

Arbeitsentgelt	Arbeitsentgelt gerund.	Alg-Wochen- und Tagessätze		Alhi-Wochen- und Tagessätze	
Monat bis DM	DM	Nicht verheirateter DM	Verheirateter DM	Nicht verheirateter DM	Verheirateter DM
2	3	4	5	6	7
54,16	10	6,60 1,10	7,80 1,30	6,— 1,—	7,80 1,30
227,49	50	34,20 5,70	35,40 5,90	28,80 4,80	35,40 5,90
444,16	100	58,20 9,70	63,— 10,50	49,20 8,20	55,20 9,20
660,82	150	80,40 13,40	87,— 14,50	68,40 11,40	75,— 12,50
877,49	200	102,60 17,10	112,80 18,80	87,— 14,50	96,— 16,—
1094,16	250	124,80 20,80	135,— 22,50	106,20 17,70	115,20 19,20
1310,82	300	147,— 24,50	157,20 26,20	125,40 20,90	133,80 22,30
1527,49	350	168,60 28,10	179,40 29,90	143,40 23,90	153,— 25,50
1744,16	400	189,— 31,50	201,60 33,60	160,80 26,80	171,60 28,60
1960,82	450	205,80 34,30	223,80 37,30	175,20 29,20	190,80 31,80
2177,49	500	222,— 37,—	246,— 41,—	189,60 31,60	210,— 35,—
2394,16	550	239,40 39,90	270,— 45,—	204,— 34,—	230,40 38,40
2610,82	600	255,60 42,60	294,— 49,—	217,80 36,30	250,80 41,80
2827,49	650	271,20 45,20	317,40 52,90	231,— 38,50	271,20 45,20
u. mehr	655	272,40 45,40	319,80 53,30	232,20 38,70	273,— 45,50

68% ist nicht 68%

In der kapitalistischen Krise prahlt man mit der Erhöhung des Arbeitslosengeldes auf 68 % und versucht damit, die Volksmassen zu trösten! Wie sehen aber die Ergänzungslieferungen zum Arbeitsförderungsgesetz (AFG) konkret aus?

Nehmen wir ein Beispiel: Ein Arbeiter, verheiratet, mit drei Kindern, hatte im letzten abgerechneten Monat 8 DM Stundenlohn; er leistete in diesem Monat tatsächlich 165 Stunden, während die tarifliche Arbeitszeit 40 Stunden pro Woche betrug. Mit diesen angegebenen Verhältnissen hätte der Arbeiter nach altem Recht, also vor dem 1.1.1975, monatlich 760,80 DM Arbeitslosengeld beziehen können. Nach dem neuen Recht würde er nur 662,40 DM Arbeitslosengeld bekommen. Warum ab 1. Januar 1975 plötzlich weniger als im Jahr 1974? Die Familienzuschläge, das heißt 12 DM für jedes Kind pro Woche, sind weggefallen. Fragt man warum, so hat die Bundesregierung nur ein Argument parat: "Dafür gibt es mehr Kindergeld ab 1. Januar 1975." Hierzu ist zu sagen: Das Kindergeld wurde nicht einheitlich erhöht, durch die neue Regelung werden die ausländischen Arbeitnehmer benachteiligt, während sie "genausoviel" Arbeitslosengeld wie ihre deutschen Kollegen bekommen.

Ein zweites Beispiel: Ein Angestellter, ledig, 28 Jahre, verdiente im letzten Monat 1 500 DM brutto, wobei die wöchentliche tarifliche Arbeitszeit 40 Stunden betrug. Nach dem neuen Recht würde er 664,80 DM Arbeitslosengeld bekommen. Zieht man nun rund 30 % Steuern und Abgaben von seinem Bruttogehalt ab, so kommt er auf ein Nettogehalt von 1 050 DM. 68 % davon wären 714 DM, sein tatsächlich erstattetes Arbeitslosengeld entspricht aber nur einem Prozentsatz von 63,3 %.

Man kann sehen, daß das Arbeitslosengeld nicht einheitlich auf 68 % erhöht wurde. Verheiratete mit zwei oder drei Kindern, bei denen das Arbeitslosengeld wirklich 68 % ihres Nettolohns erreicht, fahren ab 1. Januar 1975 noch schlechter. Der vorherige Familienzuschlag für zwei Kinder (pro Kind 12 DM in einer Woche), 96 DM, ist weggefallen.
Nun gilt es, diese Demagogie von 68 % Arbeitslosengeld zu kritisieren und dagegen die Forderung des Kommunistischen Bundes Westdeutschland: "Zahlung eines Arbeitslosengeldes von mindestens 80 % des Lohns für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit" aufzustellen.

–N.B., Heidelberg–

Gegen niederträchtige Schikanen

Bald nachdem bekannt geworden ist, wie das Urteil der Richter in Karlsruhe ausfallen wird, ist es in verschiedenen Städten zu Demonstrationen und Protestveranstaltungen gekommen, so in Hamburg, wo am 1. Februar 2 000 Menschen für die Abschaffung des Paragraphen 218 demonstrierten, so in Karlsruhe, in München und jetzt am Wochenende in Frankfurt, wo 1 800 Menschen, überwiegend Frauen, demonstriert haben. Gerade bei der Frankfurter Demonstration ist allerdings auch deutlich geworden, daß die Bewegung gegen den § 218 noch stark beeinflußt wird von politischen Vorstellungen, der Kampf für die Abschaffung des § 218 könne allein als ein Kampf von Frauen für Frauen geführt werden. Der § 218 ist aber ein Unterdrückungsinstrument gegen das ganze Volk, auch wenn die Frauen davon in besonderer Weise betroffen sind. Wo dies nicht gesehen wird, wird die Front gegen die § 218 vor vorneherein gespalten und geschwächt.
Die folgenden Korrespondenzen zeigen die würdelose Behandlung, die die Existenz dieses Paragraphen zur Folge hat, auf und machen deutlich, daß auch die Fristenlösung daran nichts grundsätzliches ändern würde.



Seit Jahren wächst der Widerstand gegen den Unterdrückungsparagraphen

Geschäfte mit Paragraf 218

Frankfurt. Durch den Mord an einem Frankfurter Abtreibungsarzt kam deutlich ans Tageslicht, in welche Lage die Frauen kommen, die durch den § 218 zur illegalen Abtreibung gezwungen werden.
Bei diesem Arzt, Dr. Netter, ließ ich vor zwei Jahren eine Abtreibung vornehmen. Erst bestellte er mich in seine Sprechstunde, aber nicht etwa, um mich vorher zu untersuchen, sondern um den Preis auszuhandeln: 400 DM. Der Eingriff wurde dann unter Vollnarkose durchgeführt, ohne daß die bei einer Operation sonst üblichen Maßnahmen wie z.B. Desinfektion durchgeführt wurden. Als ich wieder aufwachte, war er schon weggegangen, nur seine Helferin war noch da. Bei irgendeiner Komplikation wäre also niemand mit medizinischen Kenntnissen zur Stelle gewesen. Nach zehn Minuten Ausruhen und mit einer Schachtel Penicillin-Tabletten versehen konnte ich dann gehen. Der Eingriff hatte alles in allem etwa eine Viertelstunde gedauert; in dieser Zeit hat der Doktor also 400 DM verdient; andere Patientinnen mußten noch viel mehr zahlen, bis zu 1 000 DM! Bei solchen Einkünften konnte sich Dr. Netter auch einiges leisten: zwei Häuser in Frankfurt, zwei Forellengüter im Taunus, ein Swimmingpool, Reisen nach St. Moritz und anderswohin. . .
Nachdem Netter den Geschäftsführer dieser Forellengüter rauswarf – derselbe, der jetzt beschuldigt wird, ihn umgebracht zu haben – zeigte dieser Mann den Arzt an. Zwar hatte er dem Geschäftsführer Rehbein noch eine Abfindung von 30 000 DM gegeben und ein Darlehen von 50 000 DM, dieser aber forderte entschieden mehr. In einem Brief an den Arzt schrieb Rehbein 1970: "Ich fordere zum Zweck der Existenzgründung, wie sie zu sagen pflegen, 200 000 DM. (. . .) Als Gegenleistung verspreche ich, daß Sie nichts mehr von mir hören werden." (Frankfurter Rundschau vom 17. Februar) Der Arzt zahlte nicht, und Rehbein erstattete daraufhin 1971 Strafanzeige gegen Dr. Netter. Da jedoch die "besten" Frankfurter Kreise zu seinem Kundenkreis gehörten, hatte die Justiz kein großes Interesse, gegen ihn einzuschreiten: 1970 entdeckte der Verteidiger Netters, daß der wichtigste Teil der Unterlagen 'ausgeheftet' worden war (Frankfurter Rundschau vom 14. Februar). Gegen Netter wurde nie eine Hauptverhandlung eröffnet.
Er betrieb seine Praxis seit ungefähr 13 Jahren, mindestens 4 Jahre davon unter Kenntnis und Billigung des bürgerlichen Staates, der mit dem § 218 die Existenz solcher Ärzte überhaupt erst ermöglicht. Betroffen von diesem Paragraphen sind vor allem die, die wenig Geld haben und keinen Privatarzt bezahlen können, um sich vor den Risiken zu schützen. Die staatlichen Krankenhäuser haben da wenig Mitleid: Als ich kurz nach dem Eingriff hohes Fieber bekam und deswegen zum nächstgelegenen Krankenhaus ging, wurde mir gesagt, daß ich "eigentlich selber dran schuld sei".
Die Bourgeoisie hat also ein Interesse daran, den § 218 beizubehalten: Er ist ein Unterdrückungsinstrument gegen das Volk und er gibt obendrein einigen Ärzten die Möglichkeit, viel Geld zu verdienen. Laut Bild-Zeitung hat Dr. Netter im Laufe seiner Tätigkeit insgesamt 50 Millionen Mark eingenommen!
Kein Interesse am § 218 hat die Arbeiterklasse, weil im Kapitalismus für sie die Lebensbedingungen so schlecht sind, daß sie immer wieder zu Abtreibungen gezwungen wird. Deswegen ist die Arbeiterklasse gegen diesen Knechtungsparagraphen und für Verhältnisse, die diesem Elend einen Schluß machen: der Sozialismus.

Abtreibung im Ausland wird bestraft

In der letzten Woche kamen Bekannte von mir aus Holland zurück, wo sie eine Abtreibung hatten machen lassen. Der Zoll durchsuchte den Wagen, womit die beiden nicht gerechnet hatten. Dabei fanden die Zollbeamten einen Beutel gebrauchter Binden und fingen an, gezielt weiter zu suchen. Unter anderem fielen ihnen Papiere in die Hände, aus denen die Tatsache der Abtreibung selbst und der behandelnde deutsche Arzt hervorging. Meine Bekannten wurden eine halbe Stunde lang festgehalten und vernommen. Einige der Zollbeamten beschimpften sie als Mörder und dergleichen. Am Ende waren sich die Beamten aber doch unsicher und ließen die beiden laufen, ohne Anzeige zu erstatten.
Das ist sicher auf die gegenwärtig noch ungeklärte Rechtslage zurückzuführen. Es läßt aber erkennen, womit nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts gerechnet werden muß.
Es ist nämlich nicht etwa so, daß Abtreibung im Ausland straffrei wäre. Auch hierin äußert sich ein Stück deutscher Strafrechtsreform: Das alte Strafrecht galt im Prinzip für alle Straftaten deutscher Staatsangehöriger, also z.B. auch für Abtreibungen einer deutschen Frau im Ausland. Das neue Strafrecht regelt seine Geltung nach einem neuen Prinzip: Es betrifft Straftaten auf deutschen Staatsgebiet. Vom Prinzip her waren also im neuen Strafrecht Abtreibungen von Deutschen im Ausland nicht erfaßt. Aber das Abtreibungsverbot erschien den bürgerlichen Politikern so wichtig, daß sie (unter den 12 Ausnahmen vom allgemeinen Prinzip) auch diese Lücke schlossen: Nach § 4 Nr. 9 des neuen Strafgesetzbuches ist es strafbar, wenn eine Deutsche im Ausland abtreiben läßt – sowohl für sie als auch für den ausländischen Arzt. Die offizielle Begründung für diese ausdrückliche Ausnahme ist besonders zynisch und sozialdemagogisch: Es soll ein Reichenprivileg verhindert werden, d.h. daß reiche Leute einfach ins Ausland fahren und dort abtreiben lassen. Dabei ist es doch bekannt, daß Abtreibungen im Ausland meistens billiger sind als in Westdeutschland.
Man sieht also, daß auch bei den Nebenfragen und Details, die in der gegenwärtigen Diskussion nicht so sehr beachtet werden, das System der Verfolgung und Schikane ziemlich gut ausgebaut ist, und zwar unter Mitwirkung der Anhänger beider Formen der Bestrafung der Abtreibung, wie sie zur Zeit zur Entscheidung anstehen.

Fristenlösung ändert nichts

Da das Problem § 218 für unsere sogenannten Volksvertreter ja nun aus der Welt geschafft zu sein scheint und bei dem Rummel noch nicht einmal das klägliche Alibi der Fristenlösung herausgekommen ist, habe ich mich entschlossen, hier meine eigenen Erfahrungen mit dem Abtreibungsverbot zu schildern.
Ich bin 18 Jahre und Schülerin, lebe also noch bei meinen Eltern und Geschwistern. Vor einigen Monaten stellte ich fest, daß ich schwanger war (u.a. eine Folge von überhöhten Preisen für sichere Verhütungsmittel). Nach der Untersuchung gab mir mein Arzt den "Tip", heiß zu baden oder nach Holland zu fahren, mehr könne er auch nicht machen. Danach rannte ich völlig erschlagen von einem Arzt zum nächsten, bis ich endlich jemanden gefunden hatte, der mir für viel Geld "helfen" wollte, nur war es jetzt schon zu spät für einen einfachen Eingriff in der Praxis. Aus lauter Menschenliebe gab er mir jedoch noch eine Adresse in Holland und wünschte mir viel Glück. Diese Reise wäre für mich praktisch unerschwinglich gewesen, und wenn ich nicht (wahrscheinlich aus lauter Aufregung) eine Fehlgeburt gehabt hätte, wäre ich wahrscheindlich eine von vielen Frauen geworden, deren Zukunft und natürlich auch die des Kindes verpfuscht wäre.
An meinem Beispiel wird, glaube ich, auch deutlich, daß die Fristenlösung so gut wie gar nichts ändern würde, denn weiterhin wären die Frauen dem Willen der Ärzte und des Staates ausgesetzt, und bei der demütigenden Suche nach einem, der den Eingriff vornimmt, vergehen drei Monate wie im Fluge, und dann ist man genauso ratlos wie zuvor.
Die einzig richtige Lösung ist also meiner Meinung nach die ersatzlose Streichung des § 218. Das meine ich nicht, weil ich eine Kindermörderin bin, im Gegenteil: Ich würde sehr gern ein Kind haben. Ich bin für die ersatzlose Streichung des § 218, weil man einfach durch die Lebensumstände dazu gezwungen wird, abtreiben zu lassen. Denn wie soll zum Beispiel eine ledige Mutter (Schülerin) ihr Kind unterbringen, wie den Lebensunterhalt verdienen?

C J

Interview mit Y. Dagyeli über den Prozess

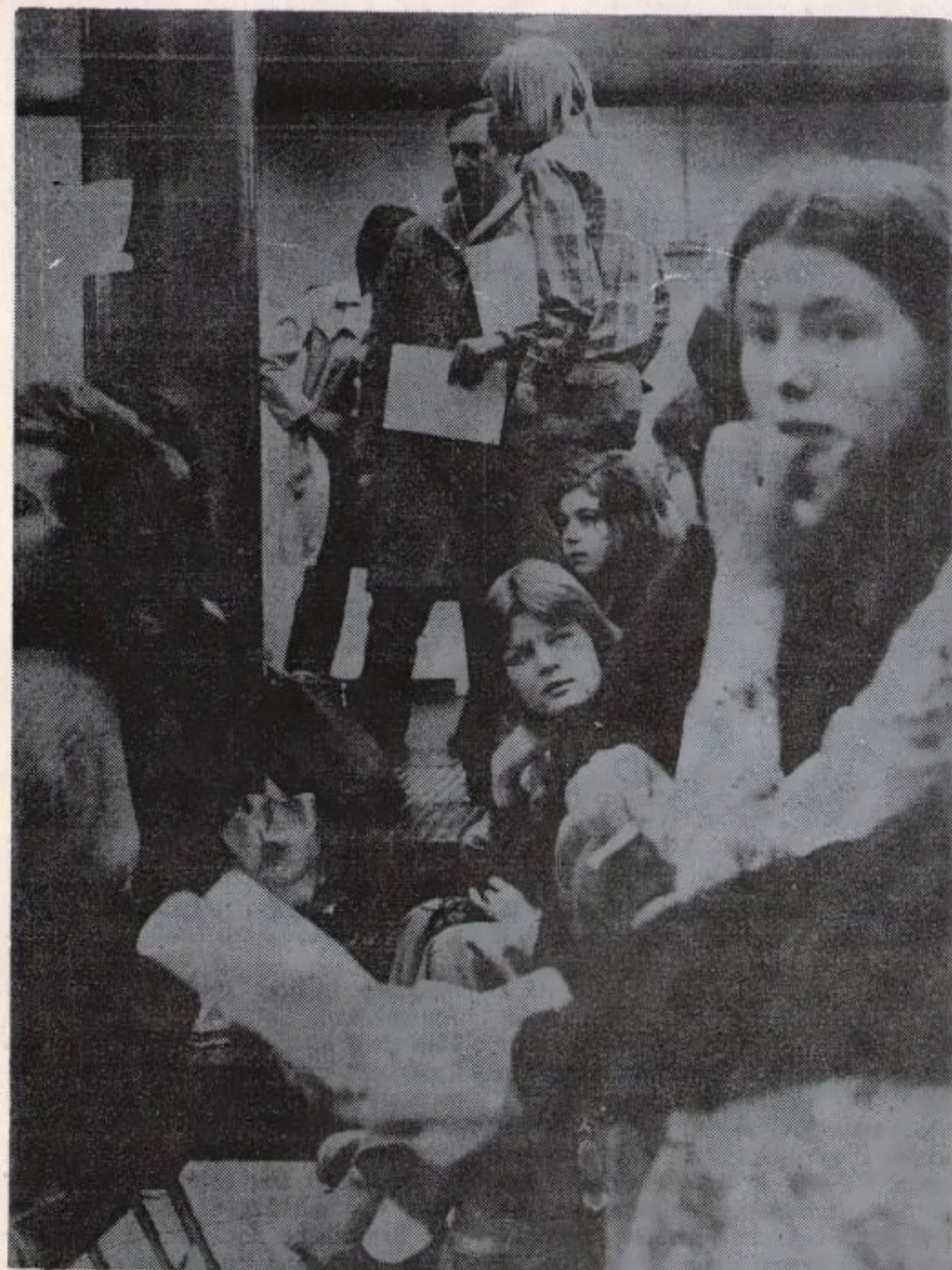
Frankfurt. In dem Prozeß gegen die beiden Mitglieder der Patriotischen Einheitsfront der Türkei, H. Subasi und Y. Dagyeli, über den wir schon mehrfach berichtet haben, hat die Staatsanwaltschaft zwei Jahre Haft für Subasi, zweieinhalb Jahre für Dagyeli beantragt, obwohl sich während des Prozesses die Unhaltbarkeit der Anklage (illegaler Waffentransport, Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung) zum großen Teil sogar durch die Zeugen der Staatsanwaltschaft klar herausgestellt hat. Wir drucken hier Auszüge aus einem Interview ab, das Y. Dagyeli der Ortsredaktion der KVZ in Frankfurt gegeben hat und das in der Ortsbeilage Frankfurt Nr. 6/1975 vollständig abgedruckt war. Das Interview zeigt, daß es der Justizbehörde nicht nur darum geht, zwei türkische Patrioten mundtot zu machen, sondern vor allem darum, die Vorbedingungen für ein Verbot der Patriotischen Einheitsfront der Türkei zu schaffen.

KVZ: Wie ist es zu Eurer Verhaftung vor einem Jahr (Ende 1973) gekommen?
Y. Dagyeli: Man hat einen Arbeiter, Himmet Subasi, beauftragt, Kleider und Bücher nach Frankfurt zu bringen. Man hat ihn beauftragt, daß er die Sachen einem Türken, den er vom Sehen kenne, in Frankfurt auf dem Opernplatz geben solle. In Frankfurt wurde er auf dem Opernplatz festgenommen. Gegen mich wurde gleichzeitig ein Haftbefehl erlassen, weil, wie ich später erfahren habe, die Sachen, die angeblich Waffen waren, mir geschickt werden sollten . . .
KVZ: Wie sind Deiner Meinung nach die Waffen in das Auto von Subasi gekommen?
Y. Dagyeli: Das ist sehr einfach. Der Mann, der hundertprozentig ein Agent des MIT (türkischer Geheimdienst) ist, hat etwa drei bis vier Wochen lang mit Himmet die Lage in der Türkei diskutiert. Himmet ist ein Arbeiter und in der Türkei war er Sohn eines Leibeigenen. Daher ist er begeistert, wenn er einen Revolutionär bei sich sieht und mit ihm diskutieren kann. Und dann hat ihm der andere eines Tages gesagt, er soll Bücher nach Frankfurt bringen, das sei eine patriotische Aufgabe. Himmet will etwas gegen den Faschismus machen und er dachte natürlich, die revolutionären Patrioten betrügen einander nicht. Der Türke hat dann sein Auto mitgenommen und es vollgeladen mit Koffern und Pappkartons. Er hat den Wagen zurückgebracht, und Himmet hat keine Fragen gestellt. . . .
KVZ: Kannst Du berichten, wie es dann zu der Anklage kam?
Y. Dagyeli: Nach einem Jahr Untersuchungshaft haben Himmet und ich uns verständigt, daß wir Hungerstreik machen würden, wenn sie uns nicht vor Gericht stellen. (. . .) Sofort nach dem Hungerstreik würde Himmet freigelassen. Man muß jedoch hinzufügen, draußen gab es einen Solidaritäts-Hungerstreik. Wir haben viel Post erhalten aus vielen Ländern, die uns ihre Solidarität zugesagt haben. Zwei Wochen nach der Freilassung von Himmet haben wir die Anklageschrift erhalten, Mitte Dezember hat man uns mitgeteilt, wann der Prozeß stattfindet. Kurz vor dem Prozeßtermin habe ich zum ersten Mal Akteneinsicht erhalten.
KVZ: Wie sehen die Verhältnisse in der Türkei aus?
Y. Dagyeli: Als Himmet festgenommen wurde, herrschten faschistische Zustände in der Türkei. (. . .) Himmet wollte diese Zustände in der Türkei nicht, er ist Antifaschist und Patriot. Er trat unter den Arbeitern in seiner Fabrik gegen diese Verhältnisse auf und forderte die Arbeiter auf, gegen den Faschismus zu kämpfen. Dasselbe habe ich auch getan. Dazu kommt noch, daß ich zur Redaktion einer marxistisch-leninistischen Zeitung gehörte und von meiner Weltanschauung her bin ich Marxist-Leninist. Deshalb wurde ich seit dem ersten Tag der faschistischen Militärdiktatur gesucht. In dieser Zeit bis zur Verhaftung habe ich aus der Türkei Folterberichte erhalten; sie wurden aus den Gefängnissen geschmuggelt, und ich habe sie hier an viele Organisationen geschickt und an das Parlament des Europarates.
Und dann erhielt ich auch noch Folterberichte, die den Militärgerichten ohne Wissen der Staatsanwälte weggenommen worden waren. Sie trugen die Stempel von Militärstaatsanwälten. (. . .)
Das war natürlich ein großer Schlag für die Militärdiktatur, die immer so tat, als ob in der Türkei kein Faschismus herrscht, weil es noch ein Parlament gibt. Aber das Parlament hat alles angenommen. Vom Europarat wurden die Faschisten aufgefordert, entweder freie Wahlen abzuhalten oder sich aus dem Europarat zurückzuziehen. Sie wollten dann das sogenannte demokratische Gesicht nicht verlieren und haben sogenannte freie Wahlen abgehalten. In dieser Zeit **wurde Himmet verhaftet und gegen** mich Haftbefehl erlassen. Ich hatte nämlich Kontakte zu einigen Parlamentariern vom Europarat, denen ich Berichte über die Zustände in der Türkei übergeben hatte. Dadurch war ich bekannt. Ebenso hatte ich der internationalen Juristenkommission Berichte übergeben. Deshalb wurde versucht, mich irgendwie mundtot zu machen.
KVZ: Gab es ein Zusammenspiel zwischen dem deutschen Verfassungsschutz und dem türkischen Geheimdienst (MIT)?
Y. Dagyeli: Der türkische Geheimdienst war interessiert, weil ich dazu beigetragen hatte, daß die Militärdiktatur in Europa einen schlechten Ruf erhielt. Die westdeutsche Polizei, also der Verfassungsschutz, Sicherungsgruppe Bonn, waren deshalb interessiert, weil ich seit zehn Jahren in der Bundesrepublik war und bei Ford bis Siemens überall gearbeitet habe. Ich kenne die Zustände, in denen die ausländischen Arbeiter leben. Nach einem Jahr in der Bundesrepublik habe ich begonnen, mich politisch zu betätigen, gemeinsam mit den türkischen Arbeitern. Ich habe mich auch dafür eingesetzt, daß die Gegensätze zwischen den türkischen und anderen ausländischen Arbeitern auf der einen Seite und den deutschen Arbeitern auf der anderen Seite beseitigt werden und die deutschen Arbeiter und die ausländischen Arbeiter eine Klasse bilden sollten. Das war der deutschen Polizei sehr gut bekannt. Ich habe auch die selbständigen Streiks der ausländischen Arbeiter propagiert. Solche Streiks gab es in München bei Siemens, BMW und unter den Müllarbeitern in München und in Westberlin bei Krone und zuletzt bei den Ford-Werken in Köln. Deshalb haben sie gesagt, ich hätte solche Streiks aufgehetzt, weil verschiedene Sachen, die ich vertreten habe, dort als Parolen auftraten. Deshalb hatten beide Seiten ein Interesse daran, mich mundtot zu machen. . . .
KVZ: Wie wird der Prozeß ausgehen?
Y. Dagyeli: . . . Ich nehme an, daß die versuchen werden, uns mit irgendeiner Strafe zu belegen – also das ist ja Klassenjustiz – damit sie die einjährige Untersuchungshaft legitimieren können. Denn es hatte ja schon ein großes Echo gefunden, daß sie uns ein Jahr ohne Urteil in Untersuchungshaft haben sitzen lassen.
KVZ: Welche Unterstützung ist jetzt in diesem Prozeß notwendig?
Y. Dagyeli: Ich denke, daß unser Prozeß ein Musterbeispiel für das Verbot aller fortschrittlichen Organisationen sein sollte. Bei GUPS und GUPA (Organisationen fortschrittlicher Palästinenser) ist es ihnen gelungen, weil niemand darauf vorbereitet war. Dieser Prozeß wird eine Niederlage für die Klassenjustiz sein. Deshalb würde ich sagen, daß man breit in die Öffentlichkeit bringen soll, daß es nämlich nicht gelingt, durch solche Methoden fortschrittliche Organisationen und Kommunisten mundtot zu machen.

Korrektur

In der KVZ Nr. 7 ist in dem Artikel: "Jugendzeitung beschlagnahmt" irrtümlich der Ort Müllheim bei Freiburg (wo die Beschlagnahme stattfand) mit dem Ort Mühlheim an der Ruhr verwechselt worden.

–Red.–


Streikvollversammlung der Schüler. Im Hintergrund ein Pressemann

"In allernächster Zukunft"

Schülerstreik für die sofortige Einstellung zweier Lehrer

Hannover. Die Schüler der Integrierten Gesamtschule Roderbruch haben am 13.2. einen Warnstreik für die sofortige Einstellung von zwei Assessoren durchgeführt. Seit einem halben Jahr unterrichten Norbert Grundmann und Reinhard Tegtmeier an der Roderbruch-Schule.

Zum neuen Semester, das am 1.2. begonnen hat, waren sie schon voll in den Stundenplan eingeplant. Doch plötzlich, kurz vor Beginn des neuen Semesters, stellte sich heraus, daß die beiden nicht eingestellt werden sollten, weil ihre politische Überprüfung durch das Innenministerium nicht abgeschlossen sei.

Daraufhin fand am 11.2. eine Schülervollversammlung statt. Obwohl sie nicht vorbereitet war und viele Schüler an diesem Tag acht bis zehn Stunden Unterricht hatten, waren etwa 150 von 370 Schülern anwesend. Eine Resolution wurde verabschiedet, in der die Berufsverbote verurteilt wurden, weil sie jede politische Betätigung und Meinungsäußerung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst behindern. Um die sofortige Einstellung der beiden Lehrer durchzusetzen, wurde einstimmig ein Warnstreik für den 13.2. beschlossen. An diesem Tag waren um 8.15 Uhr nur ganz wenige Schüler zum Unterricht erschienen. Doch auch ihnen konnte klargemacht werden, daß das nicht richtig sei, so daß um 10 Uhr zu Beginn der Schülervollversammlung kein einziger Schüler in den Unterrichtsräumen zu finden war, während sich in der Aula über 200 Schüler versammelt hatten. Nach der Wahl einer Streikleitung wurden Abordnungen zusammengestellt, die die Resolution mit einem Ultimatum dem Regierungspräsidenten und dem Innenminister überbringen sollten. Mit einer Gegenstimme wurde beschlossen, daß, wenn unserem Ultimatum nicht nachgekommen wird, am 20.2. ein Streik bis zur Einstellung der beiden Lehrer durchgeführt wird.

Anscheinend hat die breite Öffentlichkeit durch Funk und Presse den Herren "Volksvertretern" etwas Sorge bereitet, denn in der 'Umschau am Abend' am 12.2. war auf einmal durch den Pressedezernenten des Regierungspräsidenten zu hören, daß die beiden Lehrer in allernächster Zukunft eingestellt werden.

Die allernächste Zukunft ist für diese weitsichtigen Herren manchmal das nächste Jahr. Die Streikleitung hatte deshalb am 14.2. beschlossen, den Streik auch dann durchzuführen, wenn bis zum 19.2. keine verbindliche Zusage gekommen ist. Inzwischen kam diese, und beide Lehrer wurden wieder eingestellt. Dies ist ein Erfolg. Aber damit sind wir nicht zufrieden. Die Streikleitung hat auch schon zuvor, unabhängig von der Einstellung der beiden Lehrer, zu einer Demonstration für die sofortige Einstellung **aller** betroffenen Lehrer, gegen die Berufsverbote und den Ministerpräsidentenerlaß aufgerufen.

W., Aufbauzelle Roderbruch

Vorläufiger AStA an der Universität Göttingen gebildet

Göttingen. In der letzten Sitzung des Studentenrates der Universität Göttingen am 13.2.1975 wurde ein Allgemeiner Studentenausschuß gebildet, der sich aus dem Kommunistischen Studentenbund (KSB) und den Jungsozialisten (Jusos) zusammensetzt. Politische Grundlage des vorläufig bis zum April gewählten AStA ist eine Resolution, die sich für die Bildung eines einheitlichen Studentenverbandes und das uneingeschränkte politische Mandat dieses Verbandes ausspricht.

Studentenparlamentswahlen an der Pädagogischen Hochschule Lüneburg

Bei den diesjährigen Wahlen zum örtlichen Studentenausschuß erlitten die DKP-Studenten vom MSB-Spartakus eine deutliche Niederlage. Sie verloren 140 Stimmen und erhielten nur noch 42. Dieses war eine deutliche Antwort auf die Politik des MSB-Spartakus, der im letzten Semester noch den AStA stellen konnte.

Die Liste demokratischer und kommunistischer Studenten (Sympathisanten des KBW) erhielt bei den Wahlen 112 Stimmen gegenüber 121 bei der letzten Wahl. Der neue AStA wird von der Liste demokratischer und kommunistischer Studenten gemeinsam mit der Studentischen Initiative Lüneburg (SIL) gebildet, die auch für das uneingeschränkte politische Mandat eintritt.

–H., Kommunistische Studenten Zelle–

Erfolge bei den Wahlen zum Studentenparlament

Das Ergebnis der Studentenparlamentswahlen in Kiel zeigt: Der Widerstand unter den Studenten gegen die Disziplinierung durch den bürgerlichen Staat nimmt zu

Die "große Tendenzwende" nach rechts in der politischen Entwicklung unter den Studenten, über die die bürgerlichen Presseorgane seit Jahr und Tag spekulieren und auf die die Kapitalisten hoffen, gibt es nicht.

Dies ist das Ergebnis der Wahlen zu den Studentenvertretungen an den Hochschulen in den letzten Wochen.

Die rechten Studentengruppen, die das Scheitern des Reformprogramms auszunutzen versuchen für eine "Rückbesinnung auf die Grundwerte dieser Gesellschaft" haben in diesem Versuch Niederlagen erlitten oder konnten ihre Gewinne der letzten Wahlen nicht fortsetzen.

In Göttingen z. B. verloren die CDU-Studenten an der Universität 700 Stimmen, in Aachen verloren die rechten Studentengruppen die Mehrheit im Parlament der Pädagogischen Hochschule. In Bayern wurde ihr Aufruf, an den Wahlen zu den von der Regierung abhängigen und eingerichteten Sprecherräten teilzunehmen und auf die selbständige Studentenvertretung zu verzichten, kaum befolgt. Gleichzeitig hat sich die Krise der Gruppen, die an den gescheiterten Reformvorstellungen festhalten, verschärft. Ihre wichtigsten Vertreter, die SPD-Studenten, haben z. B. an der Göttinger Hochschule 500 Stimmen verloren, ähnlich ging es der Hopoko(SPD)-Gruppe an der Heidelberger Universität. An der Braunschweiger Technischen Universität konnten sie nicht wieder zum Studentenausschuß kandidieren und an einigen Hochschulen, wie z. B. in Osnabrück, traten sie zur Wahl selbst gar nicht mehr an. Dort, wo es dem DKP-Studentenverband Spartakus gelungen war, aus der Studentenbewegung heraus einen starken Einfluß zu gewinnen, konnte er diese Position festigen. Wo dies ihm nicht gelungen war, konnte er auch keinen Einfluß gewinnen. Zugleich verliert er an politischer Bedeutung, weil die jahrelange Koalition zwischen SPD- und DKP-Studenten wegen der wachsenden Auseinandersetzungen im reformistischen Lager zerfällt. Die kommunistischen Studenten, die in den Studentenorganisationen des KBW organisiert daran arbeiten, den Einfluß der Arbeiterklasse in der Studentenschaft zu stärken, haben in diesen Wahlen bei steigender Wahlbeteiligung Erfolge erzielt und auch bei teils sinkender Wahlbeteiligung ihren Stimmenanteil aus den letzten Wahlen wiedergewonnen. Dies zeigt: Die Ziele der Arbeiterklasse, die radikale Umwälzung dieser gesellschaftlichen Verhältnisse, stoßen unter den Studenten auf wachsendes Interesse, und es wächst die Möglichkeit, sie für diese Ziele zu gewinnen. Der folgende Bericht über die Ergebnisse der Wahlen und die Auseinandersetzung an der Kieler Universität ist ein gutes Beispiel dafür. H.J.

Die Wahlen waren ein Erfolg

Kiel. Wie schon in der letzten Ausgabe der KVZ kurz berichtet, gewann bei den Wahlen zum Studentenparlament der Universität Kiel die "Rote Liste" mit 12 von 21 Sitzen die absolute Mehrheit. Auf der Roten Liste kandidierten Mitglieder der "Roten Zellen/Marxisten-Leninisten", der Kieler Studentenorganisation des KBW. Die "Studenten für das Grundgesetz" – eine reaktionäre Gruppe – erhielten fünf Sitze, die Jungsozialisten vier. Damit wird der Allgemeine Studentenausschuß (AStA), das zentrale Vertretungsorgan der Studenten, im vierten Jahr hintereinander von den Roten Zellen gestellt.

Gegenüber den letzten Wahlen gewann die Rote Liste 400 Stimmen dazu, im Durchschnitt erhielten ihre Kandidaten 1 630 Stimmen. Ihr Stimmenanteil erhöhte sich von 26,7 % auf 30,3 %. Die Kandidaten der rechten Gruppen (Grundgesetz-Studenten und RCDS = Ring Christlich-demokratischer Studenten) erhielten durchschnittlich 1 530 Stimmen, ihr Stimmenanteil erhöhte sich von 26,5 auf 30,7 % auf Kosten einer Gruppe, die unter den Studenten für die Politik der SPD/FDP-Bundesregierung eintritt. Die Jungsozialisten verloren 3 % ihres Stimmenanteils (jetzt 14,3 %). Unbedeutend blieben die Studentenorganisationen der FDP (mit 7,9 %), der DKP (mit 3,7 %), der GEW (mit 3,5 %) und der Gruppe Rote Fahne (1,5 %).

In vier von sieben Fachschaftsvertretungen gewann die Rote Liste die Mehrheit, in zwei anderen ist sie mit zwei der fünf Sitze vertreten.

Von den 10 600 Kieler Studenten beteiligten sich etwa 5 700 an den Wahlen, **damit stieg die Wahlbeteiligung** von 46,7 % auf 53,8 %, was an Hochschulen dieser Größenordnung sehr viel ist. Dieses Wahlergebnis beweist, daß eine steigende Wahlbeteiligung nicht zwangsläufig zu einer Stärkung der bürgerlichen Studentengruppen führen muß, was von der bürgerlichen Presse unermüdlich behauptet wird. Von genau dieser Erwägung ging der Rektor der Kieler Universität aus, der den Studenten zwangsweise eine Briefwahl auferlegte, von der er sich einen Sieg der rechten Gruppen erhoffte. Diese Hoffnung ist enttäuscht worden. Das Wahlergebnis zeigt, daß in letzter Zeit immer mehr Studenten in die politischen Auseinandersetzungen einbezogen worden sind und dabei gegen den bürgerlichen Staat und seine Vertreter an der Hochschule Stellung bezogen haben.

Die Auseinandersetzungen im letzten Semester

Die politischen Auseinandersetzungen an der Kieler Universität haben im letzten Semester eine nie gekannte Härte angenommen. Im Verlauf der letzten Jahre haben die Kieler Studenten eine beträchtliche Verschärfung der Studienanforderungen erlebt, gleichzeitig verschlechterte sich die soziale Lage der Studenten.

Dagegen hat sich an verschiedenen Punkten der Widerstand der Studenten entzündet.

Mit allen Mitteln versuchten die Landesregierung und ihre Vertreter an der Hochschule – die Rektoren –, diese Bewegung der Studenten zu ersticken. Ein besonderer Dorn im Auge sind ihnen die Organe der Verfaßten Studentenschaft, die sich als wirksame Waffe in den Kämpfen der Studenten erwiesen haben. Zunächst versuchten sie, diese Organe abzuschaffen – in einer Urabstimmung **sprach sich jedoch die große Mehrheit** der Studenten für deren Beibehaltung aus. Dann erschwerten sie die Einziehung der Beiträge für diese Organe mit allen Mitteln – die überwältigende Mehrheit der Studenten bezahlte diese Beiträge jedoch und sicherte damit die Arbeit ihrer Organe. Mehrmals versuchten sie, dem AStA zu verbieten, in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen Stellung zu nehmen. Vergeblich, das politische Mandat der Verfaßten Studentenschaft wurde von der Mehrheit der Studenten unterstützt und selbst wahrgenommen.

Mit all diesen Angriffen gelang es Rektorat und Landesregierung nicht, die Studenten in die Knie zu zwingen. Jeder ihrer Angriffe weckte die Empörung der Studenten und führte zu einem noch festeren Zusammenschluß der Studenten.

Besonders heftig wurden die Angriffe des Staates im letzten Semester. Um so beherzter aber auch die Gegenattacken der Studenten. Hier ein Beispiel für viele:

Als Anfang dieses Jahres drei Studenten vor den Ordnungsausschuß zitiert waren, versammelten sich spontan 800 Studenten. Ein Urteil des Ordnungsausschusses kam bis heute nicht zustande.

Besondere Empörung weckte der Versuch des Rektors, durch eine von ihm den Studenten aufgezwungene Satzung die Organe der Verfaßten Studentenschaft kampfunfähig zu machen: Die Wahlen sollten durch Einführung von Briefwahlen entpolitisiert werden; die Satzung schließt das politische Mandat aus, schafft Vollversammlungen und Urabstimmungen und die Vertretungen in den einzelnen Studienfächern ab. Gegen diese Zwangssatzung sind die Studenten nach dem Leitsatz vorgegangen: "Die Studentenschaft bestimmt ihre **Aufgaben selbst und nimmt sie wahr** in Urabstimmungen und durch ihre Organe und Vertreter."

So führten die Studenten zahlreiche Vollversammlungen durch, in denen sie Beschlüsse zu politischen Fragen faßten (z. B. gegen die Entlassung politisch mißliebiger Lehrer). In allen Fächern wurden studentische Vertretungen auch ohne Zustimmung des Rektors gewählt.

Welche Forderungen wurden von den einzelnen Gruppierungen in den Wahlen aufgestellt?

Die Studenten an diesen Staat und an die herrschende Wirtschaftsordnung zu ketten – das ist der Kern der Politik, die von den reaktionären Studentengruppen betrieben wird. Sie unterstützen in allen wesentlichen Punkten die Politik des Staates gegenüber den Studenten. Sie treten dafür ein, daß die Studenten sich gegen die selbständigen Kämpfe der Volksmassen wenden, sie lehnen es ab, daß die Studenten selbst über ihre Angelegenheiten entscheiden. Die Zwangssatzung des Rektors wurde in den wesentlichen Zügen von diesen Leuten ausgearbeitet.

Paritätische Mitbestimmung in allen Uni-Gremien, eine Hochschulausbildung im Kapitalismus, die an den Interessen der werktätigen Bevölkerung ausgerichtet ist – das sind die wesentlichen Ziele, mit denen die Jusos in den Wahlkampf traten; – Ziele, die sich durch die gesellschaftliche Entwicklung als illusionäre herausgestellt haben. Linkes Geschwätz und Projektemacherei in Worten – in Taten aber Zurückweichen vor dem Gegner und Spaltung der Studenten zeichnet die Politik dieser Gruppe aus. Zum Beispiel wurden die Kämpfe der Studenten gegen das Ordnungsrecht von den Jusos als "sinnlose Eskalation" abgelehnt.

Die Roten Zellen legten zu den Wahlen ein Aktionsprogramm vor, das die wesentlichen Aufgaben für die Organe der Verfaßten Studentenschaft im nächsten Jahr festlegen soll. Dieses Programm wurde vor seiner endgültigen Fassung in die Studentenschaft hineingetragen und nach öffentlicher Diskussion und Kritik mehrfach umgearbeitet.

1. Den Kampf der Studenten gegen die kapitalistische Hochschulreform, gegen die Zulassungsbeschränkungen und Verschärfung der Prüfungsanforderungen und die Eingriffe des Staates an den Hochschulen zu unterstützen. Für das Recht der Studenten, die keine reichen Eltern haben, auf materielle Gewährleistung ihres Studiums durch den Staat einzutreten.
2. Für das Recht der Studenten auf Bildung von Vertretungskörperschaften mit politischem Mandat, Satzungs- und Finanzhoheit einzutreten.
3. Für die Gleichberechtigung der ausländischen Studenten einzutreten.
4. Die Kritik der Studenten an der Funktion der Hochschule und der bürgerlichen Wissenschaft zu unterstützen.
5. Die Studenten in die Kämpfe des Volkes einzubeziehen.

Durch die Auseinandersetzung über dieses Aktionsprogramm wurde unter einem Teil der Studenten Klarheit geschaffen über die Aufgabe der Organe der Verfaßten Studentenschaft in der nächsten Zeit. Damit haben die Roten Zellen begonnen, einen Fehler in ihrer vergangenen Politik zu korrigieren. Nämlich die Politik in den Organen der Verfaßten Studentenschaft über die Auseinandersetzungen mit dem bürgerlichen Staat über die Köpfe der Studenten hinweg zu führen und sich in allen möglichen Nebenfragen zu verzetteln.

Insgesamt sind die Studenten und ihre Organe aus den Kämpfen gegen die Zwangssatzung des Rektors und aus den Wahlen gestärkt hervorgegangen. Es hat sich gezeigt, daß das Aktionsprogramm ein richtiger Vorschlag war und daß es richtig und erfolgreich war, den Kampf um die Erhaltung dieser Organe zu führen. Die Aufgaben, die sich den Kieler Studenten jetzt stellen, sind folgende: Auf Grundlage des Aktionsprogramms den Kampf um ihre Rechte noch entschlossener anzupacken. Vor allem aber die in Bewegung geratenen Studenten für die Ziele der Arbeiterklasse zu gewinnen und in die Kämpfe des Volkes einzubeziehen. Der 1.Mai wird eine gute Gelegenheit dafür sein.

–T.K., Kiel–

Berufsbildungsreform

Die Kapitalisten nützen die Jugendarbeitslosigkeit aus

In der Bundesrepublik sind von 1,15 Millionen Arbeitslosen über 120.000 Jugendliche unter 20 Jahren. Von diesen Jugendlichen sind 70 % ohne irgendeine Berufsausbildung (Bundesanstalt für Arbeit 23.1.1975). Rund 100.000 Jugendliche suchen in diesem Jahr erfolglos eine Lehrstelle. In den letzten vier Jahren hat die Kapitalistenklasse ihre Lehrstellen um 210.000 verringert. Von 690.000 (1970) auf 480.000 (1974) (Süddeutsche Zeitung vom 11.2.1975). Aufgrund dessen mußten jährlich 80.000 Jugendliche sich als unausgebildete Jungarbeiter, als Hilfsarbeiter verdingen. Geschätzt wird die Zahl der unausgebildeten Jungarbeiter auf insgesamt 250.000 (Süddeutsche Zeitung vom 28.1.1975).

Diese Lage der Arbeiterjugend muß man vor Augen haben, wenn man die gegenwärtigen Beteuerungen des Staates und der Kapitalistenklasse, sie wollten mehr Ausbildungsplätze schaffen, und den Streit um die Berufsbildungsreform richtig einschätzen will. In der KVZ Nr.5 haben die Genossen des Kommunistischen Arbeiterjugendbundes (KAJB) Köln eine Korrespondenz über den Streit der bürgerlichen Parteien um die Berufsbildungsreform geschrieben. Leider machen die Genossen des Kommunistischen Arbeiterjugendbundes den entscheidenden Fehler, daß sie den Streit um die Berufsbildung losgelöst von der gegenwärtigen Lage der Arbeiterjugend kommentieren. Und weil sie dies tun, können sie dem Kampf der Arbeiterjugend auch keine Richtung weisen.

Die Kapitalisten wollen mehr Geld aus der Staatskasse

Bei dem von der Kapitalistenklasse angezettelten Streit um die Berufsbildungsreform geht es diesen in erster Linie darum, noch einmal kräftig in den vom arbeitenden Volk gefüllten Staatssäckel hineingreifen zu können. Nachdem sie die Investitionsprämie von insgesamt 9 Milliarden Mark schon bekommen, wollen sie in der gegenwärtigen Wirtschaftskrise die hohe Jugendarbeitslosigkeit ausnutzen, um sich die Ausbildung der Arbeiterjugend aus der Staatskasse bezahlen zu lassen. Die angedrohte Lehrstellenverknappung ist ihnen nur Mittel zum Zweck. Und dabei wollen sie sich ihr Ausbildungsmonopol erhalten und gleichzeitig einige Auflagen aus früheren Gesetzen kassieren. Insbesondere die Regelung, das Berufsgrundbildungsjahr auf die Lehrzeit anzuerkennen. Die Kapitalisten fordern denn auch, daß "öffentliche Mittel ohne sachfremde Auflagen" zur Verfügung gestellt werden sollen. Und insofern hat der Kommunistische Arbeiterjugendbund Köln die Linie der Kapitalistenverbände richtig zusammengefaßt: Die Ausbildung bleibt Privatsache der Kapitalisten und die Steuerzahler sollen sie finanzieren. (KVZ Nr. 5)

Die Bundesregierung kommt ihnen dabei sehr bereitwillig entgegen. So soll nach Bundeskanzler Schmidt die Umlage für die überbetrieblichen Ausbildungsstätten **im Bedarfsfall** bei der gewerblichen Wirtschaft **und** der öffentlichen Hand (also aus der Staatskasse) erhoben werden. Und der Umlagebetrag werde nur "Bruchteile" eines Prozents von der Lohn- und Gehaltssumme ausmachen. Kleinere Betriebe würden gänzlich **freigestellt.** Man kann getrost davon ausgehen, daß aus der Staatskasse der Löwenanteil genommen wird.

Die Jugendarbeitslosigkeit wird zur Dauererscheinung

Aber nicht nur, daß die Kapitalisten keinen Pfennig für überbetriebliche Ausbildung ausgeben wollen, sie wollen darüberhinaus sich alle "zusätzlichen" Ausbildungsplätze aus der Staatskasse bezahlen lassen. Eine ziemlich unverschämte Forderung angesichts der Tatsache, daß sie in den letzten vier Jahren 210.000 Ausbildungsplätze abgeschafft haben. Das Bundeswirtschaftsministerium hat diese Forderung der Kapitalisten natürlich sogleich aufgegriffen. So sollen nach den Vorschlägen dieser Wirtschaftsbürokraten den Mitteln für die Umlage (für überbetriebliche Ausbildungsstätten!) die Nettoausbildungskosten für "zusätzliche" Lehrlinge ganz oder teilweise den Kapitalisten erstattet werden. Voraussetzung für die Kostenerstattung soll sein, daß das Unternehmen mehr Auszubildende beschäftigt, als im Durchschnitt der letzten drei Jahre. Die **Höhe** der Umlage und der Zuschüsse soll je nach **Dringlichkeit** neuer Ausbildungsplätze festgelegt werden. Als absolute Obergrenze soll die Erstattung der gesamten Ausbildungskosten für einen Drei-Jahres-Zeitraum gelten.

Gegenüber den bürgerlichen Parteien und angesichts der zu erwartenden Subventionen ist es der Kapitalistenklasse wahrscheinlich nicht schwer gefallen, eine Erhöhung der Zahl der Lehrstellen in Aussicht zu stellen und das gleichzeitig mit Bedingungen zu verknüpfen, wie z. B. Aufhebung der Anrechnungspflicht des Berufsgrundschuljahres oder einer Berufsfachschule. Auch die Vorschläge der CDU/CSU unterscheiden sich von denen der Bundesregierung nur in Formulierungen.

Angesichts der wachsenden Jugendarbeitslosigkeit versucht die Bundesregierung mit der Parole, "mehr Ausbildungsplätze" schaffen zu wollen, die Berufsbildungsreform der Arbeiterjugend zu verkaufen. Aber mit dieser Parole sagt die Bundesregierung gleichzeitig, daß sie nicht gewillt und in der Lage ist, die Jugendarbeitslosigkeit zu beseitigen und die Ausbildung qualitativ zu verbessern. Ganz offen spricht das Bundeswirtschaftsministerium über die Zukunft der Arbeiterjugend: So erwartet das Wirtschaftsministerium, daß der Abstand zwischen angebotenen und benötigten Lehrstellen noch bis mindestens 1981 anhalten wird. Erst dann sei mit niedrigeren Zahlen an Schulentlassenen zu rechnen. Und nach Schätzungen der Stadtverwaltung Salzgitters werden bis Anfang der achtziger Jahre in Salzgitter jährlich 1 400 Ausbildungsplätze erforderlich sein. Dieser Zahl stehe aber nur ein Angebot von 900 bis 1 000 Plätze zur Verfügung (Süddeutsche Zeitung vom 8.2.1975). Was der bürgerliche Staat damit ziemlich offen sagt ist, daß auch die Berufsbildungsreform die Jugendarbeitslosigkeit genausoswenig beseitigen wird, wie die Investitionszulage die Arbeitslosigkeit überhaupt beseitigen wird. Und bei den jetzt geplanten Vorhaben der Kapitalistenklasse, ihres Staates samt ihrer bürgerlichen Parteien handelt es sich auch nicht um eine kurzfristige Sache, die "konjunkturell" bedingt wäre. Eine ständig hohe Jugendarbeitslosigkeit, wie eine ständig hohe Gesamtarbeitslosigkeit überhaupt und die Finanzierung von Arbeitsplätzen und Lehrstellen aus Steuergeldern wird zur Dauererscheinung werden.

Forderungen gegen die Folgen der Jugendarbeitslosigkeit

In der gegenwärtigen Krise erfahren viele Jugendliche der arbeitenden Klasse am eigenen Leib, daß es im Kapitalismus kein Recht auf Ausbildung und Arbeit gibt. Viele werden "arbeitslos", bevor sie jemals einen Betrieb von innen gesehen haben. Auf die bürgerlichen Parteien kann die Arbeiterjugend nicht bauen. So haben sich Bundesbildungsminister Rohde und die sozialdemokratischen Kultusminister lediglich dafür ausgesprochen, daß ausbildungswillige Jugendliche, die keine Lehrstelle finden, "im öffentlichen Schulwesen eine sinnvolle **Überbrückungshilfe** erhalten" Zugleich haben die Minister darauf hingewiesen, daß diese "Hilfe" zahlenmäßig und zeitlich begrenzt sei und daß das Ausbildungsangebot der Wirtschaft "entscheidend" bleibe (Süddeutsche Zeitung vom 19.1.1975).

Gegen die Einrichtung von sogenannten Arbeitslosenklassen als "Überbrückungshilfe" muß die Arbeiterklasse mit ihrer Jugend für die Forderungen kämpfen:

- **daß arbeitslose Jugendliche das Recht haben müssen auf Teilnahme an Facharbeiterklassen ihrer Wahl in der Berufsschule und auf Unterricht in einem solchen Umfang, daß sie die Facharbeiterprüfung ablegen können.**

Notwendig ist es, daß sich die Arbeiterjugend von den Folgen der Arbeitslosigkeit schützen kann. Deshalb ist es notwendig, daß wir für die Forderung eintreten

- **Anerkennung der Schulabgänger, die keine Arbeit finden, als Arbeitslose;**
- **für ein Arbeitslosengeld in der Höhe von 60 % des durchschnittlichen Facharbeitrecklohnes, entsprechend der Vergütung, die auch für die Jugendlichen in der Lehre erkämpft werden muß.**

KBW-Sympathisantengruppe Salzgitter, H.U.

„Wir kriegen jetzt ein eigenes Haus"

Demonstration der Emsdettener Jugend für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum

Emsdetten. Seit fast drei Jahren kämpfen die Jugendlichen in Emsdetten, einem Ort im Münsterland mit 30 000 Einwohnern, für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum.

Seit drei Jahren verstehen es Stadtrat und Trägerverein (Kirche und Staat), die Durchsetzung dieser Forderung nach einem Jugendzentrum zu verhindern. Nun hat sich die Situation zugespitzt:

Die Jugendlichen wollten eine Vollversammlung im Kolping-Haus durchführen. Das Kolping-Haus ist ihnen als Jugendzentrum versprochen worden. Die Vollversammlung sollte dazu dienen, den Trägerverein und den Stadtrat öffentlich zu befragen, warum bis heute keine der gerechten Forderungen verwirklicht ist:

1. Sofortige Auswahl der Sozialarbeiter und der anderen Beschäftigten nur durch die Emsdettener Jugendlichen!
2. Sofortige Eröffnung des Kolping-Hauses als Jugendzentrum!
3. Sofortige Ausgestaltung des Kolping-Hauses durch die Jugendlichen!

Doch 48 Stunden vor Beginn der Veranstaltung wurde sie von dem reaktionären Vorstand des Stadtjugendrings unter Mitwirkung von Vertretern der Jungen Union abgeblasen. Es liege keine Versicherung vor, hieß der vorgeschobene Grund.

Doch die Jugendlichen erkannten sofort, was wirklich dahinter steckte. Stadt und Trägerverein scheuten sich davor, öffentlich Rechenschaft abzulegen. Sofort wurde ein Flugblatt geschrieben, das alle Emsdettener Jugendlichen aufforderte, doch zu dieser Vollversammlung zu kommen und darauf zu bestehen, daß das Kolping-Haus geöffnet wird.

Die Jugendlichen beschließen eine spontane Demonstration

Etwa 200 Jugendliche trafen sich am Montagabend, dem 10. Februar, um die Vollversammlung durchzuführen. Doch vom Trägerverein und der Stadt ließ sich keiner blicken. Über ein mitgebrachtes Megaphon wurde ein anwesendes Mitglied des Vorstandes des Stadtjugendrings und ein Vertreter der Jungen Union aufgefordert, Rechenschaft über ihr Verhalten abzulegen. Doch die Erklärungen überzeugten niemanden. Stattdessen verabschiedeten die Jugendlichen eine Resolution, die noch einmal den drei oben genannten Forderungen Nachdruck verlieh und das Verhalten von Stadtrat und Trägerverein verurteilte. Inzwischen war die Polizei eingetroffen. Als die Diskussion über das Megaphon heftiger wurde, wollten die beiden Polizisten das Megaphon kassieren. Doch da hatten sie die Rechnung ohne die Jugendlichen gemacht.



Die Jugendlichen verteidigen ihr Megaphon



Marsch zu den "Stadtvätern"

Diese verteidigten das Megaphon und quittierten das Auftreten der Polizisten mit Pfiffen und Buh-Rufen und forderten die Polizisten auf, über Megaphon ihr Verhalten zu erklären, worauf die Polizisten nicht eingingen. Sie sahen ein, daß sie gegen diese Geschlossenheit nichts ausrichten konnten und zogen ab.

Die Jugendlichen hatten inzwischen erfahren, daß der Hauptausschuß des Stadtrates am selben Abend tagte. Spontan beschlossen sie, dorthin zu marschieren, um den "Stadtvätern", die teilweise gleichzeitig Mitglieder des Trägervereins sind, die Resolution vorzulegen. Über 170 Jugendliche demonstrierten mit und zogen durch die Stadt zum Verwaltungsgebäude mit den Parolen:

"Wir werden kämpfen – wir werden siegen, ein Jugendzentrum werden wir kriegen!"

Wir gehen aus den Kneipen raus, wir kriegen jetzt ein eigenes Haus!"

"Jugendliche Hand in Hand kämpfen gegen's Jugendamt!"

Als man am Verwaltungsgebäude ankam, waren die "Stadtväter" ausgeflogen. Wahrscheinlich hatten sie etwas ähnliches befürchtet. Die Jugendlichen ließen sich jedoch nicht entmutigen. Die Demonstration ging zurück in die Innenstadt, wo man noch eine Kundgebung durchführte, um noch mehr Emsdettener zu erreichen. Zum Schluß verabschiedeten die Jugendlichen die Forderungen:

1. Sofortige Eröffnung des Kolping-Hauses als selbstverwaltetes Jugendzentrum bis spätestens zum 1. April 1975!
2. Sofortige Auswahl der Sozialarbeiter durch die Emsdettener Jugendlichen, ebenfalls bis spätestens 1. April 1975!
3. Durchführung einer Vollversammlung innerhalb der nächsten 14 Tage unter demokratischer Planung der Jugendlichen!

Für uns Emsdettener Jugendlichen war das eine wichtige Erfahrung. Wir haben gelernt, was man gegen die Polizei erreichen kann, wenn man zusammenhält und sich sein demokratisches Recht auf Redefreiheit nicht nehmen läßt. Wir haben gelernt, daß wir unser Jugendzentrum nur dann bekommen, wenn wir unsere Forderungen massiv und geschlossen vertreten.

Mitglieder der Aktionseinheit "Für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum in Emsdetten"

Gegen die Schulmisere

Bad Hersfeld

Am 1.2.1975 veranstaltete der Ausschuß junger Lehrer und Erzieher (AjLE) der GEW Bad Hersfeld einen Informationsstand zur Nichteinstellung der 771 Lehramtsanwärter in den hessischen Schuldienst. Über 400 Unterschriften wurden dort für die Forderung nach Einstellung aller Lehramtskandidaten gesammelt.

Darmstadt

Am Donnerstag, dem 13.2.1975 führte der Kreisvorstand der GEW eine Veranstaltung zur Jugendarbeitslosigkeit und zu der Nichteinstellung der Lehrer in Hessen durch.

Vor den ca. 300 Besuchern hatten sich auf dem Podium ein Vertreter der Industrie- und Handelskammer, ein Vertreter der Handwerkskammer, ein Vertreter des Arbeitsamtes Darmstadt, der Kreisvorsitzende des DGB Darmstadt und ein Vertreter des Kreisjugendausschusses zu verantworten.

Beschlossen wurde auf der Versammlung, "daß der DGB sich mit Nachdruck dafür einsetzen soll, daß arbeitslose Jugendliche das Recht erhalten sollen, in Berufsschulklassen ihrer Wahl an einem theoretischen und praktischen Unterricht teilzunehmen, der ihnen eine qualifizierte Berufsausbildung ermöglicht". Unter Beifall der Versammlung wurde festgestellt, daß es notwendig ist, daß die Gewerkschaften die Arbeitslosen organisiert, daß es richtig ist, für eine Erhöhung des Arbeitslosengeldes einzutreten und daß die Gewerkschaften den 1. Mai nutzen müssen, um diese Forderungen auf die Straße zu tragen.

Weiterhin beschloß die Versammlung eine Resolution, die sich an die Landesregierung richtete und sie aufforderte, alle ausgebildeten Lehrer einzustellen.

Frankfurt

Die Mitgliederversammlung der IG Druck und Papier in Frankfurt verabschiedete am 15. Februar eine Resolution zur Nichteinstellung von über 700 Lehrern an hessischen Schulen. Darin heißt es: "Der Vorstand der IG-Druck und Papier ist aufgefordert, über den Vertrauensleutekörper in allen Betrieben unseres Bereiches eine breite Mobilisierung unter den Kollegen zu entfalten, um eine große öffentliche Kampagne einzuleiten.

Darüberhinaus sollten vor den größten Druckbetrieben Flugblätter verteilt werden, die zur Demonstration am Samstag, dem 22. Februar, aufrufen.

Offenbach

Unter der Hauptparole "Sofortige Einstellung aller Lehrer" demonstrierten am 15.2. knapp 600 Menschen durch die Offenbacher Innenstadt. Diese Demonstration war durch viele Versammlungen an Schulen, durch Aktivitäten von Personalräten, Elternbeiräten und Aktionskomitees vorbereitet worden. So fand z. B. am Abend vor der Demonstration im Friedrich-Ebert-Gymnasium eine Veranstaltung zur beruflichen Bildung statt, zu der die Schülervertretung des Gymnasiums, die kommunistische Oberschülergruppe und die Schülerunion eingeladen hatten.

Auf der Schulveranstaltung der Demonstration wurde eine Resolution der August Bebel Berufsschule verabschiedet, in der u.a. gefordert wird, "daß die jugendlichen Arbeitslosen das Recht haben, in der Berufsschule an Fachkursen ihrer Wahl teilzunehmen".

Die Lage der arbeitenden Jugend ist schlecht

Wuppertal. Die Jugendkonferenz der IG Chemie-Papier-Keramik Wuppertal verabschiedete am 18.1.1975 eine Resolution gegen die schlechte Lage der arbeitenden Jugend. In der Resolution fordert sie unter anderem "ein Arbeitslosengeld von 300 DM monatlich" für alle Schulabgänger ohne Arbeitsplatz und die Streichung aller Sonderrechte der Unternehmer über die Jungarbeiter (zum Beispiel Kündigungsschutz), um der Abspaltung der Jugendlichen von den älteren Kollegen entgegenzuwirken.

Mindestens 150 Lehrer in Niedersachsen nicht eingestellt!

Mindestens 150 Grund- und Hauptschullehrer wurden zum vorgesehenen Einstellungstermin, dem 1.Februar, in Niedersachsen nicht eingestellt. Genaue Zahlen liegen nicht vor, da Landesregierung und Regierungspräsidenten sich bisher ausschweigen.

Begründet wird die Nichteinstellung überwiegend damit, daß die politische Überprüfung entsprechend dem Beschluß der niedersächsischen Landesregierung "Über die politische Betätigung von Angehörigen des öffentlichen Dienstes gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung" vom 10.7.1972 noch nicht abgeschlossen sei.

–al, Gesellschaft zur Unterstützung der Volkskämpfe Hildesheim–

Munster: Erfolgreiche Veranstaltung

Als Gewerkschaftsmitglieder organisieren 8 Soldaten eine Veranstaltung zur Krise

Veranstaltung: Was erwartet uns nach Beendigung des Wehrdienstes?

ZU FOLGENDEN FRAGEN WIRD STELLUNG GENOMMEN UND DISKUTIERT:
Wie sieht es in den Betrieben aus ?
Wie geht es weiter mit der Krise ?
Was für Rechte haben wir bei der Wiederaufnahme der Arbeit ?

Alles das sind Fragen, über die sich ein Soldat Klarheit verschaffemn muß.
ES WERDEN ZU DER VERANSTALTUNG JUGENDVERTRETER UND ARBEITER VON GROSSEN FIRMEN EINGELADEN!

am : 28.1.75 - Hotel Winkelmann

Beginn: 19³⁰ Uhr

Zu dieser Veranstaltung riefen acht Soldaten auf, die in verschiedenen Gewerkschaften organisiert sind und zur Zeit ihren Wehrdienst in Munster ableisten. Die Veranstaltung war ein großer Erfolg und ist beispielgebend für alle Standorte der Bundeswehr. Die Durchführung der Veranstaltung war nicht einfach. Zunächst hatten die Soldaten von der Gewerkschaft ÖTV in Munster gefordert, daß sie eine solche Veranstaltung organisiert. Die ÖTV Munster hatte zunächst zugesagt, dann aber einen Rückzieher gemacht, offenbar auf Weisung von oben. Das große Interesse, das die Soldaten in Munster dieser Veranstaltung entgegenbrachten, zeigt aber, wie notwendig gerade solche Veranstaltungen sind. Die Soldaten, die Wehrpflichtigen, die nach 15 Monaten wieder aus der Bundeswehr ausscheiden, wollen wissen, ob sie ihren Arbeitsplatz wieder bekommen oder nicht. Sie wollen wissen, wie sie sich als Arbeiter gegen die Krise zur Wehr setzen können. Das hat die Veranstaltung zum Ausdruck gebracht. Sie hat außerdem gezeigt, daß die Offiziere solche Veranstaltungen sorgfältig überwachen, daß sie sie zur Kenntnis nehmen als Ausdruck des steigenden politischen Bewußtseins der Soldaten.

Im folgenden der Bericht des Soldaten- und Reservistenkomitees Munster, das diese Veranstaltung unterstützte.

Die Veranstaltung in Munster war gut besucht!

Munster. Trotz aller Schwierigkeiten, die bei der Vorbereitung der Veranstaltung auftraten, kamen etwa 60 bis 70 Menschen zusammen, um die Frage "Was erwartet uns nach Beendigung der Bundeswehrzeit am Arbeitsplatz" zu diskutieren. Neben vielen Kameraden aus den Kompanien waren auch etwa 15 Offiziere und Jugendoffiziere gekommen, denen die örtliche Presse das Motiv "aus ernster Sorge um ihren Arbeitsplatz gekommen zu sein" verlieh. Daß die Offiziere in der Regel Berufssoldaten sind ist den Schreiberlingen der "Böhme-Zeitung" bis heute unbekannt geblieben.

Der DGB entsandte vom Landesbezirk einen "stillen Beobachter', der sich erst gegen Ende der Veranstaltung durch sein unserer Auffassung nach gewerkschaftsschädigendes Verhalten hervortat.

Die eingeladenen Herren vom DGB Soltau und auch Kurt Behlau, die mit allen Mitteln die Veranstaltung verhindern wollten (allerdings erfolglos), waren nicht erschienen. Die Herren Verhinderer trauten sich offensichtlich nicht. Auch die Polizei zeigte ein reges Interesse an unserer Veranstaltung. Es hieß "Bombendrohung". Daraufhin drückten sich Polizisten und zwielichtige Zivilisten in den Ecken herum, die das Hauptaugenmerk auf die Veranstaltungsteilnehmer legten und deren Broterwerb wohl ohnehin nur aus Bespitzelung und Diffamierung bestand. In der Di skussion gingen die Offiziere davor aus, daß die Krise nur dann zu beheben sei, wenn dem Kapital geholfen würde. Die Maßnahmen der Regierung seien bestenfalls unzureichend. Gemeint war die Tatsache, daß die Regierung die Kapitalisten mit Steuergeldern subventioniert. Als dann allerdings ein Kollege aus dem VW-Werk Wolfsburg über die dortige Situation berichtete, über Kurzarbeit, Rationalisierungen, Arbeitshetze usw., waren die Herren Offiziere in holder Eintracht mit dem Lumpenjournalisten der Böhme-Zeitung mit ihrem Latein am Ende. Allerdings auch nur sie. Der überwiegende Teil der Veranstaltungsteilnehmer hat sehr richtig erkannt, daß es darum geht, in der Krise keinen Schritt zurückzuweichen, für das Verbot von Überstunden und Akkord einzutreten. Es wurden sehr richtige Vorstellungen entwickelt, wie man gegen die Arbeitslosigkeit vorzugehen hat.

Nur die Herren Offiziere, die sich in der Öffentlichkeit wohl nicht benehmen können, kamen immer wieder mit ihren während der Offiziersausbildung gut getrimmten DDR-Sozialismus-Diskussionen und versuchten den konkreten Auseinandersetzungen jeweils auszuweichen. Nachdem den Offizieren dies nicht gelang, wurden sehr konkrete Forderungen diskutiert. Forderungen wie: Sieben-Stunden-Tag bei 35-Stunden-Woche, Übernahme der Arbeitslosenversicherungskasse durch die Versicherten selbst, voller Lohnausgleich bei Kurzarbeit und ähnliches mehr konnten bei den Offizieren keinerlei Begeisterung hervorrufen. Als dann allerdings die Rede davon war, daß es im Kapitalismus kein Recht auf Arbeit gibt und und gesagt wurde, daß die Gewerkschaftsführung oft die Kämpfe der Kollegen sabotiert und Beispiele aus der Tarifrunde dies klarmachten, schwang sich der DGB-Landesbezirks-Vertreter auf, die Einheitsfront mit den Offizieren herzustellen und mit ihnen gemeinsam ins Horn zu blasen. Er betitelte die Veranstaltung als miserabel und nannte sie untragbar. Man sei nicht fachkundig genug, um über die Krise, ihre Ursachen und die Möglichkeiten der Arbeiter, sich gegen die Kapitalisten zu schützen, zu beraten – wo wir doch alle Arbeiter sind! Anständige Referenten mit Vorbildung seien doch mindestens notwendig. So verkündete er schließlich noch, er hätte Volkswirtschaft studiert und wisse besser, was zu tun sei, als wir. Allerdings, als wir, "von seinem Wissen beeindruckt", erfahren wollten, was er denn zu tun gedenke, war außer Achselzucken nur zu vernehmen: "Ich kann hier doch keine Forderungen wie ein Zauberer aus dem Hut ziehen." Das sollte er auch gar nicht; es ist nur schade, daß einer unserer Gewerkschaftsvertreter neben den Bemühungen, die Veranstaltung in den Dreck zu ziehen und Kollegen zu diffamieren, nur vermelden kann: "Nichts gewesen außer Spesen."

Da das Verhalten des Kollegen Gewerkschaftsvertreters auf heftige Kritik stieß und er sich in die Enge getrieben fühlte, machte er als Friedensangebot oder nicht zunächst die Zusage, daß die Gewerkschaft künftig in Munster eine Veranstaltungsreihe durchführen wird. Dies wurde allgemein begrüßt. Nur schade war, daß auf konkretere Fragen hin der DGB-Vertreter nur von Sitzungen, Satzungen und Gremien am Reden war, aber eine verbindliche Zusage nicht zu erreichen war. Wir werden künftig alles daran setzen, solche Veranstaltungen durchzuführen. Wir vom Soldaten- und Reservistenkomitee Munster werden uns von Diffamierung und Beschimpfungen nicht davon abhalten lassen, gute Veranstaltungen und Initiativen zu entwickeln und zu unterstützen.

M., im Auftrag des
Soldaten- und
Reservistenkomitees
Munster

Häuserkampf



In der KVZ Nr. 4/75 wurde über die Ortskampf-Übung in Bebra/Gilfershausen berichtet. Diese Übung war kein Einzelfall.
Das jüngste Beispiel ist eine Lehrübung "Ortskampf", die in Hammelburg während einer Bataillonskommandeurstagung vorgeführt wurde. Die Erfahrungen aus dieser Übung und ihr Verlauf werden auf 20 Seiten in der Zeitschrift "Wehrausbildung in Wort und Bild" Nr. 11/1974 dargelegt.
In der "Wehrausbildung" heißt es dazu, daß der Angriff "die Krönung der Ausbildung ist beim 'schwierigen' Thema 'Ortskampf' ". Schwierig deshalb, weil die Bundeswehr dabei nicht mit der Unterstützung des Volkes rechnen kann.

F.W., Soldaten- und
Reservistenkomitee Kassel/
Hessisch-Lichtenau

Material zum "Ortskampf" der Bundeswehr: "Wehrausbildung" Nr. 5/1970, Nr. 7/1970 (behandelt auf 38 Seiten den Orts- und Häuserkampf), Nr. 3/1971, Nr. 11/1974 sowie "Truppenpraxis" (Offizierszeitung) Nr. 6/1970.



Unterschriftensammlung im Standort Varel:

Soldaten unterstützen den Lohnkampf der Arbeiter

Varel. Die unten abgedruckte Resolution ging der KVZ aus Varel zu. Es ist eine Solidaritätserklärung, bisher unterschrieben von 21 Soldaten im Standort Varel. Die Soldaten weisen in dem Dokument daraufhin, daß sie nach Abschluß ihres Wehrdienstes wieder Arbeiter oder Angestellter sein werden, und daß sie diesen Lohnkampf unterstützen. Die Resolution wurde an die Gewerkschaftszeitungen "Metall" und "ÖTV-Magazin" zur Veröffentlichung verschickt. Die Resolution und die Unterschriftensammlung in den Einheiten ist ein gutes Mittel, um die politische Diskussion vom Standpunkt der Arbeiterklasse unter den Soldaten zu führen. – Im folgenden der Wortlaut der Resolution, die 21 Unterschriften liegen der Redaktion vor.

An die
Gewerkschaftszeitungen
"Metall"
"ÖTV-Magazin"

Varel, 12.2.1975

Liebe Kollegen!
Wir sind junge Panzergrenadiere in der Grundausbildung in Varel. Am 2.1.75 hat man uns den "grauen Rock" angezogen. Vorher haben wir in den Fabriken für die Kapitalisten gearbeitet, in den Büros den Schreibkram dieser Herren erledigt und einige werden wohl zur Zeit auf dem väterlichen Hof fehlen.

Mit dem Überziehen der Uniform wird uns mit Schritt und Tritt eingebleut, daß der Soldatenrock ein nationaler Rock ist. Wir sollen den Bestand der BRD nach innen und außen sichern. Wir sollen vergessen, was wir vorher waren, und was wir damit sichern. Wir wissen aber ganz genau, daß auf uns nichts anderes wartet als die Fabrik, das Büro. Wir werden wieder Lohnsklaven sein.

Wir fordern deshalb die Kollegen in den Metallbetrieben und im öffentlichen Dienst auf, daß sie an der Lohnfront nicht nachgeben. Die Angebote der Metallkapitalisten und des öffentlichen Arbeitgebers laufen bis jetzt darauf hinaus, den Lohnabhängigen dieser Bereiche eine Niederlage beizubringen. Ihr selber wißt, was dies bedeutet: weniger zum Leben, für die Kapitalisten ein Anreiz, noch frecher vorzugehen.
Wir, die unterzeichnenden Soldaten, sind daran interessiert, daß wir nach 15 Monaten kein beschnittenes Lohnniveau vorfinden. Die Kaserne trennt uns von Euch, wir möchten so unsere Verbundenheit mit Euch zum Ausdruck bringen.

Bauern gegen Übungsplatz

Vergangene Woche protestierten die Landwirte von Immenhausen-Holzhausen (Kreis Kassel) auf einer öffentlichen Veranstaltung gegen den geplanten Bau eines Truppenübungsplatzes in ihrem Ortsteil. Der Übungsplatz soll etwa 120 Hektar groß sein und seinen Standort auf den besten Ackerböden dieser Gemarkung haben.

Nach dem Flugzeugabsturz auf Kreta

Der Staat ist verantwortlich für die Hinterbliebenen

Unter dem Deckmantel der "Kameradschaft" (§ 12 Soldatengesetz) rief der stellvertretende Kompaniechef des 18. Fernmelderegiments 33 in Uetersen, Hauptmann Jans, am Mittwoch, dem 12. Februar, bei der Mittagsparole vor der ganzen Kompanie zu einer Spendensammlung für die Hinterbliebenen der auf Kreta abgestürzten Soldaten auf. Ausgegangen ist dieser Aufruf vom Leiter der 4. Luftwaffendivision in Aurich, General Franke. Die Sammlung ergab bei etwa 200 Soldaten und Unteroffizieren nur 150,50 DM.

Aber nicht deshalb, weil man meinte: Uns geht das nichts an, sondern weil fast alle sehr empört waren über so viel Dreistigkeit des Offizierskorps, von unserem ohnehin schon geringen Wehrsold, von dem ein Wehrpflichtiger kaum die Wochenendheimfahrten bezahlen kann, noch für die Angehörigen der abgestürzten Soldaten zu spenden. Abgesehen von den Dienstgraden und Zeitsoldaten gaben die meisten nur einige Groschen. Bei einem Zug ging sogar der stellvertretende Zugführer mit der von einem Offizier gehaltenen Mütze mit und kontrollierte, ob auch jeder etwas hineintat.
Hinterher wurde über diese Sache sehr viel diskutiert und man kam zu dem Ergebnis, daß es nicht unsere Aufgabe ist, die Hinterbliebenen zu unterstützen, sondern die des Staates. Außerdem ist die Begründung der Sammlung mit dem Argument der Kameradschaft sowieso eine Verhöhnung der Mannschaften, weil uns dadurch eingeredet wird, wir hätten gemeinsame Interessen mit den Offizieren. Aber die haben wir nicht, weil sie täglich gegen uns die Unterdrückung in der Kaserne durchführen. Daß dem Staat die Soldaten als Einzelne, besonders die Mannschaften, völlig gleichgültig sind, zeigt sich konkret an der Gesetzgebung. Witwen haben einen Rentenanspruch von höchstens 460 DM. Eltern von verstorbenen Soldaten 285 DM. Das bedeutet, daß Witwen von wehrpflichtigen oder kurzdienenden Zeitsoldaten gezwungen sind, arbeiten zu gehen, um ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Außerdem wird für die Beerdigung 750 DM gezahlt, was meistens nicht ausreicht.

Weitere Beispiele sind die vielen Toten und Verletzten auf Manövern oder Übungsschießen, die vorher von den Offizieren praktisch einkalkuliert werden und wo sie sich anschließend wundern, daß manchmal niemand verletzt wird.
Ausgehend von diesen und anderen Vorfällen müssen wir fordern, daß der Staat für eine ausreichende Versorgung der Hinterbliebenen aufkommen muß.

18./Fm Rgt J 33
Fliegerhorst Uetersen

Das Franco-Regime steht an der Wand

Große Streikkämpfe und Demonstrationen in Spanien/ Die Lage verändert sich rasch

Die Streikkämpfe und Protestaktionen der spanischen Arbeiterklasse und des spanischen Volkes breiten sich aus und werden von immer mehr Menschen getragen. Immer offensichtlicher wird: Das faschistische Franco-Regime ist vollkommen am Ende. Hier eine knappe Übersicht über die Lage, die sich rasch fortentwickelt.

In Katalonien streiken mehrereTausend Arbeiter. Ebenso im Baskenland; allein in der Provinz Bilbao sind es 8 000; in einer Metallfabrik in Bilbao selbst wurden rund 2 000 streikende Arbeiter fristlos entlassen. Seit Februarbeginn streiken rund 12 000 Kumpel des staatlichen Bergwerkunternehmens HUNOSA in Asturien, vergangene Woche wurden fast 5 000 Hauer ausgesperrt. In Madrid streiken mehrere Tausend Metall- und Bauarbeiter. Die Leitung der Kämpfe hat immer die von den Arbeitern gewählte Arbeiterkommission (Comision Obrera, C.O.). Immer mehr Fabriken und Städte, wo seit Jahren keine oder noch nie Kämpfe stattgefunden haben, werden in die Kämpfe miteinbezogen. Allen Streiks gemeinsam ist die Verbindung des Kampfes gegen die hohe Teuerung, für höheren Lohn und bessere Arbeitsbedingungen mit dem Kampf für politische Rechte und gegen die Terror- und Unterdrückungsorgane.

Die Streikkämpfe bleiben nicht auf die Fabriken beschränkt

Im größten Krankenhaus Madrids haben 300 Krankenschwestern im Kampf für höheren Lohn den Verwaltungstrakt besetzt.
Verwaltungsbeamte in den Ministerien und Behörden in Madrid haben für ihre Lohnforderungen Anfang Februar die Arbeit niedergelegt. 500 Ministerialbeamte des höheren und mittleren Dienstes haben einen offenen Brief an den Ministerpräsidenten Arias Navarro unterschrieben, in dem sie die Notwendigkeit unterstreichen, daß "die Lebensform sich künftighin nach demokratischen Prinzipien richten müsse". Sie fordern tatsächliche Wahl und Volkskontrolle.
Anfang Februar begannen die Schauspieler Madrids einen Streik für die Anerkennung ihrer neu gewählten gewerkschaftlichen Vertretung, da die offizielle Gewerkschaft seit zwei Jahren noch immer nicht die Forderungen nach besserer Arbeitszeit (zum Beispiel Wegfall von zwei abendlichen Aufführungen) und höherer Bezahlung (zum Beispiel Bezahlung der Proben) durchgesetzt hatte. 17 Kaffeetheater und alle 26 Bühnen wurden über eine Woche lang bestreikt.

Der Streik wurde abgebrochen, als die Erfüllung der Arbeitsforderungen zugesichert wurde. Die Anerkennung der gewählten Vertreter konnte nicht durchgesetzt werden.

Die aufrechte Haltung der Priester

Priester rufen im ganzen Land von den Kanzeln zur Unterstützung und Solidarität mit den Streikkämpfen auf. Sie werden dafür vom Regime mit Geldstrafen in bisher ungekanntem Ausmaß belegt – allein in Pamplona mit 5 Millionen Peseten (rund 225 000 DM) seit Jahresbeginn. Solche Summen können die meisten Priester nicht bezahlen und müssen dafür die Geldstrafe im Gefängnis absitzen, eine Praxis des Regimes, die erst recht umfassend und willkürlich gegen kämpfende Arbeiter und Antifaschisten angewandt wird.

Der obere Klerus steht auf der anderen Seite

Wo sie kann, versucht die kirchliche Hierarchie, geplante Solidaritätsgottesdienste zu verhindern, wie sie überhaupt bemüht ist, die Aktivitäten ihres Klerus zu behindern. Die Kommission bei der Bischofskonferenz "Justitia et Pax" hatte zur Unterstützung der Forderung nach Amnestie für alle politischen Häftlinge und Exilierten 160 000 Unterschriften gesammelt, von denen 2 000 Unterschriften von Offizieren stammen. Der Vorsitzende der Bischofskonferenz, der Erzbischof von Madrid, Tarancon, konnte in der Konferenz eine knappe Mehrheit dafür erreichen, daß er die Forderung und Unterschriften nicht namens der spanischen Bischöfe überreichen müsse, sondern stattdessen ein Gnadengesuch an das Regime für die politischen Gefangenen gerichtet werden sollte. Versammlungen von Nonnen und Priestern haben ihn nun gezwungen, nun auch die Forderung nach Amnestie dem Regime vorzutragen.

Solidaritätsaktionen der Studenten

An den Universitäten Spaniens tobt der Kampf der Studenten. Ihren Kampf für die Forderung nach Aufhebung der strengen Zulassungsverfahren (Selectividad) zum Studium und nach der freien Ausübung der politischen Rechte verbinden sie immer enger mit Solidaritäts- und Unterstützungsaktionen mit den Kämpfen der Arbeiter in den Fabriken, so zum Beispiel in Valladolid mit dem Kampf derArbeiter von FASA-Renault, in Barcelona mit dem Kampf der SEAT-Arbeiter.
Seit Mitte Januar wurden fast alle Universitäten bestreikt; der Streik ist total seit der Schließung der Universität Valladolid Anfang Februar für den Rest des Studienjahres, das erst Anfang Juli endet. Inzwischen wurden in weiteren drei Universitäten – Madrid, Barcelona, Sevilla – mehrere Fakultäten auf unbestimmte Zeit geschlossen.

Das Regime steht mit dem Rücken zur Wand

Mit massenhaften bewaffneten Polizeiaufgeboten, mit nächtlichen Razzien in Wohnungen, mit systematischen Folterungen aller Verhafteten auf den Polizeikommissariaten (vergleiche Süddeutsche Zeitung vom 15.2.75) versucht das Regime, die Kämpfe zurückzudämmen, Angst und Schrecken zu verbreiten. Ohne Erfolg. Die Breite der Aktionen, die Entschlossenheit der Kampfführung zeigen den festen Willen des spanischen Volkes, diesem Regime jetzt rasch ein Ende zu setzen.

Die Ultras um Blas Pinar, Führer faschistischer Schlägertrupps, Iniesta Cano, dem ehemaligen Leiter der Obersten Sicherheitsbehörde – sprich des Verfolgungs- und Unterdrückungsapparates – und eine Hand- voll solcher Typen mehr, flattern aufgeregt wie aufgeschreckte Hühner, wild nach einem Putsch der Militärs verlangend. Der Franco-Clan ist so entnervt, daß sich seine einzelnen Mitglieder nur noch untereinander angiften. Das Regime-Lager ist eine einzige Intrigen- und Gerüchteküche. Mehr und mehr ehemalige Anhänger und Funktionsträger des Regimes verlassen das sinkende Schiff. Ausdruck davon ist das dringende Bemühen des ehemaligen Informationsministers Fraga Iribarne um die Bildung einer Zentrumspartei (vergleiche KVZ Nr.4/75), wobei er mehr und mehr Zuspruch bei Fraktionen der Bewegung (Movimiento Nacional) und der Falange findet. Der Ministerpräsident Arias Navarro selbst und seine Taktierer lassen am deutlichsten erkennen, wie verfahren die Situation für das Regime ist, er ist ein typisches Beispiel dafür, wie die Politiker des Regimes versuchen, ihre Haut zu retten. Auf seine Politik der sogenannten Öffnung verzichtete er mit Rücksicht auf die Ultras, er opferte ihnen sogar mehrere Minister, dennoch fordern sie seinen Rücktritt. Wegen seiner Unterstützung des Prinzen Juan Carlos wird er vom Franco-Clan angefeindet. Mit Fraga Iribarnes Zentrum liebäugelt er und unterstützt die Aktivitäten gerade soviel, daß ihm eine zukünftige Mitgliedschaft nicht verbaut ist, er aber auch jetzt seine Ministerpräsidentenpfründe nicht verliert. Arias versucht, zwecks Zukunftssicherung auf allen Stühlen der Bourgeoisie-Fraktionen zu sitzen und sitzt überall dazwischen.

Der Sturz des faschistischen Regimes in Spanien kann bald sein, sehr bald. Unterstützen wir nach Kräften den Kampf der spanischen Arbeiterklasse für Demokratie und Sozialismus.

–K.S.–





Oben: Pamplona: Polizei im Einsatz gegen Streikende – Unten: Franco

Lohnkämpfe

Bergarbeiter streiken in Marokko

9 000 Bergarbeiter streiken in den Phosphatbergwerken 120 Kilometer südöstlich von Casablanca. Sie unterstützen damit die Lohnforderungen einer kleineren Gruppe von Kollegen, die bereits seit über zwei Wochen streikt.

Soweit bekannt, ist dies der erste große Streik der Arbeiter in den Phosphatgruben. Es ist überhaupt die erste größere Aktion der marokkanischen Arbeiterklasse seit 1968, wo sich alle Arbeiter im Industriezentrum Casablanca im Streik befanden. Dieser Streik wurde damals brutal von der königlichen Armee niedergeschlagen. Der Streik der Phosphatarbeiter ist eine klare Kampfansage an das königliche absolutistische Regime Hassan II. Wie man sieht, ist es trotz schärfster Unterdrückung und politischer Verfolgung diesem absolutistisch regierenden Monarchen nicht gelungen, die Arbeiterbewegung in Schach zu halten. Im Gegenteil: Unterdrückung und politische Verfolgung haben dazu geführt, daß sich die Fähigkeit der marokkanischen Arbeiter, den Klassenkampf zu führen, verbessert hat.

–g.j.–

Renault: 300 "angelernte Arbeiter" streiken

In den Renault-Werken in Boulogne-Billancourt (Paris) ist in der vergangenen Woche eine Abteilung von 300 Arbeitern in den Streik getreten. Die Arbeiter, die zur Kategorie der angelernten Arbeiter gehören, forderten eine Verbesserung ihrer Einstufung. Die Renault-Direktion hatte sofort mit der Aussperrung und Schließung der betreffenden Abteilung reagiert. Insgesamt 3 000 Kollegen sind dadurch vorübergehend auf die Straße gesetzt.

Inzwischen hat die Direktion eine Erhöhung des Stundenlohns um 13 Centimes (6 Pfennig) für die Streikenden zugegeben. Die Gewerkschaften CGT und CFDT empfehlen die Annahme.

Die Abstimmung erfolgte am Montag, das Ergebnis lag noch nicht vor.
Am Montag ist auch die Aussperrung aufgehoben worden. Durchgesetzt hat sich die Renault-Direktion, die an ihrem Einstufungssystem festhält, das besonders die "angelernten Arbeiter" – zu 80 % ausländische Arbeiter – benachteiligt gegenüber den französischen Facharbeitern. Einen ähnlichen Streik hat es 1973 gegeben; damals wurde erreicht, daß die gesamte Belegschaft aller französischen Renault-Werke – 100 000 Arbeiter – sich mit den angelernten Arbeitern solidarisierte und fast einen Monat streikte.

Lohnerhöhungen für die englischen Bergarbeiter

Die englischen Bergarbeiter sollen vom 1. März an Lohnerhöhungen zwischen 28 und 35 % erhalten. Das wurde zwischen der staatlichen Kohleverwaltung und der Bergarbeitergewerkschaft ausgehandelt. Das Ergebnis liegt jetzt den Kollegen zur Abstimmung vor.

Obgleich das Ergebnis ungewöhnlich hoch erscheint, reicht es tatsächlich nicht aus, um den Abbau des Reallohns im laufenden Jahr zu verhindern. Einmal ist darin eine bereits seit November vereinbarte Teuerungszulage von 4,40 Pfund (rund 25 DM) enthalten, zum anderen beträgt die jährliche Inflationsrate in England derzeit bereits mehr als 20 %. Was von den hohen Prozentzahlen also letzten Endes übrig bleibt, sind gut gerechnet 10 %. Das aber ist mehr als mager und wird die englischen Bergarbeiter dazu zwingen, in den kommenden Monaten den Kampf aufzunehmen, wenn sie im laufenden Jahr nur ihren Reallohn halten wollen.
So bleibt abzuwarten, ob die Bergarbeiter überhaupt dem Ergebnis zustimmen werden. Ihre Kampfkraft jedenfalls ist gewaltig, das haben sie in dem 6-wöchigen Streik vor einem Jahr gezeigt, mit dem sie damals die Regierung Heath zum Rücktritt zwangen.

–g.j.–

Arbeiterprozesse in Spanien:

Rücknahme der Strafen

Madrid. Am Samstag, dem 15.2.75, hat der Oberste Gerichtshof im Revisionsverfahren des sogenannten "Prozesses 1001" gegen 10 spanische Arbeiterführer die Strafen erheblich herabgesetzt.

Das Revisionsverfahren hatte am Dienstag, dem 11.2.1975, begonnen. Die im Dezember 1973 wegen "illegaler Vereinigung" und "Zugehörigkeit zu den Arbeiterkommissionen" (CC.OO.) zu Haftstrafen von 12 bis 20 Jahren Verurteilten begannen am selben Tag einen Hungerstreik für die Förderung nach Aufhebung des Urteils und sofortiger Freilassung. Sie verbanden dies mit der Forderung nach Amnestie aller politischen Gefangenen und Exilierten. Zur Unterstützung der Forderungen traten, laut Zeitungsmeldungen, in Spanien 100 000 Arbeiter und Angestellte in den Streik, in Madrid allein streikten die Arbeiter von 12 Metallfabriken und 24 Großbaustellen.

Die 12-jährige Haftstrafe wurde auf 2 Jahre und 4 Monate verkürzt. Da vier der 10 bereits 2 Jahre und mehr im Gefängnis gehalten worden waren, wurden sie am vergangenen Sonntag freigelassen. Die 20-jährige Haftstrafe, die der Arbeiterführer Marcelino Camacho bislang erhalten hatte, wurde auf 6 Jahre verkürzt.
Unter dem Druck der Massenaktionen und der aufmerksamkeit der internationalen Öffentlichkeit waren das Regime und seine Verfolgungsbehörden gezwungen, von den hohen Haftstrafen abzurücken.

–K.S.–

An die
Gewerkschaft ÖTV
Hauptvorstand
7 Stuttgart
Theodor-Heuss-Str.2

Institutsgewerkschaftsgruppe
der ÖTV
am MPI f. Kernphysik
69 Heidelberg
Postfach 103980
13. Februar 1975

Werte Kollegen!
Am 13.2.75 entnehmen wir der Presse, daß 10 spanische Arbeiterführer zu insgesamt 163 Jahren verurteilt werden sollen. Diese 10 Arbeiterführer sind demokratisch gewählte Arbeitervertreter und sie setzen sich für Freiheit der Gewerkschaften, Streikrecht und Versammlungsfreiheit ein. Wir fordern die Gewerkschaftsführung der ÖTV auf, alles zu unternehmen, um zur sofortigen Freilassung der Arbeiterführer beizutragen! Des weiteren fordern wir den Hauptvorstand der ÖTV auf, im ÖTV-Magazin die ÖTV-Mitgliedschaft über den berechtigten Kampf der spanischen Arbeiterklasse und des Volkes aufzuklären.
Wir, die Gewerkschaft der ÖTV, erklären unsere volle Solidarität mit den noch inhaftierten Arbeiterführern und allen, für deren Rechte sie kämpfen!

Mit kollegialen Grüßen
gez. i.A. Klaus Maier
Institutsgewerkschaftsgruppe

Betriebsbesetzungen in Belgien

Brüssel. Die Belegschaften mehrerer Glas- und Kristallwarenbetriebe haben den Kampf aufgenommen gegen die drohende Schließung. Sie haben ihre Betriebe besetzt. In der belgischen Glasproduktion vollzieht sich unter dem Einfluß französischer Konzerne derzeit wie in der Krise ein ungeheurer Rationalisierungs- und Konzentrationsprozeß. Das ist die Ursache für die Stillegungen. Die belgische Regierung hat es bisher nicht gewagt, mit Polizei gegen die streikenden Arbeiter vorzugehen. Sie versucht, mit den Gewerkschaften zu einer "Lösung" zu kommen.

Madagaskar
Hinter dem Putsch – die Imperialisten

Die Ermordung des Staatschefs von Madagaskar, Oberst Ratsimandrava, ist der Vollzug eines am 31. Dezember von den Imperialisten eingeleiteten Putsches, wodurch sie den strategisch wichtigen Inselstaat im Indischen Ozean vor der Südostküste Afrikas wieder unter ihre Kontrolle zu bringen hoffen. Sie haben sich dabei einer sogenannten "Mobilen Polizei-Gruppe" bedient. Diese Polizeitruppe ist von der Bundesrepublik aufgebaut und ausgerüstet worden. Nachdem jetzt nach der Ermordung Ratsimandravas der Oberst Andriamahazo an die Macht gekommen ist, hat sich die Polizeitruppe der regulären Armee ergeben, denn der neue Staatschef ist bekannt für seine Sympathien gegenüber dem südafrikanischen Rassistenregime. Er ist ein Mann der Imperialisten.

Folgendes ist geschehen: Am 31. Dezember hat die "Mobile Polizei-Gruppe" unter Führung des Obersten Rajaonarison einen Putsch versucht, der zunächst ohne Erfolg zu bleiben schien. Allerdings gelang es der Regierung nicht, die "Mobile Polizei-Gruppe" unter Kontrolle zu bringen: Die Truppe verschanzte sich in mehreren Forts auf der Insel. Anfang Februar trat dann der Staatschef Oberst Ramanantsoa zurück. Zuvor war bereits die gesamte Regierung am 25. Januar zurückgetreten. Als neuer Staatschef wurde daraufhin der Oberst Ratsimandrava eingesetzt, der dann fünf Tage später von Angehörigen der "Mobilen Polizei-Gruppe" ermordet wurde. Alle miteinander um die Macht rivalisierenden Oberste waren bereits Offiziere der französischen Armee und haben an den imperialistischen Kriegen Frankreichs gegen das vietnamesische und algerische Volk teilgenommen. Sie kamen kurz vor der Unabhängigkeit Madagaskars 1958 auf die Insel zurück. Die französischen Imperialisten hofften auf diese Offiziere, um ihren Einfluß zu sichern.

Der französische Einfluß

Der französische Einfluß ist auf der Insel nach wie vor groß. Es leben insgesamt über 60 000 Franzosen auf der Insel. Die französischen Kolonialisten haben den traditionellen Gegensatz, der unter der Bevölkerung auf Madagaskar bestand, für ihre Herrschaft ausgenutzt. Als sie die Insel in Besitz nahmen, wurde sie von der Grundbesitzeraristokratie des Binnenlandes, den sogenannten Merinas, beherrscht. Die französischen Kolonialisten haben gegen die ARistokraten den Aufstieg der an der Küste lebenden Handelsbourgeoisie befördert. Sie haben den politischen Vertretern der Handelsbourgeoisie (der "Sozialistischen Partei" unter Führung von Tsiranana) dann auch 1958 die Herrschaft überlassen und konnten dabei sichergehen, daß Madagaskar unter ihrem Einfluß verblieb. Madagaskar wurde Mitglied der sogenannten Franc-Zone, einer Gruppe von afrikanischen Ländern, die früher französische Kolonien waren und mit dem ehemaligen Kolonialland "besondere Beziehungen" vereinbarten.

Die Volksrebellion 1972

1972 haben in allen Landesteilen die Volksmassen – besonders die armen Bauern im Süden der Insel – gegen die elende Lage rebelliert. In den Städten der Insel kam es zu großen Unruhen. Gegen die Kämpfe der Massen wurden damals dieselben Polizeikräfte eingesetzt, die jetzt geputscht und den Staatschef ermordet haben. Damals hießen sie nur "Republikanische Sicherheitskräfte" und waren eine von den Imperialisten – besonders der Bundesrepublik Deutschland – ausgerüstete und ausgebildete Privatarmee des damaligen Staatschefs Tsiranana.

Den Volksaufstand konnten sie nicht niederschlagen, weil sich die reguläre Armee an die Spitze setzte. Die Regierung mußte abtreten und Oberst Ramanantsoa wurde Staatschef, er gehört den Merinas, den Grundbesitzern, an. Die Küstenbourgeoisie hatte die Macht verloren. Es erfolgte der Austritt aus der Franc-Zone, womit ein Schritt gegen den französischen Imperialismus getan wurde. Madagaskar hat seitdem seine Unabhängigkeit vom Imperialismus vergrößert, in enger Anlehnung an die gegenüberliegenden afrikanischen Staaten, besonders Tansania.

Der Einfluß der Unabhängigkeit von Mozambique

Seitdem klar ist, daß die Portugiesen ihre Kolonie Mozambique verloren haben, daß Mozambique unter der Führung der FRELIMO seine Unabhängigkeit gegen jede neokoloniale Lösung verteidigen wird, und seitdem immer klarer wird, daß Rhodesien als nächste Bastion des Imperialismus fallen wird, hat sich die Bedeutung Madagaskars als Insel im Indischen Ozean und als Stützpunkt für die Imperialisten enorm verstärkt. Madagaskar ist entscheidend für die Kontrolle der Schiffahrtslinien um das Kap der Guten Hoffnung herum. Diese Route wird von allen großen Tankern benutzt.

Die Imperialisten setzen derzeit alles daran, die Insel fest an sich zu binden. Sie scheinen – obwohl die unter ihrem Einfluß stehende "Mobile Polizei-Gruppe" sich inzwischen der regulären Armee ergeben hat – mit dem neuen Staatschef Andriamahazo vorläufig einen ihrer Männer an die Macht gebracht zu haben. Wie die fortschrittliche Zeitschrift "afrique-asie" schreibt, ist es das Bestreben dieses der Küstenbourgeoisie angehörenden Obersten, "die Beziehungen zu Südafrika wiederherzustellen und eng mit den Rassisten Südafrikas zusammenzuarbeiten, so wie das während des neokolonialen Regimes Tsirananas" vor 1972 der Fall war.

–g.j.–

USA bauten Kriegshafen aus

Washington. Pioniere der US-Marine sollen die Lagune der unter britischer Herrschaft stehenden Insel Diego Garcia im Indischen Ozean zu einem vollwertigen Kriegshafen ausgebaut haben, der auch Atomflugzeugträger und andere große Kriegsschiffe aufnehmen kann. Wie aus Militärkreisen in Washington am Montag verlautete, wurden die Bauarbeiten bereits im Januar abgeschlossen. Bisher konnte in die Lagune höchstens ein Kriegsschiff mittlerer Größe einlaufen. Wie es hieß, soll Diego Garcia nun das Rückgrat der amerikanischen Verteidigungsanstrengungen zur Kontrolle des Indischen Ozeans und die Zufahrt zum Persischen Golf bilden. Im Zuge dieser militärischen Expansion wollten die USA auch Atomunterseeboote auf der britischen Insel Masirah vor der Küste des Sultanats Oman stationieren.

Solidaritätsveranstaltung



Am 12.2.1975 fand in der Göttinger Stadthalle eine Festveranstaltung anläßlich des 6. Jahrestages der Demokratischen Front für die Befreiung Palästinas (FDLP) statt. Die Veranstaltung stand unter dem Motto "für die Errichtung der nationalen Volksherrschaft auf jedem Fußbreit befreiten palästinensischen Bodens" und "Die PLO ist die einzig legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes".

der nationalen Volksherrschaft auf jedem Fußbreit befreiten palästinensischen Bodens" und "Die PLO ist die einzig legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes".

Kissinger betrieb die Bombardierung Nordvietnams 1972

Kissinger selbst hat als US-Verhandlungsleiter bei den Verhandlungen mit den Vertretern des vietnamesischen Volkes 1972 in Paris den Befehl zu den Weihnachtsbombardierungen gegen Nordvietnam gegeben, bei denen die Städte Hanoi und Haiphon in Schutt und Asche gelegt wurden.

Dies geht aus einer Aussage des ehemaligen Nixon-Mitarbeiters Colson hervor, der im Zusammenhang mit der Watergate-Affäre zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt worden ist.

Kissinger telegraphierte damals an Nixon: "Beginnen Sie sofort wieder mit den Bombardierungen; diese Verrückten (gemeint sind die Vertreter des vietnamesischen Volkes) haben uns überrundet." Nixon forderte Kissinger zunächst zu Fortsetzung der Verhandlungen auf; 13 Tage später begannen die Bombardierungen. Es half ihnen jedoch alles nichts: Sie mußten die Bedingungen, die ihnen die Vertreter Nordvietnams und der Provisorischen Revolutionären Regierung Südvietnams im Interesse des ganzen vietnamesischen Volkes diktierten, am 27.1.73 doch unterzeichnen.

(Information aus: Le Monde vom 12.2.1975)

Verdoppelung der Flüge der US-Luftwaffe

In Reaktion auf die völlige Unterbrechung der Versorgungswege nach Pnom Penh zu Land und zu Wasser durch die Volksbefreiungsstreitkräfte, mußte die Regierung die Verdoppelung der Versorgungsflüge von Thailand nach Pnom Penh anordnen. Offiziell fliegen die C-130-Transporter jetzt 20 Flüge pro Tag. Bei jedem Flug können 15 t mitgenommen werden (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 13.2.). Diese Menge (täglich 300 t) deckt jedoch noch nicht die tatsächlich benötigte Menge von allein 600 t Munition pro Tag. Abgewickelt werden diese Versorgungsgeschäfte von angeblich privaten Fluggesellschaften, mit angeblich privaten Piloten. Diese sind jedoch genau so privat wie das Pentagon selbst. Je offener die US-Imperialisten eingreifen müssen, desto lächerlicher wird ihre Maskerade.

In Pnom Penh schreitet die

lächerlicher wird ihre Maskerade.

Südkorea
Südkorea

Reinfall des Park-Regimes

Am 12. Februar ließ der südkoreanische Präsident Park das Volk über die Verfassung des Landes abstimmen. Mit ihr wurden sämtliche demokratischen Grundrechte außer Kraft gesetzt (vgl. Frankfurter Rundschau vom 12. Februar). Der Präsident wurde auf unbegrenzte Dauer in seinem Amt bestätigt.

Diese Verfassung gibt die juristische Legitimation ab für die Einkerkerung von Tausenden politischer Häftlinge, gefoltert und ohne Aussicht auf ein Gerichtsverfahren. Jede Opposition gegen die Regierung Park wird auf ihrer Grundlage geahndet: mit Haftstrafen von über 15 Jahren wie im Fall des katholischen Bischofs Wonju, mit einem halben Dutzend Todesurteilen, mit dem Verbot oppositioneller Zeitungen wie erst jüngst im Fall der Tageszeitung "Dong A Ilbo" (Auflage: 500 000). Der wirtschaftliche Bankrott des Landes geht einher mit der völligen politischen Rechtlosigkeit der Bevölkerung.

Dennoch war abzusehen, daß das Referendum ein Reinfall für den Diktator Park ergeben würde. Mit dieser Art von "Vertrauensbeweisen" gibt es in Korea nämlich bereits Erfahrungen. Als Park die Verfassung verfügte, ergab sich z.B. im November 1972 "eine geradezu peinliche Mehrheit von 91,5 %" (Frankfurter Rundschau vom 12. Februar) an Ja-Stimmen. Wie damals wurde auch dieses Referendum vorbereitet durch ein Verbot jeglicher Art von öffentlicher Diskussion über die Volksabstimmung, wohingegen das Regime natürlich keine Gelegenheit zur Propaganda verstreichen ließ. Die Regierung ließ namhafte Vertreter der politischen Opposition vor der Abstimmung inhaftieren und setzte sie erst nach ihrem Ablauf wieder auf freien Fuß. Mitglieder regimegetreuer Rechtsorganisationen begannen frühzeitig, die politischen Gegner zu bedrohen und einzuschüchtern (vgl. Frankfurter Rundschau vom 12. Februar). Die Führer von Kommunalverbänden erhielten Schuhe und Bargeld, um den Kaufpreis einer Stimme für die Diktatur Park entrichten zu können.

Diese Volksabstimmung hat also nicht den Zweck gehabt, der Bevölkerung die reale Möglichkeit zu einer selbständigen Entscheidung zu geben, sondern sie hat im Grunde nur die Möglichkeit der Ja-Stimme übriggelassen, was aus dem Abstimmungstext auch hervorgeht.

Dies hat die politische Opposition Südkoreas einheitlich mit dem Aufruf zum Boykott beantwortet. Auch die Kirche hat diese Aktion unterstützt, und da auch für sie wie für die anderen Organisationen keine Rede- oder Pressefreiheit besteht, hat sie stattdessen das Mittel gefunden, am Tag der Volksabstimmung alle zwei Stunden die Kirchenglocken zu läuten, um die Bevölkerung zum Boykott aufzurufen. Da öffentliche Versammlungen ebenfalls nicht erlaubt sind, hat sie zum Besuch von Massengottesdiensten aufgerufen.

Wie sehr das Regime Park in die Enge getrieben ist, hat der Wahlausgang selber gezeigt. Trotz der massiven Einschüchterung betrug die Wahlbeteiligung nur 77 % – überdies Zahlen, die das Park-Regime ermittelt hat. Von diesen 77 % hat etwa ein Drittel offen gegen die Verfassung gestimmt. Allein in Seoul haben es mehr als 40 % gewagt, mit Nein zu stimmen. Dies ist ein deutlicher Erfolg für die fortschrittlichen Kräfte in Südkorea. Sie haben den Versuch der Diktatur vereitelt, sich der Weltöffentlichkeit nunmehr als demokratisch legitimierte Volksvertreter vorstellen zu können – ein demokratisches Mäntelchen, das gegenwärtig gerade von der amerikanischen Regierung dringend gebraucht wird, um dem Kongreß eine Erhöhung der Militärhilfe abzuringen. (Seit 1962 flossen bereits 4,5 Milliarden US-Dollar in die südkoreanische Armee.) Damit ist diese Volksabstimmung zum Beweis der Stärke des Park-Regimes zum Beweis seiner Schwäche geworden.

Ein Schritt vorwärts im Kampf des koreanischen Volkes für Unabhängigkeit und Demokratie.

dt., Frankfurt

„Südafrika-Tribunal"

Appelle an die Bundesregierung dienen nicht der Solidarität mit dem Kampf der Völker

Am 15. Februar veranstalteten die "Anti-Apartheid Bewegung" der BRD, die vorwiegend von kirchlichen Organisationen und SPD-Gruppierungen gestützt wird, und das von der DKP gegründete "Antiimperialistische Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika" in Bonn ein "Tribunal gegen Kolonialismus und Apartheid im Südlichen Afrika". Eingeladen waren Vertreter mehrerer Befreiungsbewegungen, die über das unterdrückerische Apartheidsystem und die Verbrechen des Kolonialismus in ihren Ländern zu berichten hatten.

So wurden Beiträge gehalten vom "African National Congress" von Südafrika und der SACTU, dem Dachverband der schwarzen Gewerkschaften in Südafrika, von der ZANU und ZAPU, zwei Befreiungsorganisationen aus Zimbabwe, und von der SWAPO, der Befreiungsorganisation von Namibia.

Als Sachverständige über zum Beispiel völkerrechtliche Fragen, über die Verletzung der Menschenrechte im südlichen Afrika und die Verstöße gegen UNO-Beschlüsse gegen Südafrika und Rhodesien und über Auslandsinteressen im südlichen Afrika traten verschiedene Personen auf. Zur Auflockerung des Programms wurden zwei Filme gezeigt: Der eine Film wurde von der südafrikanischen Botschaft, gedacht als Gegendarstellung, der andere war eine Tonbandschau über eine kleine "Outspan"-Apfelsine, die zwar über ihre Heimat Südafrika berichten aber nichts gegen die dort herrschende Unterdrückung und Ausbeutung unternehmen kann.

Anwesend waren zirka 400 bis 500 Menschen. Das Tribunal wurde trotz großem Kostenaufwand nur im kleinen Kreis propagiert und aus den Teilnehmerlisten ging hervor, daß vorwiegend Mitglieder der veranstaltenden Organisationen oder ihnen nahestehender Organisationen anwesend waren.

Der Ablauf des Tribunals war so, daß man sich über die schlimmen Zustände im südlichen Afrika und die Unterstützung der rassistischen Siedlerregimes durch westliche Regierungen und Konzerne informieren konnte. Es wurde aber kein Wort darüber verloren, wie die Völker im südlichen Afrika den Kampf gegen ihre Feinde erfolgreich ausgeführt haben.

Nur Rex Chiwara, Vertreter der ZANU, hat seine Ungeduld mit dieser Art von Veranstaltung zum Ausdruck gebracht und den Rahmen des Programms gesprengt, indem er von den tatsächlichen Kämpfen und Erfolgen seines Volkes berichtet hat. Zum Schluß wurden einige Worte über die Notwendigkeit der internationalen Solidarität gesagt und eine Resolution für die Freilassung der Gefangenen im südlichen Afrika als Appell an die Bundesregierung und den Bundestag, sich dafür einzusetzen, per Akklamation verabschiedet. Eine Diskussion wurde nicht zugelassen.

Eine Diskussion aber wäre gerade hier notwendig gewesen. Wie soll das wohl gehen, die Gefangenen der südafrikanischen Siedlerregimes mit Appellen an den Bundestag und an die Bundesregierung zu unterstützen? Wo doch bereit bekannt ist, daß die Bundesregierung und die westdeutschen Kapitalisten voll und ganz hinter dem Siedlerregime und seiner Rassenpolitik stehen und zum ersten Handelspartner des Vorster-Regimes geworden sind?

Wer sich mit dem Kampf der Völker im südlichen Afrika gegen Kolonialismus, Rassismus, Imperialismus und Neokolonialismus solidarisiert, der wird gerade hier gegen die Unterstützung der Siedlerregimes durch die Bundesregierung Front machen. Das zu erklären, davon fehlte den Veranstaltern offenbar der Mut oder die politische Klarheit.

–H.B.–

In Pnom Penh schreitet die Revolution fort

Seit Beginn der Offensive der Volksbefreiungskräfte von Kambodscha (FAPLNK) werden in Pnom Penh immer wieder Massen von Flugblättern, besonders von den Jugendlichen, in der Stadt verteilt. Am 18. Januar verteilten sie zum Beispiel ein Flugblatt mit folgendem Inhalt, überall in den Armenvierteln, in den Vororten, im Zentrum, auf den großen Straßen, an denen die Wohnblocks liegen und vor und in den Pagoden:

"Wir sind entschlossen, uns nicht für den Kriegsdienst einziehen zu lassen, um an der Stelle der Verräter zu sterben. – Wieder mit dem militaristischen, diktatorischen, faschistischen Regime der Lakaien der amerikanischen Imperialisten in Pnom Penh! – Die Verräterbande ist geschlagen und in die Enge getrieben. Vereinigen wir uns, um Schluß zu machen mit der Lon Nol-Verräterbande! Machen wir Schluß mit all unseren großen Unglück und Leiden! Unsere Volksarmee greift von außen an. Wir, Bevölkerung der Stadt, müssen unsere Aufgabe erfüllen. Unsere Aufgabe besteht darin, zu kämpfen, daß die Verräter fallen, im Hinblick darauf, daß Pnom Penh sich bald als befreit wird wie ganz Kambodscha, unser heiß geliebtes Vaterland! Wir werden siegen!"

(Aus: Bulletin d' Information No 150/75, herausgegeben von der Mission der GRUNK in Paris)

Die amerikanische Zeitung International Herald Tribune vom 13.2. meldet, daß auf dem Mekong zwischen dem 20.1. und 6.2. 55 Schiffe versenkt wurden. Außerdem meldet sie, daß die Befreiungsstreitkräfte erstmals ein 155-mm Geschütz erbeutet haben, das Treffsicherheit bis zu einer Entfernung von 9 Meilen (rund 15 km) ermöglicht.

die französische Zeitung Le Monde vom 14.2. meldet die Einnahme von Dey-Dos, einem weiteren strategisch wichtigen Mekong-Stützpunkt, 45 km vor Pnom Penh.

Die Errungenschaften der kambodschanischen Revolution

Ein Dorf, das früher selten Wasser hatte, kann heute zwei Reisernten jährlich einbringen

Die bürgerliche Presse in Westdeutschland entfacht derzeit aufs neue ihre Hetze gegen den kambodschanischen Befreiungskampf. Zum Zielpunkt ihrer Angriffe macht sie den Aufbau in den befreiten Gebieten unter Führung der Nationalen Einheitsfront von Kambodscha (FUNK) und der Königlichen Regierung der Nationalen Einheit von Kambodscha (GRUNK). Die 'Frankfurter Allgemeine Zeitung' schreibt zum Beispiel am 11.2.: "... *Zum Entsetzen der Landbevölkerung entpuppten sich ihre eigenen Landsleute als brutale Regenten, die begannen, das individualistisch ausgerichtete Dorfleben zu kommunisieren und alles Eigentum zu sozialisieren".* **Der folgende Bericht, den die Nachrichtenagentur der GRUNK am 21. Januar verbreitete, zeigt die landwirtschaftliche Entwicklung des Dorfes Phong seit der Befreiung von der Herrschaft des US-Imperialismus und seiner Lon Nol-Clique. Dieser Bericht ist zugleich ein Dokument, wodurch alle Behauptungen der bürgerlichen Presse als das entlarvt werden, was sie sind: unverschämte Lügen, um Verwirrung zu stiften und die Errungenschaften der Revolution in Kambodscha zu verleumden.**



Ein Bewässerungskanal wird gegraben

"Das Dorf Phong im Westen des Bezirks Kong Pi Sei der Provinz Kompong Speu liegt in den Bergen und verfügt zugleich über Flächen für den Reisanbau. Die Berge umgeben es von drei Seiten: von Süden, Westen und Norden. Die Reisanbauflächen beginnen dagegen in der Mitte der Gemeinde und erstrecken sich bis ganz in den Osten, bis zu den Ortschaften Rorka Thom, Kat Phhuk und Basset.

Der Boden ist von unterschiedlicher Qualität, in bestimmten Ecken sind die Felder ziemlich fruchtbar, in anderen sind sie unfruchtbar. Am Fuß der Berge sind die Böden mittelmäßig.

Das Wasserproblem wird gemeinsam gelöst

Das Gebiet der Gemeinde liegt in der Sonne und litt früher unter Trockenheit und Wassermangel, einerseits wegen der Berge und andererseits wegen der Ebene. Die Wasserfluten, die während des Regens aus der Höhe der Gipfel in östlicher Richtung, auf Rorka Thom zu, herunterstürzten, bildeten Hindernisse für die Produktion. Die Bewohner lebten im Elend, es gelang ihnen nicht, sich das ganze Jahr über selbst zu versorgen. Nach der Befreiung hat die unter der gerechten Führung des örtlichen Komitees der FUNK die von der Bevölkerung ausgelöste Bewegung für den Bau zahlreicher Deiche, Kanäle, Gräben und Seen jeder Größe einen kräftigen Aufschwung genommen.

Auf dem Gebiet der Gemeinde sind drei Deiche gebaut worden, wodurch jeweils Stauseen entstanden sind mit einer Oberfläche von je 1qkm. Außer diesen Stauseen haben die Bewohner eine große Zahl von kleineren Becken, Schächten und Gräben gegraben, die zu einem richtigen Bewässerungsnetz werden und wodurch das Wasser bis zu den entferntesten Reisfeldern geleitet wird. Mit diesem Bewässerungssystem haben die Bewohner tatsächlich die Landschaft ihrer Gemeinde umgewandelt.

Die Landschaft, die ursprünglich dürr und kahl war, die schwer unter Wassermangel litt, ist mit einer Reihe von großen und hervorragenden Anstrengungen so umgewandelt worden, daß sie jetzt für die landwirtschaftliche Bebauung günstig ist, denn nun bringen die Bewohner dort jährlich zwei Reisernten ein! Sie haben dort gute Erfolge im letzten Jahr während der Regenzeit gehabt!

Augenblicklich beginnen die vollen, schweren Reisähren auf den riesigen Feldern gelb zu werden. Mit großem Eifer und peinlicher Genauigkeit machen sich die Bewohner an die Ernte, an das Dreschen und das Einfahren des ungeschälten Reises. Zugleich haben es die Solidaritätsgruppen mit der Produktion in den Dörfern nicht an Einsatz fehlen lassen und große Anstrengungen vollbracht im Anbau der hauptsächlichen Gemüsearten wie auch bei der Aufzucht von Geflügel und Rindvieh, so daß sich die Zahl der Tiere stetig vermehrt.

Mit diesen schönen Erfolgen können sich die Bewohner der Gemeinde Phong nicht nur selber ausreichend mit Lebensmitteln versorgen, sondern sogar materiell die Front und jene Menschen unterstützen, die aus der Herrschaft der Verräter fliehen und in die befreiten Gebiete kommen. Hand in Hand mit den Ernte- und Drescharbeiten erübrigen die Bewohner einen Teil ihrer Kräfte für den intensiven Reisanbau während der Trockenzeit.

Die Organisation bei der Arbeit – Grundlage des Erfolgs

Kurz, die Bewegung für die Intensivierung der Produktion entwickelt sich stürmisch in der Gemeinde. Junge und Alte, Männer und Frauen haben sich zusammengeschlossen und in zahlreichen Gruppen organisiert, entsprechend ihren verschiedenen Aufgaben. Zum Beispiel gibt es eine Gruppe von Frauen, die ständig die Deiche bewacht, damit der gute, solide Zustand gesichert bleibt und damit die ersten, unumgänglichen Reparaturen sofort ausgeführt werden können, wenn sie notwendig werden. Andere Gruppen sind mit dem Bau neuer Deiche, Kanäle, Becken und Schächte beschäftigt oder mit dem Einbringen der Ernte, dem Dreschen des Reises der Regenzeit oder mit dem Anbau des Reises der Trockenzeit.

Übrigens, Gruppen von Kindern beschäftigen sich freiwillig mit leichten Aufgaben: sie pflegen das Gemüse, geben den Schweinen zu fressen und hüten das Rindvieh. Auch die Bonzen haben sich freiwillig der Bewegung angeschlossen, für die alle Einwohner begeistert ihre Kräfte einsetzen, um sich auf einer höheren Stufe zu Herren des Wasserproblems zu machen. Die bedeutenden Erfolge, die von den Bewohnern der Gemeinde erreicht worden sind, sind stark geprägt von der Linie, die von der FUNK für die Intensivierung der Produktion vorgeschlagen wurde. Aber weit entfernt davon, sich mit all dem zufrieden zu geben, sind die Bewohner entschlossen, weiter den Kampf zu führen, um sich vollständig und in jeder Hinsicht zu den Herren des Bewässerungsproblems zu machen, um jährlich drei Reisernten einzubringen, um das nächste Jahr die Produktion zu verdoppeln."

(Aus: Bulletin d' Information Nr. 190/75, herausgegeben von der Mission der GRUNK in Paris, übersetzt durch die Redaktion)



Die Begeisterung der kambotschanischen Volksmassen: In großer Solidarität nehmen die Massen teil an der Bewegung zur Lösung des Wasserproblems und der Bewässerung der Felder

Vier Fünftel Vietnams sind befreit

Das befreite Gebiet erstreckt sich in einem Stück von Quang Tri im Nórden bis Ca Mau im Süden

'Was ich nicht anerkennen kann, darf es nicht geben.'

Nach diesem Motto hat Thieu immer wieder die Existenz der Provisorischen Revolutionären Regierung (PRR) geleugnet und die Tatsache, daß diese Regierung über eine eigene Verwaltung und ein eigenes Gebiet (heute 4/5 von Südvietnam) mit zahlreichen, dichtbevölkerten Regionen verfügt.

Genau das gleiche Ziel verfolgen die US-Imperialisten und ihre Lumpenpresse, wenn sie von dieser Regierung als "den Vietcong" sprechen oder sie als 'Nordvietnamesische Agenten' hinzustellen versuchen. Die Geschichte des Vietnamkrieges selbst widerlegt diese Lügen:

1954 mußte die französische Kolonialmacht – geschlagen bei Dien Bien Phu – im Genfer Abkommen dem vietnamesischen Volk seine nationalen und demokratischen Rechte zugestehen und dessen Selbstbestimmungsrecht anerkennen. In ganz Vietnam sollten 1956 allgemeine Wahlen stattfinden und eine gesamtvietnamesische Regierung gebildet werden.

Die US-Imperialisten sabotierten dies und setzten damals den Diktator Diem ein. Dabei war es ihr Ziel, von Südvietnam aus sich ganz Vietnam zu unterwerfen. Die im Genfer Abkommen als provisorische Truppenrückzugslinie festgelegte Demarkationslinie – bis zur Durchführung dieser Wahlen der 17. Breitengrad – erklärten die USA zur 'Staatsgrenze'.

In den Jahren 1959–1969 stellte sich diesem aggressiven Akt ein allgemeiner Volksaufstand entgegen. Aus ihm heraus wurde die Nationale Front zur Befreiung Südvietnams (FNL) und die Volksbefreiungskräfte (PLAF) gebildet, die von nun an die Führung im Kampf gegen die US-Aggression übernahmen.

Gleichzeitig wurden in den bereits befreiten Gebieten die autonomen Verwaltungskomitees des Volkes gebildet, deren Aufgabe die Koordinierung der Produktion, der medizinischen **Versorgung, der kulturellen** Entwicklung und der Kampf gegen die amerikanische Aggression war.

Die wachsende Stärke des Widerstandes und die Festigung dieser neuen Machtstrukturen des Volkes konnte auch der Einfall von 500 000 GIs und der Aufbau einer über 1 Millionen Mann starken Marionettenarmee und selbst die totale Entfachung des Bombenterrors durch die USA nicht aufhalten.

Im Gegenteil. Während der Tet-Offensive im Jahre 1968 gelang es der FNL und den Volksbefreiungsstreitkräften den Großteil des Saigoner Machtapparates, der von US-Imperialisten geschützt wurde, zu zerschlagen und den Großteil des Südens vorübergehend zu befreien.

Auf Grundlage dieses Erfolges wurde vom 6.-8. Juni 1968 ein Volkskongreß in den befreiten Gebieten einberufen und die Provisorische Revolutionäre Regierung gebildet.

An diesem Kongreß nahmen neben Vertretern der FNL und der während der Tet-Offensive gebildeten "Allianz der Nationalen, Demokratischen und Friedenskräfte" (die Widerstandsorganisation der Bevölkerung in den Städten unter Saigoner Kontrolle) 88 weitere Organisationen und Parteien der verschiedensten sozialen, religiösen und nationalen Zusammenschlüsse teil.

Seit dieser Zeit nimmt die PRR die Staatsfunktionen im Bereich der Innen- und Außenpolitik wahr und vertritt heute die südvietnamesische Bevölkerung in ihrem Kampf gegen die US-Imperialisten und ihre Marionetten auch auf internationaler Ebene. Sie ist eine der vier Unterzeichnenden des Pariser Friedensabkommens, in dem das vietnamesische Volk den US-Imperialisten und ihren Saigoner Statthaltern vor aller Welt zur Anerkennung seines Rechtes auf nationale Unabhängigkeit und Selbstbestimmung gezwungen hat.

Die Verwaltung der Provisorischen Revolutionären Regierung erstreckt **sich auf vier Fünftel Südvietnams.** Im folgenden ein Bericht über die Aufbauerfolge im Gebiet der PRR seit Unterzeichnung des Pariser Abkommens vor zwei Jahren:

Bericht über die befreiten Gebiete

"Die Saigoner Presse gibt gut die jämmerliche Situation wieder in den Gebieten unter der Kontrolle Saigons: 500 000 Verwundete und Kriegsinvaliden sind ohne Arbeit, 500 000 Prostituierte, 3 Millionen Menschen sind von Geschlechtskrankheiten befallen, mehr als 130 000 sinu drogensüchtig, 50 % davon sind noch Kinder und 40 % sind Jugendliche. Schlimmer noch: die Hungersnot grassiert und breitet sich aus, selbst in Saigon.

Dagegen hat sich das befreite Gebiet unter der Kontrolle der Provisorischen Revolutionären Regierung unaufhörlich konsolidiert und entwickelt in jeder Hinsicht trotz der großen Schwierigkeiten im Gefolge des Krieges. Die Lebensbedingungen der Bevölkerung haben sich ständig verbessert. Alle Kinder im schulpflichtigen Al ter gehen zur Schule enorme Anstrengungen sind gemacht worden im Bereich der öffentlichen Gesundheitsversorgung, Aktivitäten auf kulturellem und sportlichem Gebiet werden selbst im kleinsten Dorf entwickelt.

Das befreite Gebiet in Südvietnam umfaßt vier Fünftel des gesamten Territoriums. Es erstreckt sich in einem Stück von Quang Tri bis zur Spitze Ca Mau. Allein die östliche Zone Nam Bo (ungefähr die 3.Militärregion in der Sprache der von Saigon) umfaßt 40 000 qkm. Sie enthält strategisch wichtige Gebiete, große Flächen an fruchtbarem Boden und reichen Naturschätzen. So befinden sich von den insgesamt 140 000 Hektar Gummipflanzungen 100 000 Hektar im Bereich des befreiten Gebietes. Zur gegenwärtigen Stunde besteht die revolutionäre Verwaltung in 6 Zonen, 44 Provinzen, 6 großen Städten, in mehr als 200 Provinzhauptstädten, Kreishauptstädten oder Marktflecken und in mehr als 2 500 Dörfern.

Der wirtschaftliche Wiederaufbau

Im Bereich des wirtschaftlichen Wiederaufbaus sind ermutigende Erfolge während der letzten 2 Jahre erreicht worden. Heute sind 2 500 000 Hektar Ackerland in den befreiten Gebieten bewirtschaftet. Die Anbaufläche für Reis und Trockenkulturen ist während der ersten Hälfte des Jahres 1974 um 50 % gestiegen im Vergleich zur ersten Hälfte 1973. In der westlichen Zone von Nam Bo (Mekongdelta), betrug das im Jahr bewirtschaftete Ackerland 1 150 000 Hektar. Zur selben Zeit wurden 30 000 Hektar Gummipflanzen wiederhergestellt, die Bewirtschaftung von weiteren Tausenden von Hektar erfolgt. Im Zentrum des Gebietes sind 5 Millionen Zimtpflanzen angepflanzt worden (22 Länder haben der Provisorischen Revolutionären Regierung Aufträge zur Lieferung von Zimt erteilt).

Erfolge im Erziehungswesen und in der medizinischen Versorgung

Aber das, was die Bevölkerung am meisten schätzt, das sind die beträchtlichen Anstrengungen auf dem Gebiet der Erziehung, der Kultur und der öffentlichen Gesundheitsversorgung. **Seit der Unterzeichnung des Pariser Abkommens sind mehr als 2 000** neue Schulen eröffnet worden, so daß alle Kinder im schulpflichtigen Alter eingeschult werden können. Internate wurden sogar organisiert für jene Kinder, deren Familien in den Saigoner Gebieten leben.

Jeder kleinste Ort besitzt seinen Gesundheitsposten, jeder Kreis eine Poliklinik und jede Provinz ein Krankenhaus. In den Zonen und auf der zentralen Verwaltungsebene bestehen zahlreiche Krankenhäuser, die gut ausgerüstet sind und über ausgebildetes Personal verfügen. Die umfassende medizinische Versorgung ist für die Bevölkerung vollkommen kostenlos. Dank der Versorgungsmaßnahmen und der systematischen Vorsorgeuntersuchungen gibt es in dem befreiten Gebiet seit 2 Jahren keine Seuchen mehr. Malaria, eine Seuche, die es fortwährend gab, ist zu 80 % verschwunden. Aber auf Dauer gesehen, ist die Lage nicht weniger gefahrvoll. Der "Friedensnobelpreisträger" Kissinger bedroht derzeit alle Himmelsrichtungen, und der sich fortsetzende Krieg kann zum Springpunkt neuer Weltbrände dienen.

Die Regelung der inneren Probleme Südvietnams

Die Provisorische Revolutionsregierung erneuert ihre Vorschläge zur Regelung der inneren Probleme Südvietnams in einem Weisbuch, das sie am 24. Januar veröffentlicht hat: ***Die Regierung der Vereinigten Staaten muß vollständig und endgültig jedes militärische Engagement und jede Einmischung in die inneren Angelegenheiten Südvietnams einstellen, sie muß aus Südvietnam das gesamte militärische Personal, das als ziviles verkleidet ist, zurückziehen, wie es der Vertrag von Paris verlangt.***

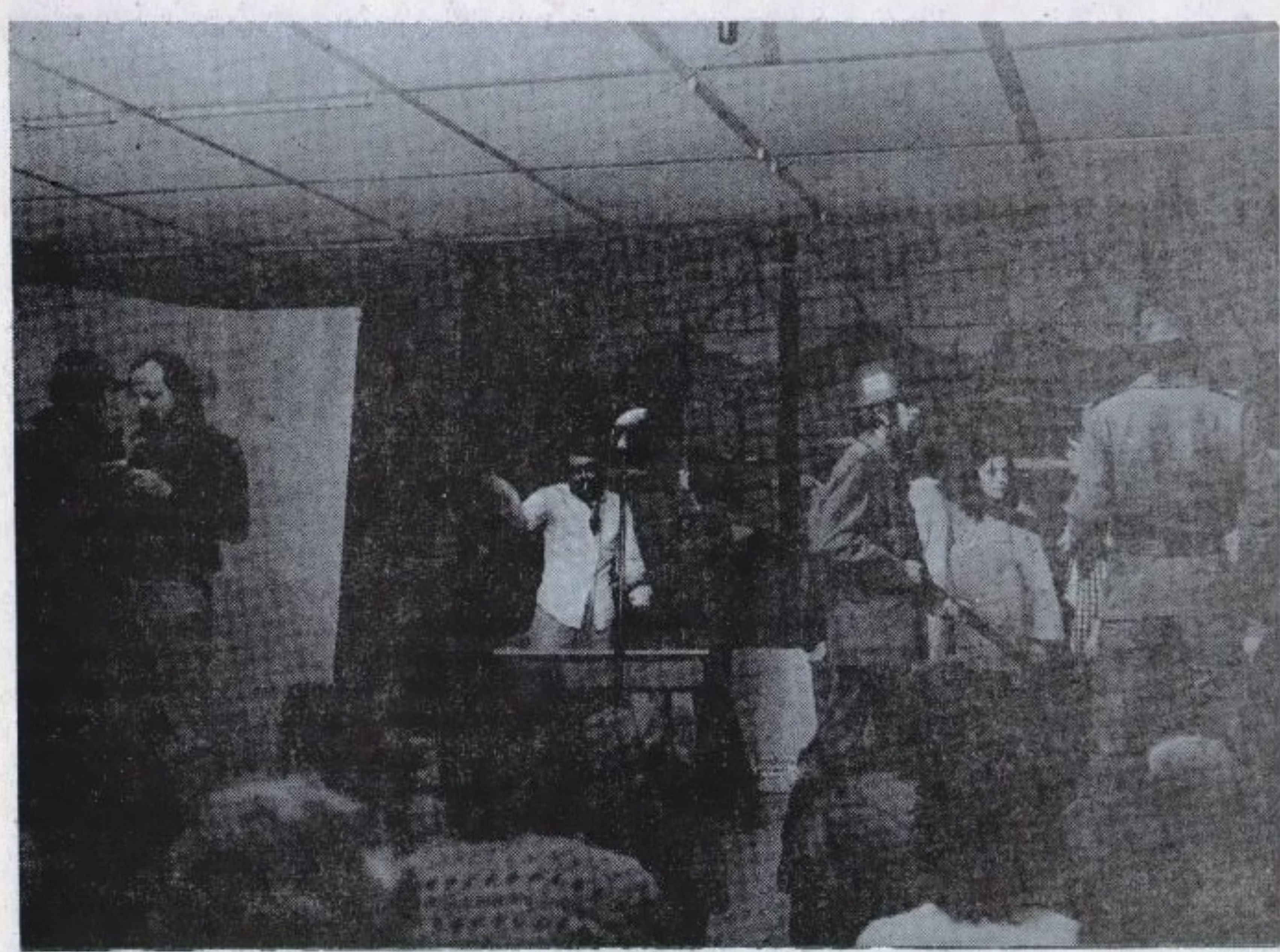
Nguyen Van Thieu und seine Männer, die das Haupthindernis für eine Regelung der politischen Fragen in Südvietnam sind, müssen zum Rücktritt gezwungen werden, und in Saigon muß im Interesse des Friedens und der nationalen Eintracht eine Verwaltung gebildet werden, die bereit ist, den Vertrag von Paris sorgfältig auszuführen.

Die Provisorische Revolutionsregierung ist bereit, Gespräche mit einer solchen Verwaltung aufzunehmen, um zügig die Fragen Südvietnams zu lösen. Und nur eine solche Verwaltung wird wirklich mit der Provisorischen Revolutionsregierung verhandeln können, um die Bestimmungen des Pariser Abkommens zu verwirklichen.

Der Kampf für die Anwendung des Pariser Abkommens kann lang, schwierig und kompliziert sein, aber der Sieg wird an die Bevölkerung von Südvietnam fallen."

N.F., Indochinakomitee Heidelberg

(Der Bericht über die Erfolge der PRR i st aus der Zeitschrift "Afrique Asie", Nr. 76, S.34, La Guerre de Thieu continue (Schluß), Übersetzung durch die Redaktion.)



Beginn der Szene über das "strategische Dorf"



Schlußteil dieser Szene: Das Lied vom "Fisch im Wasser" wird gesungen

Wer Wind sät, wird Sturm ernten !

Szene "strategisches Wehrdorf" aus dem Vietnam-Theaterstück der Musik- und Theatergruppe Heidelberg

1 Sprecher, 3 Söldner, 1 Reisverkäufer, 1 Fischer, 4 bis 7 Bauern

Szenenbild: *Bühnenbild, auf dem eine verwüstete Kraterlandschaft zu sehen ist, wüstenartig, unfruchtbar, mit verbrannten, abgeschnittenen Baumstümpfen. Quer durch oder aggressiv in die Szene ragend ein Stacheldraht (gemalt), Element eines Wachtturmes mit drohenden Kanonenrohren.*
Auf der Bühne in der Mitte schräg gestellt ein Tisch, dahinter ein Sack, halbvoll, wo "Reis" draufsteht, ein anderer mit "Brot für die Welt" drauf. Hinter dem Tisch ein Reisverkäufer. Während ein Sprecher erläutert, was strategische Dörfer sind, lebende Schutzwälle um die Festungen des Thieu-Regimes herum, sieht man eine Menschenschlange vor dem Reisverkäufer, der von Thieu-Soldaten vor dem Zorn der Bauern beschützt wird......
Ein Fischer kommt von links auf die Bühne, müde, erschöpft, geht langsam. Hosenbeine hochgekrempelt, Korb in der Hand. Er wischt sich den Schweiß von der Stirn. Die Söldner kommen stracks auf ihn zu, der rechte hinten stehende faucht den Fischer an:
Söldner: Wo kommst Du her? Zeig' Deinen Ausweis, los, los.
(Der Ausweis erscheint als Dia an der Wand: Verbrecherbilder, 10 Fingerabdrücke. Der Fischer zeigt den Ausweis, der Söldner beschaut ihn ganz genau, vergleicht das Bild mit dem Fischer, gibt den Ausweis zurück, und stürzt sich auf den Korb.)
Söldner: Und was hast Du da in dem Korb? Aahhh ... 1, 2, 3, , 5 Stück! Du kommst also aus der Nachbarprovinz, wo der Fluß ist. Also zahlst Du jetzt die *(er überlegt)* Provinzimportsteuer und die Steuer für einheimische Produkte, das macht ein Fisch . ...
Er nimmt den Fisch raus. Währenddessen ist der Obersöldner herangeschlendert, tritt von hinten an die beiden ran. Beim letzten Wort des Söldners schnappt er sich aggressiv den Korb, holt zwei Fische raus und faucht den Fischer an:
Obersöldner: . . . und natürlich zwei Fische als Steuer für die Armee, die euch hier vor den Kommunisten schützt!
Er läßt den Korb verächtlich fallen. Der Fischer hebt den Korb auf und ruft dabei hinter den Söldnern her: Ihr Räuber, ihr Banditen!
Er wendet sich dann zum Publikum, wütend, nicht mitleiderregend:
10 Stunden habe ich am Fluß gefischt, um für meine Familie und mich was zu essen zu besorgen. Nur 5 Kilo Reis bekommen wir im Monat von der Regierung, auch den kann ich oft nicht bezahlen. Was soll ich machen? Meine Familie ist am Verhungern, wie viele Menschen in diesem Lager. Und jetzt habe ich den ganzen Tag gearbeitet, Fische auf dem Weg hierher als Wegsteuer bezahlt, 3 hier von diesen Banditen geraubt! Steuern? Ich nenne das Ausplünderung! Und der Schutz durch diese Armee – das ist Unterdrückung! Diese Regierung und diese Armee wollen wir nicht!
Bei dem Wort "Ausplünderung" werden die Söldner aufmerksam, bei dem Wort "Unterdrückung" geht der Obersöldner auf ihn zu und brüllt:
Obersöldner: Halts Maul, Du unverschämter Verbrecher! Wer so redet, wie Du, der ist gegen die Gesetze.
Der Obersöldner nimmt den Fischer am Arm, macht Bewegung des Wegziehens, Fischer stemmt sich daggegen, hebt die rechte Hand und ruft den Leuten aus der Schlange, die sich zu dem Ereignis vorne wenden, zu:
Fischer: Brüder! Für unsere Freiheit! Vertreibt die Unterdrücker!
Der Fischer wird jetzt in den Polizeigriff genommen und abgeführt. Die Leute wollen das verhindern, werden von dem Söldner 2 mit vorgehaltenem Gewehr zurückgehalten. Die Leute, erregt, treten etwas vor zum folgenden Dialog. Während des Dialogs gehen mit Abstand nacheinander die beiden Söldner von links nach rechts vorne über die Bühne – Patrouille, mit geschultertem Gewehr.

1.: So geht das nun jeden Tag! Wir bekommen jeden Tag weniger Reis, den wir jeden Tag teurer bezahlen müssen! Unsere Kraft schwindet immer mehr, die Kinder und alten Leute verhungern.
2.: Und die korrupten Lieferanten, die bereichern sich noch daran! *(zeigt wütend auf den Comic-Heft lesenden Reisverkäufer)*
1.: Verdienen können wir hier auch nichts zum Leben, denn hier gibt es nichts anzubauen. Wir sind doch Bauern und Fischer, aber wir werden angesiedelt auf Ödland.
2.: Deshalb sind wir auch völlig abhängig von den Reislieferungen der Regierung!
3.: Habt ihr von der amerikanischen Reissorte gehört, die die Regierung jetzt in einige Dörfer zum Anbauen liefert? Sie wächst nur mit amerikanischem Dünger! Den müssen wir dann auch noch kaufen, und die Amerikaner haben auf ewig ihren Verdienst gesichert.
2.: Wißt ihr, ich glaube, wir sollen von den Amerikanern abhängig gehalten werden! Sie liefern doch auch diese ganzen Waffen, mit denen diese Soldaten uns da die ganze Zeit in Schach halten!
1.: Hier bin ich nutzlos, aber in meinem Heimatdorf werde ich dringend gebraucht: da müssen die Bombenkrater zugeschüttet werden, die Häuser aufgebaut werden, man muß Reis und Gemüse pflanzen, Krankenhäuser und Schulen bauen . . . Aber dort lassen sie uns nicht hin! Sie halten uns ja hier fest!
4.: Und was glaubst du warum? Ihr wißt alle, daß da hinten ein Munitionslager der Saigoner ist, und daß sie immer wieder, jede Nacht, Razzien veranstalten; und jede Nacht bringen sie neue Bauern ins Lager. Sie schießen Raketen über unsere Köpfe hinweg – gegen wen? Sind es nicht unsere Brüder, die sie beschiessen? Und wenn diese dann eines Tages das Munitionslager zerstören werden, dann werden sie behaupten, sie hätten uns angegriffen. Deshalb zwingen sie uns hier zu leben, auf Ödland, um einen Vorwand zu haben. Nicht die Saigoner schützen uns vor irgendwelchen Feinden, sondern wir sollen sie schützen vor unserem eigenen Volk.
1.: Ja du hast recht! Also ich lasse mir das nicht länger gefallen! Ich gehe zurück in mein Heimatdorf! Gleich morgen!

Der Kommandant hört die letzten Worte, macht zwei Schritte auf den 1. zu, zeigt mit ausgestrecktem Arm auf ihn und sagt drohend:
Kommandant: Wenn du das Lager verläßt, werden wir dich behandeln wie einen Kommunisten: du wirst erschossen!
Gleich wie der Kommandant sich umdreht, sind die Leute zusammengerückt, sie stehen in einer Frontstellung dem Kommandanten gegenüber.
Alle: Wir wollen nicht länger Kanonenfutter sein!
Vor der Entschlossenheit kann der Kommandant nichts mehr erreichen, er wird in seiner Haltung unsicher und weicht zurück, geht wieder zu den anderen Söldnern.
Die Leute stehen noch zusammen, da kommt vom Tonband ein Quäken und Schnarren: Politischer Unterricht. Die Leute zerstreuen sich etwas, eine setzt sich hin und beginnt zu nähen oder so, andere hören zu.
Schrille Frauenstimme: *(über Megaphon)* Alle Bürger der Republik Vietnam zum politischen Unterricht! Heute Ausschnitte aus der Fernsehrede unseres großen Präsidenten Nguyen Van Thieu!
Thieu: Mitbürger! Wir müssen die Freiheit unseres Landes verteidigen! Jeder von uns muß dabei Opfer bringen!
(Reisverkäufer hinten schaut auf, lacht und klopft triumphierend auf den Sack, den er sich geklaut hat.)
Wer dazu nicht bereit ist, ist ein Verbrecher und Kommunist! Bis eine politische Lösung für Vietnam ausgehandelt ist, wird jedem Kommunisten auf der Stelle der Kopf zerschossen! Es ist uns eine Ehre, mit der amerikanischen Regierung in freundschaftlicher Verbundenheit . . . *(leiser werdend)* . . . unsere Beziehungen ständig verbessernd . . . . *(nicht mehr zu verstehen)* . . . blablabla . . . . *Die Leute auf der Bühne empören sich immer mehr während seiner Rede, ab dem Wort "zerschossen". Handbewegungen und Gestik drücken Wut und Entschlossenheit aus. Bei den letzten Worten steht die Sitzende auf.*
3.: Mit diesem Gerede können sie uns doch nicht mehr kommen! Lächerlich! Die freundschaftliche Verbundenheit: Seht die amerikanischen Gewehre, die auf uns, auf das vietnamesische Volk gerichtet sind!
2.: Und die Opfer, die wir bringen sollen: ausgebeutet werden wir, ausgesaugt bis aufs Blut. Und wofür? Für die Freiheit, die wir hier erleiden?
4.: *(tritt einen Schritt vor und wendet sich zum Publikum)* Wo ist sie hier, unsere Freiheit? In den Veträgen sind unsere Ziele richtig beschrieben, aber dieser Verbrecher Thieu und seine Bande haben ganz andere Interessen, ihre Interessen sind die der USA! Deshalb, um das Ziel zu erreichen, die Freiheit und die Unabhängigkeit, müssen wir unsere Rechte selber nehmen. *(wendet sich zu den Flüchtlingen)*
Worauf warten wir noch? Brüder! Wir müssen in unsere Dörfer zurückkehren, um unser Land wieder aufzubauen! Und wir brauchen den Reis, um wieder zu Kräften zu kommen!
3.: Ja, wir brauchen den Reis!
Alle: Nehmen wir uns den Reis!
Bei den letzten Worten werden die Soldaten aufmerksam und aufgeregt, gehen rückwärts zum Reisverkäufer, der aufgesprungen ist und ängstlich den Sack schützen will. Soldaten stellen sich um den Reisverkäufer herum. Im folgenden Pantomime, die nach dem Sprechchor einsetzt. Dabei von rechts auf der Bühne mit der Blockflöte und leise Gitarrenakkorde eine Strophe von "Fisch im Wasser".
Die Menschen gehen eng zusammen in einer Front gemeinsam auf den Reisverkäufer und die Soldaten zu.
Der Kommandant wird nach vorn gefesselt von der Bühne heruntergeführt, der Reissack wird mitten auf der Bühne aufgestellt.
Ein FNL-Kämpfer (Mütze) tritt nach vorn auf die Bühne, hebt die FNL-Fahne und sagt zum Publikum:
Den Reis, den wir uns heute genommen haben, nehmen sie uns morgen wieder weg, wenn wir den Kampf nicht organisieren. Wir müssen uns zusammen mit der Befreiungsarmee organisieren, um diese Stacheldrahtdörfer zu zerstören *(zeigt auf den Hintergrund)*. Wir brauchen nicht nur den Reis, wir brauch das Land, das uns gehört.
Das Lied "Fisch im Wasser" wird gesungen.

In Vietnam lebt die FNL unterm Volke
genauso wie Fische im Wasser sich tummeln
und die USA kann den Widerstand des Volks nicht brechen,
denn wohin das Wasser geht,
dahin geht der Fisch.

Die USA-Kriegsmaschine
hat das ganze Volk zum Gegner,
sie weiß, daß jedes Dorf die FNL unterstützt.
Und sie weiß, von jeder Ernte
geht ein Teil zur Guerilla
und in jeder Hütte gibt es ein Gewehr.

Um die Guerilla vom Volke zu trennen
wurden die Bauern in Dörfer gesperrt
mit bewaffneten Posten und Stacheldraht,
man glaubte, daß das den Widerstand des Volkes bricht,
doch wohin das Wasser geht,
dahin geht der Fisch.

Denn Posten kann erschießer
und Stacheldraht kann zerschneiden
ein Volk, das gegen Unterdrückung kämpft.
Und schon nach ein paar Jahren
war jedes Dorf befreit,
die Unterdrücker dachten sich was Neues aus.

Sie besprühten die Ernten der Bauern mit Giften,
warfen Bomben und Napalm auf ihre Dörfer
und die hungernden Bauern flohn in die Städte,
man glaubte, daß das den Widerstand des Volkes bricht,
doch wohin das Wasser geht,
dahin geht der Fisch.

In den Städten sperrten sie
alle Flüchtlinge ins Lager,
unde glaubten, daß diese dort "unschädlich" sind.
Aber wo Unterdrückung herrscht,
gibt es Widerstand,
genauso war es im Lager von Da Nang.

Heimlich brachten Guerillas Raketen ins Lager,
die feuerten Flüchtlinge zum US-Stützpunkt,
der nebenan lag und in Flammen auf ging.
Nichts auf der Welt kann den Widerstand des Volkes brechen,
denn wohin das Wasser geht,
dahin geht der Fisch.

Viele, die vor den Bomben flohen,
kamen um in den Slums von Saigon,
leben dort in Armut und unter Repression.
Doch auch dort wächst der Kampf,
bis daß USA's Soldaten
sich nicht aus ihren Löchern traun.

Die USA-Kriegsmacht scheut keine Mittel,
benutzt die verbrecherischsten Methoden,
doch sie geht immer größern Verlusten entgegen.
Nichts auf der Welt kann den Widerstand des Volkes brechen,
denn wohin das Wasser geht,
dahin geht der Fisch.

Die Musik- und Theatergruppe ist erreichbar über die Adresse:
Mona Wikhäll,
69 Heidelberg, Werderstr.36